Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Ausgabe Nord

1. Mai 1978
Jg. 6 Nr.18

Herausgeber: Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Für die Redaktion verantwortlich: H.J.Hager – Erscheint im Verlag Kühl KG Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf. Mainzer Landstr. 147, 6000 Frankfurt – Gedruckt in Frankfurt

Wochenzeitung 50 Pfg.
D 21060 C

Kaffeeproduzierende Länder setzen Boykott fort

Acht lateinamerikanische Länder haben sich geeinigt, den im März beschlossenen Stop für den Export von Kaffee auf dem Weltmarkt fortzusetzen, um den von 3 Dollar auf 1,73 Dollar gesunkenen Kaffeepreis anzuheben. Sie haben sich zu diesem Schritt trotz erheblicher wirtschaftlicher Schwierigkeiten entschlossen, die daraus entstehen, daß sie ihr Hauptausfuhrgut Kaffee, das zudem nur begrenzt haltbar ist, nicht zum Ausgleich von zum Teil hohen Zahlungsbilanzdefiziten benutzen können. Um die Absichten der Imperialisten, die Erzeugerländer in die Konkurrenz zu treiben, zu zerschlagen, soll auf einem weiteren Treffen der acht lateinamerikanischen Länder über den neu festzulegenden Mindestpreis verhandelt und ein Quotensystem für den Export erarbeitet werden, das auf die wirtschaftlichen Schwierigkeiten der einzelnen Länder Rücksicht nimmt.

Schweiz: Volksabstimmung gegen Bundespolizei

Die Schweizer Regierung hat ein Gesetz über die Einführung einer „Bundessicherheitspolizei" beschlossen. Danach soll eine Kerntruppe von 200 speziell ausgebildeten Polizisten geschaffen werden, denen bis zu 1000 weitere Polizisten aus dem kantonalen Polizeicorps an die Seite gestellt werden können. Bei der parlamentarischen Beratung wurde als Begründung angeführt, Terror und Unruhen machten nicht an Kantonsgrenzen halt, die Zusammenarbeit der Polizei über die Kantonsgrenzen hinweg sei dagegen eher schwerfällig. Bisher kann der Bund Kantone nur bitten, Polizeikräfte für Einsätze in anderen Kantonen zur Verfügung zu stellen. Und mit dem Einsatz der kantonalen Polizei gegen Streiks der Arbeiter und besetzte Kernkraftwerke häuften sich die Schwierigkeiten. Schon 1970 ist die Schaffung einer „Interkantonalen Mobilen Polizei" am Widerstand der Bevölkerung der Kantone Genf und Schwyz gescheitert. Inzwischen haben sich wieder Komitees und Initiativen gebildet, die mit 50000 Unterschriften bis zum Juni dieses Jahres eine Volksabstimmung gegen die Schaffung einer Bundespolizei erzwingen wollen.

Langanhaltende Streiks in Irland

Seit drei Monaten streiken die irischen Fernmelde- und Fernschreibtechniker,

Langanhaltende Streiks in Irland

Seit drei Monaten streiken die irischen Fernmelde- und Fernschreibtechniker, seit sieben Wochen die Angestellten der irischen Luftfahrtgesellschaft Aer Lingus. Der Streik der Fernmeldetechniker richtet sich gegen einen Rationalisierungsplan, der unter anderem darin besteht, daß die Arbeiter fast täglich andere Arbeitsplätze in verschiedenen, weit voneinander entfernt liegenden Ämtern zugeteilt bekommen sollen. Die Streikenden bei der Aer Lingus fordern vor allem höheren Lohn. Von der sozialdemokratischen Führung des irischen Gewerkschaftsverbandes vorgelegte „Lösungsvorschläge" wurden in beiden Streiks abgelehnt. Über neue Vorschläge wird zur Zeit abgestimmt. Die Taktik der Regierung besteht darin, beide Streiks durch planmäßigen, mit hohem Kostenaufwand betriebenen Streikbruch auszuhungern. Sie will eine Niederlage der Streiks nutzen, um neue Antistreikgesetze durchzusetzen. Nach Italien hat Irland die höchste Streikquote in der EG mit 732 Streiktagen im Jahr pro 1000 Arbeiter. Bei den Fabriken imperialistischer Monopole, die sich in Irland zahlreich einnisten, um von den niedrigen Löhnen in Irland zu profitieren, liegt die Streikquote bei 821 Streiktagen pro 1000 Arbeiter.

UdSSR verstärkt Druck auf Türkei

Die sozialimperialistische Supermacht verstärkt ihre Anstrengungen, die Türkei in Abhängigkeit zu bringen und die USA auszustechen. Letzte Woche bereiste der sowjetische Generalstabschef Orgakow die Türkei und bietet als geübter Waffenhändler neue Lieferungen an. Kurz zuvor war das neue Protokoll über den Warenaustausch zwischen der UdSSR und der Türkei unterzeichnet worden. „Die Türkei wird der Sowjetunion ihre traditionellen Exportartikel liefern – Zitrusfrüchte, Rosinen, Magnesit und Baryt. Die Sowjetunion wird Maschinen und Anlagen, chemische und medizinische Industrieerzeugnisse, Eisenlegierungen und Dünger in die Türkei exportieren." (Neue Zeit, April 78) Anläßlich der Unterzeichnung rühmt die Sowjetunion ihre „Hilfe" beim Aufbau der Stahlindustrie; verschwiegen wird, daß die Türkei die Produkte billig an die Sowjetunion abgeben muß, wie auch, daß die Türkei diese „Hilfe" nach unvollständigen türkischen Angaben mit einer Verschuldung von mehreren Hundert Millionen Dollar bezahlt.

Der Bruch mit der Sozialdemokratie wird gute Ergebnisse bringen

Man darf nicht überrascht sein, wenn auf den diesjährigen gewerkschaftlichen Maidemonstrationen die Teilnehmerzahl noch mal geringer ist als im letzten Jahr. Und letztes Jahr war die Beteiligung an den gewerkschaftlichen Maidemonstrationen bereits zurückgegangen. Wie kommt das? Hunderttausende Arbeiter und Angestellte haben in den letzten Monaten harte Streikkämpfe gegen die Kapitalisten geführt, zuerst die Streiks der Stahlarbeiter, um die Kapitalisten zu einem neuen Angebot zu zwingen, dann der Streik der Hafenarbeiter, in dem die Hafenarbeiter das Angebot der Kapitalisten auf 7% hochtrieben. Im März erreichten die Kampfaktionen der Druckereiarbeiter gegen die kapitalistische Rationalisierung ihren Höhepunkt, dann traten die Metallarbeiter in den Streik. Als Kapitalisten und Sozialdemokratie den Stuttgarter Abschluß überall durchdrücken wollten, haben die VW-Arbeiter in Streiks das Angebot Schmückers zurückgewiesen und nach einer Urabstimmung schließlich 120 DM mindestens bei 5,9% erzwungen. Jetzt haben die Kaufhausangestellten die ersten Streiks gemacht. All diese großen Kämpfe brachten bisher nicht die Ergebnisse, die im Kampf gegen die dauernden Lohnsenkungen notwendig und möglich sind. All diese Kämpfe waren Ausdruck von Klassenkampf und durchbrachen die Ideologie und Politik der Klassenversöhnung an verschiedenen Punkten. Aber die Vorherrschaft der Sozialdemokratie konnte in diesen Kämpfen noch nicht gebrochen werden, und so hatten sie Ergebnisse, die immer noch dem Kurs der Sozialdemokratie, dem Kurs der Klassenversöhnung entsprechen.

Am 1. Mai treten die Sozialdemokraten wieder alle hervor, um durch ihre Reden auf den Kundgebungen die Erfahrungen von Hunderttausenden rückgängig zu machen. All das macht

kraten wieder alle hervor, um durch ihre Reden auf den Kundgebungen die Erfahrungen von Hunderttausenden rückgängig zu machen. All das macht

die gewerkschaftlichen Demonstrationen für die Arbeiter, die in den letzten Wochen und Monaten große Kämpfe geführt haben und wissen, daß weitere große Kämpfe unvermeidlich sind, zu einem Problem. Die gewerkschaftlichen Maidemonstrationen sind nicht einfach die Fortsetzung des Kampfes. Sie dienen der Sozialdemokratie gerade dazu, das letztlich entscheidende Ergebnis dieser Kämpfe, den festeren Zusammenschluß der Gewerkschaftsmitglieder auf dem Boden des Klassenkampfes, wieder zunichte zu machen. So braucht es nicht auszugehen, wenn sich die Arbeiter der Erfahrungen der letzten Kämpfe bewußt sind, daß jeder Schritt voran mühsam erkämpft werden mußte gegen die Versuche der Sozialdemokratie, die Bewegung zu fesseln.

Auf der zentralen Maikundgebung in Essen hält Helmut Schmidt die Hauptrede. Vor einigen Wochen noch hat er auf dem Höhepunkt der Streikkämpfe in der Druckindustrie eine „Erklärung an die Tarifpartner" über die Fernsehanstalten ausstrahlen lassen, in der er die Arbeiterbewegung heftig angriff: „Nach den mir vorliegenden Informationen sind die Verhandlungsmöglichkeiten der beiden Partner noch nicht ausgeschöpft. Ich appelliere deshalb an die betroffenen Tarifpartner: erstens, daß sie den Arbeitskampf einstellen, und zweitens, daß beide Tarifparteien unmittelbar an den Verhandlungstisch zurückkehren, um ihre Verhandlungen wiederaufzunehmen." Das war eine Aufforderung zum Streikabbruch und direkt zur Unterstützung der Kapitalisten gedacht, die Streikabbruch vor Wiederaufnahme von Verhandlungen verlangten. Schmidt berief sich auf das „Informationsrecht der Bürger". Die Arbeiter sollten also ihre Arbeitskraft den Kapitalisten wieder zur Verfügung

Fortsetzung Seite 2

Bis zur UNO-Generalversammlung eine volle Million!



Mit großem Haß verfolgt die Bundesregierung die Entwicklung der Kampagne für die Ausrüstung einer vollmotorisierten Kompanie der ZANLA. Sie verhindert die Einreise der Delegation des ZK der ZANU, die von Herbert Ushewokunze, Sekretär für Gesundheit, von Genossen Mutasa, stellvertretendem Sekretär für Finanzen und von Genossin Tekere gebildet wird. Vor dem 2. Mai, also vor Ende der Demonstrationen und Kundgebungen für die Anerkennung der Patriotischen Front will die Bundesregierung die Einreise auf keinen Fall genehmigen, teilte ein Angehöriger der Botschaft der BRD in London der Delegation am Samstag Abend schließlich mit. Über 4000 Teilnehmer hatten die Demonstrationen und Kundgebungen in Westberlin, Hannover (unser Bild) und Köln. 88000 DM wurden zusammengetragen. Für die ZANU spricht auf den Kundgebungen Genosse Shava, Vertreter der ZANU in Großbritannien und für Westeuropa. Auf den Kundgebungen wurde beschlossen, die Kampagne bis zum Beginn der UNO-Vollversammlung am 19. September fortzusetzen und die Million vollzumachen. Die bisher gesammelten 633000 DM sind das Ergebnis einer Aktionseinheit vieler Zehntausende. Mit der Fortsetzung der Kampagne hat die Regierung ihre erste Antwort. (siehe Seite 4)

Streit der EG-Imperialisten um die Erhöhung der Agrarpreise

Die Kämpfe der Bauern gegen ihre systematisch betriebene Ruinierung verdienen die volle Unterstützung der Arbeiter

Letzten Donnerstag sind zum fünften Mal die Verhandlungen über die Erhöhung der Agrarpreise in Brüssel gescheitert, sie sollen am 8. Mai fortgesetzt werden. Die europäischen Imperialisten sind in heftigem Streit. Worum geht es?

Die EG-Kommission hat eine durchschnittliche Erhöhung der Erzeugerpreise um 2% vorgeschlagen. Der Währungsausgleich soll jährlich um ein Siebtel abgebaut werden. Die französischen und englischen Imperialisten sind gegen Preiserhöhungen und für den Abbau des Währungsausgleichs. Die Agrarpreise werden in „grünen Währungen" ausgedrückt. (Vgl. KVZ Nr. 12, Seite 1) Für diese grünen Währungen sind EG-Recheneinheiten festgesetzt (1 RE entspricht zur Zeit 3,37 DM). In den sogenannten „Abwertungsländern" Frankreich, Italien und Großbritannien liegen die Agrarpreise dadurch niedriger, als es dem tatsächlichen Wert ihrer Währungen entspricht. Bei Importen erhalten sie den Ausgleich zwischen Agrarpreis und ihrer jeweiligen Währung. Die französischen Imperialisten haben sich durch ihre billigen Agrarprodukte, die sie in hohem Umfang exportieren, einen Konkurrenzvorsprung gegenüber den BRD-Imperialisten gesichert. Sie sind gegen die Währungsausgleichszahlungen, die sie selbst nicht erhalten. Die BRD-Imperialisten dagegen haben Milliardenbeträge an Währungsausgleichszahlungen abkassiert, die den Unterschiedsbetrag zwischen den hohen Agrarpreisen und der europäischen Recheneinheit ausgeglichen haben. Gegen diesen Vorteil der BRD-Imperialisten treten die französischen Imperialisten an. Die französischen Imperialisten wollen mittels der niedrigeren Agrarpreise und dadurch auch verhältnismäßig niedrigeren Lebensmittelpreisen – was sie stets einzusetzen versuchen gegen den Lohnkampf der französischen Arbeiterklasse – die Hegemonie auf dem europäischen Agrarmarkt erlangen. Die Hegemonie über den europäischen Agrarmarkt und neue Märkte hoffen sie durch minimale Agrarpreissteigerungen und den Abbau der Währungsausgleichszahlungen gegenüber den BRD-Imperialisten für sich sichern zu können. Ertl ist von Brüssel zurückgekehrt mit den Worten: „Ich habe die Sprüche von Europa satt . . . Es ist unerträglich, daß man von Ministern verlangt, sie mögen Kompromisse im Interesse der Gemeinschaft finden, aber zu Hause werden sie nur gefragt, was bringst Du mit nach Hause. Die Entscheidung heißt national oder für die Gemeinschaft." Als ob es den BRD-Imperialisten jemals darum gegangen wäre, für die Masse der kleinen Bauern etwas „mit nach Hause zu bringen". Es geht ihnen einzig und allein darum, die Konkurrenten in der EG niederzukonkurrieren und auf neue Märkte vorzudringen. Unter der Fahne der Vertretung der Interessen „ihrer Bauern" versuchen die jeweiligen EG-Imperialisten die Masse der kleinen Bauern zu gewinnen, gegen die Bauern in den anderen europäischen Ländern zu ziehen. Keinen Pfennig der Milliardenbeträge der Subventionen und Währungsausgleichszahlungen haben die kleinen Bauern in der BRD gesehen.

Die Masse der Bauern fordert einen anständigen Preis für ihre Produkte, von dem sie leben können. Der Vorschlag der EG-Kommission bedeutet demgegenüber für die Masse der Bauern ein weiteres Absinken ins Elend. Bei einzelnen Produkten wie beispielsweise Zuckerrüben kommt dabei gar keine Erhöhung der Erzeugerpreise heraus. Bei Roggen ergibt sich eine *Senkung* des Preises. Kostete 1977 eine Tonne Roggen 155,12 RE (529,36 DM), so sinkt der Preis für das Wirtschaftsjahr 1978/79 auf 154,6 RE (521,56 DM). Das sind Richtpreise, die für jedes Wirtschaftsjahr für ein bestimmtes Erzeugnis von bestimmter Standardqualität auf der Großhandelsstufe bestimmt festgesetzt werden. Rechnet man die vorgeschlagene Senkung des Währungsausgleichs noch ab, so beläuft sich der Vorschlag der EG-Kommission auf eine durchschnittliche Preiserhöhung für die Agrarprodukte der westdeutschen Bauern auf 0,8%. Der Ausschuß der Bauernverbände der EG (COPA) hat den EG-Vorschlag abgelehnt und eine Erhöhung von 5% gefordert. Vor den Verhandlungen hatten die Bauernverbände in der EG „sehr lebhafte Reaktionen" angekündigt, für den Fall, daß keine Preisbeschlüsse zustandekommen. Schon im März hatten die belgischen Bauern vor dem Verhandlungsgebäude in Brüssel demonstriert. Im Februar haben erneut in dem bretonischen Ort Finistere 2000 Bauern gegen die Politik der Agrarpreise der EG demonstriert und bis Mitternacht das Büro des Bürgermeisters besetzt. In den letzten Jahren haben große Demonstrationen gegen die Senkung der Erzeugerpreise stattgefunden. Diese Kämpfe der Bauern gegen ihre systematisch betriebene Ruinierung verdienen die volle Unterstützung der Arbeiter. Entscheidend ist jedoch, daß in diesen Kämpfen der letzten Jahre, insbesondere in den Kämpfen gegen das imperialistische Energieprogramm der Bundesregierung die Verbindung zur Arbeiterbewegung hergestellt worden ist.

Es ist günstig, wenn die Arbeiterbewegung den Kampf der Bauern für eine anständige Erhöhung der Preise für ihre Erzeugnisse unterstützt. – (Z-Red.)

Der Bruch mit der Sozialdemokratie wird gute Ergebnisse bringen

Fortsetzung von Seite 1

stellen, damit die mit ihren Presseprodukten wieder Gewinne machen konnten. Unter solchen Bedingungen sind dann die Verhandlungsmöglichkeiten der Kapitalisten wirklich unerschöpflich. „Ich muß deshalb erwarten, daß alle Beteiligten diesen Appell genauso ernst nehmen, wie ich ihn meine." Und am 1. Mai will dieser Mensch die Hauptkundgebung des DGB mit Beschlag belegen. Schmidts Appell hat damals die Sozialdemokraten an der Spitze der IG Druck rasch zum Umfallen gebracht. Die Streikforderungen wurden von ihnen liquidiert. Statt eines Vertrages, der der Ausbeutung durch die Kapitalisten Schranken zieht, kam ein Vertrag heraus, der unter dem Vorwand des Schutzes der Maschinensetzer die allgemeinen Arbeitsbedingungen der schrankenlosen Gier der Kapitalisten nach Mehrarbeit und Profit unterwirft. Eine Begrenzung der verlangten Anschläge an den Bildschirmgeräten z.B. wurde schlankweg fallengelassen. Um mit den dauernden Lohnsenkungen Schluß zu machen und der Ausbeutung Schranken zu ziehen, hatten die Druckarbeiter jedoch ihren großartigen Kampf aufgenommen. Ist es nicht klar, daß es die Druckarbeiter spontan überhaupt nicht zur zentralen DGB-Kundgebung zieht?

Die Kämpfe der Arbeiter stehen in striktem Gegensatz zu den Auffassungen der Sozialdemokratie, speziell zu den Auffassungen des Weltwirtschaftlers Schmidt. Bloß indem die Arbeiter mit diesen Auffassungen brechen, können sie erfolgreich kämpfen.

Helmut Schmidt nimmt jede Gelegenheit wahr, vor den Arbeitern zu dozieren. Wohler fühlt er sich aber unter seinen Auftraggebern, den Kapitalisten. Vor genau zwei Monaten hat Schmidt an der Matthiae-Mahlzeit in Hamburg teilgenommen und vor den versammelten Kapitalisten das Wort ergriffen. „Ich möchte doch, was die Einmaligkeit dieser Stadt angeht, hinzufügen, daß hier 1558 die erste Börse Deutschlands eröffnet wurde." Und im Dienst der Banken und Börsen steht er ja. Der Deutschen Banken und der Deutschen Börse, versteht sich, auch wenn er noch so viel von internationaler Verbundenheit redet. Im Dienst der deutschen Banken und der deutschen Börse geht er auf die Arbeiter und ihre Versicherungen los. In ihrem Dienst versucht er durch Verschärfung der Ausbeutung und Ausplünderung der Arbeiter und Volksmassen die Konkurrenzsituation der deutschen Imperialisten zu verbessern: „Es ist noch nicht so lange her, da hat man sich vielleicht fragen können, was uns zum Beispiel die Sozialpolitik eines so fernen Landes wie Japan angeht. Die Antwort wäre vielleicht gewesen, sie ginge uns nicht soviel an. Heute, im Stadium der Interdependenz, geht sie uns sehr viel an; denn die Sozialpolitik eines anderen mit uns konkurrierenden Landes hat direkte Rückwirkungen auf unsere eigene Volkswirtschaft und auf unseren Arbeitsmarkt. Da nicht nur die Löhne, sondern auch die sozialpolitischen Lohn-Nebenkosten etwa der japanischen Werftarbeiter niedriger sind als in Europa, beeinflußt dies die Wettbewerbsfähigkeit der Werften in Rotterdam genauso wie diejenigen in Kopenhagen, Emden, Kiel und Hamburg. Übrigens werden mittlerweile die japanischen Werften von noch preiswerter produzierenden Konkurrenten, zum Beispiel in Südkorea, bedrängt."

Am 1. Mai wird Schmidt nicht so deutlich aussprechen, was ihm vorschwebt unter Weltwirtschaft: Die westdeutschen Imperialisten sollen ihren Konkurrenten immer eine Nasenlänge voraus sein in der Lohndrückerei, weil ja im „Stadium der Interdependenz", wo alles voneinander abhängig sei, jedes Land einen unberechtigten Vorteil gegenüber den BRD-Imperialisten hätte, das seinerseits einen Vorsprung in der Ausbeutung hat. Das ist das eine. Das andere ist, daß man in dem Zitat das Verlangen, sich in die inneren Angelegenheiten anderer Länder einzumischen, richtig heraushört, denn „das geht uns alles sehr viel an". Zumindest soll in diese Länder Kapital exportiert werden, um an den günstigen Ausbeutungsbedingungen teilzunehmen.

Schmidt spricht von den fremden Ländern, um die man sich kümmern muß, und die Hauptmethode, sich um die anderen Länder zu kümmern, ist die Ausbeutung im eigenen Land zu verschärfen, denn daraus zieht der Imperialismus in erster Linie seine Kraft.

Schmidt propagiert die verdrehten Gedanken der Bourgeoisie. Natürlich sind auch für die Arbeiterbewegung die Löhne in anderen Ländern von großer Bedeutung. Je schlechter die Löhne in anderen Ländern, um so größer die Möglichkeiten der Kapitalisten, die Arbeiter unter den Druck des Weltmarktes zu setzen und ihre Löhne zu senken. Die Arbeiter sind deshalb am internationalen Klassenkampf interessiert, sind daran interessiert, sich mit ihren Klassenbrüdern zusammenzuschließen, um den gemeinsamen Feind, das Ausbeuterpack zu bekämpfen und seine Herrschaft zu beenden.

Die Streiks der Stahlarbeiter und der Minenarbeiter in den USA waren so eine große Ermutigung für die Streikbewegung in der Bundesrepublik. Umgekehrt hat die internationale Arbeiterklasse mit großer Freude die Kämpfe in Westdeutschland aufgenommen.

In vielen Kämpfen machen die Arbeiter das Gegenteil von dem, was die Kapitalisten und die Regierung wollen. Aber die Tiefe des Gegensatzes wird erst nach und nach bewußt. Die Reformisten versuchen dies Bewußtsein mit allen Mitteln zu verschütten. Spontan kommt man dagegen nicht an. Nur durch Kampf und Organisation. Der 1. Mai stellt die Arbeiterklasse vor ein Problem, das sie lösen muß: gründliche Kritik der sozialdemokratischen Auffassungen, Bruch mit der Sozialdemokratie.

Ehrenberg kündigt Gesetzentwurf zur Neuregelung der Arbeitszeit an

Noch vor der Sommerpause will Ehrenberg im Kabinett einen Gesetzentwurf zur Änderung der Arbeitszeitordnung von 1938 einbringen, in der die 40-Stundenwoche verankert werden soll. Lutz, der arbeitsmarktpolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion erklärte in einem Interview in Radio „Freies Berlin", die bisherige Regelung gehe von einer Regelarbeitszeit von 48 Stunden in der Woche aus. Auf bis zu 72 Wochenstunden könne die Arbeitszeit nach der alten Regelung verlängert werden. Jedoch sei für über 92 Prozent der Lohnabhängigen die Regelarbeitszeit tarifvertraglich auf 40 Stunden in der Woche festgelegt, eine Schwierigkeit, die es zu beseitigen gilt. Gewährleistet sein müsse, daß die Kapitalisten zwei Überstunden in der Woche „zum Ausgleich ihrer Auftragsschwankungen" anordnen können und eine Ausdehnung der Arbeitszeit um weitere 2 Stunden in der Woche oder 100 Stunden im Jahr in Tarifverträgen oder anderen Vereinbarungen verankert werden kann.

Die gültige Arbeitszeitordnung regelt in § 3: „Die regelmäßige werktägliche Arbeitszeit darf die Dauer von acht Stunden nicht überschreiten" und erlaubt eine „Ausdehnung der Arbeitszeit auf höchstens 10 Stunden", wenn z.B. die Reinigung und Instandhaltung des Arbeitsplatzes den regelmäßigen Betrieb erheblich stören, wenn Arbeiten notwendig sind, von denen die Wiederaufnahme des vollen Betriebes arbeitstechnisch abhängt oder wenn noch Kunden zu Ende zu bedienen sind und noch Aufräumarbeiten im Laden zu erledigen sind. Die Verlängerung des Arbeitstages auf 10 Stunden ist dann möglich, wenn es tarifvertraglich vereinbart ist oder wenn die Arbeitszeitverordnung vom Gewerbeaufsichtsamt zeitweise außer Kraft gesetzt ist. Dazu aber müssen die Kapitalisten bisher „dringende Bedürftigkeit" nachweisen. Diese Höchstgrenze von 10 Stunden kann dann überschritten werden, wenn im Betrieb z.B. vor- oder nachgearbeitet wird, wenn der Arbeiter Arbeitsbereitschaft hat, wenn Schichtarbeit notwendig ist, oder in „außergewöhnlichen Notfällen" eine Verlängerung des Arbeitstages „im Dienste des Gemeinwohls" erforderlich ist.

Hat sich die Kapitalistenklasse die Ausdehnung des Arbeitstages auf 10 Stunden und darüber hinaus bereits in der bisherigen Arbeitszeitordnung gesichert, so geht es jetzt darum, bessere gesetzliche Grundlagen zu schaffen für die enorm verschärfte Auspressung von Mehrarbeit in den Betrieben, und gleichzeitig eine Grundlage zu schaffen, mit der der von der Arbeiterklasse erkämpfte Achtstundentag außer Kraft gesetzt werden kann und die Forderung der Arbeiterklasse nach der 35-Stundenwoche unterlaufen werden kann.

„Der 1. Mai muß in diesem Jahr im Zeichen der Arbeitszeitverkürzung zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit stehen", erklärte Rohde. Die Forderung nach dem 7-Stundentag bei vollem Lohnausgleich, dem Verbot der Nacht- und Akkordarbeit hat die Arbeiterklasse auf zahlreichen Gewerkschaftstagen erhoben. Diese Forderungen sind an diesem 1. Mai in der Arbeiterklasse fest verankert.

Die Sozialdemokraten greifen diese Forderungen auf, um in einem neuen Betrug gegen die Arbeiterklasse die bestehende Arbeitszeitordnung auf die verschärfte Ausbeutung in den Betrieben, die Ausdehnung der Nacht-, Schicht- und Akkordarbeit auszurichten. Bestimmungen, wie: „Bei Arbeiten, die werktags und sonntags einen ununterbrochenen Fortgang erfordern, dürfen zur Herbeiführung eines regelmäßigen Schichtwechsels männliche Arbeitnehmer innerhalb eines Zeitraumes von 3 Wochen einmal zu einer Schicht von höchstens 16stündiger Dauer einschließlich der Ruhepausen herangezogen werden, sofern ihnen in diesen 3 Wochen zwei Mal eine ununterbrochene Ruhezeit von je 24 Stunden gewährt wird", müssen fallen, um die Contischichten in den Betrieben weiter zu verschärfen. Die Lohndrückerei der Kapitalisten hat den Zwang zu Überstunden und Schichtarbeit enorm verschärft, so daß der gesetzlich verankerte Achtstundentag für die große Mehrheit der Arbeiterklasse längst auf 10, 12, 14 Stunden ausgedehnt ist. „Mehr als 200 Überstunden im Jahr sollen nicht mehr drin sein", hat Lutz im Radio erklärt. Reden die Kapitalisten vom Verbot der Überstunden, meinen sie die Umwandlung der Überstunden in „Regelarbeitszeit" und weitere Lohnkürzung. Mit der Einführung der Versicherungsbeiträge für Nacht- und Sonntagsarbeit hat Ehrenberg schon im letzten Jahr dazu den ersten Schritt getan. Und Vetter erklärte: „Ich bin überzeugt, wenn es darum geht, über Arbeitszeitverkürzung die Vollbeschäftigung wieder zu erreichen, dann sind auch die Mitglieder bereit, dafür Opfer zu bringen. Voller Lohnausgleich ist das eine, Arbeitszeitverkürzungen bei gleicher Reallohnsteigerung das andere." Die Forderung nach Siebenstundentag bei vollem Lohnausgleich und Verbot der Überstunden, Akkord- und Nachtarbeit ist die richtige Antwort auf dies Betrugsmanöver. – (Z-Red.)

Jugendgerichtsprozeß: Demütigung und Zwangsarbeit

Die Anzahl der Jugendgerichtsprozesse ist seit 1967 nach den statistischen Berichten von Hamburg von 2159 bei den Heranwachsenden (18 bis 21jährigen) auf 2751 im Jahr 1976 und bei den Jugendlichen (14 bis 18jährigen) von 1885 auf 2246 im Jahr 1976 gestiegen.

Die Jugendlichen widersetzen sich der Tatsache, daß die Kapitalisten alles in Händen haben und holen sich das, was sie brauchen, wie Lebensmittel aus Automaten, Böden und Kellern, wo die Einbrüche zu über 70% von Minderjährigen gemacht werden; Mopeds, Kräder und Fahrräder, die zu 80 bis 90% von Jugendlichen geklaut werden. Die Bourgeoisie fürchtet um ihr privates Eigentum an Produktionsmitteln.

Die ständig steigende Jugendkriminalität versucht die Bourgeoisie aber von den Tatsachen der kapitalistischen Besitzverhältnisse zu lösen. Ein Sozialarbeiter berichtet von einem Jugendgerichtsprozeß wegen Einbruch und Diebstahl. „Eine 17-jährige Arbeitslose war angeklagt, weil sie in einen Kiosk eingebrochen war, um sich Lebensmittel zu besorgen. Drei Tage hatte sie schon nichts gegessen. Von ihren Eltern, die ebenfalls arbeitslos sind, wußte sie, war auch nichts zu bekommen. Vor Gericht mußte die Jugendliche ihre ganze Lebensgeschichte und ihre Familienverhältnisse ausbreiten. Immer wieder hakten Richter und Staatsanwalt genüßlich nach, warum die Eltern nicht arbeiten. Daß sie nicht das nötige Geld haben, um die Reproduktion sicherzustellen, sollte vom Gericht den Eltern in die Schuhe geschoben werden. Erreicht werden sollte, daß die Jugendliche den Widerstand gegen diese Verhältnisse gegen ihre Eltern richtet, die schuld seien, weil sie nicht arbeiten."

Nicht die Tatsache, daß die Kapitalisten alles besitzen und sich alles, aber auch alles aneignen, was von der Arbeiterklasse produziert wird und daß sie dies Geschäft mit ständig steigendem Ausbeutungsgrad und Drücken des Lohns betreiben und tagtäglich Massen von Arbeitern auf die Straße werfen, soll die Ursache der steigenden Jugendkriminalität sein, es soll vielmehr an der Erziehung und an den „schädlichen Neigungen" der Jugendlichen liegen.

Der Sozialarbeiter berichtet weiter: „Richter und Staatsanwalt meinten, unvernünftig sei es von der angeklagten Jugendlichen gewesen, sich nicht an die zuständige Fürsorgerin zu wenden, die hätte sicherlich Hilfestellung geben können. Nur um die Selbständigkeit nicht in Frage stellen zu lassen, hätte die Jugendliche dann lieber eine strafbare Handlung begangen. Damit sie nicht noch einmal auf den Gedanken kommt, sich auf diesem Weg zu holen, was sie zum Leben braucht, wurde ihr die Weisung auferlegt, ein halbes Jahr mit einer Sozialarbeiterin ‚zusammenarbeiten', um so – wie es im Jugendgerichtsgesetz heißt – ‚die Lebensführung des Jugendlichen (zu) regeln und dadurch seine Erziehung (zu) fördern, (zu) sichern'."

Schöne „Zusammenarbeit", wo das Mädchen, wenn es sich nicht vierzehntägig bei ihrem Sozialarbeiter anhören mag, wie es zu leben hat, erneut vors Gericht kommt. Der Jugendrichter verordnete zusätzlich eine Arbeitsauflage: „Um ihr Gewissen zu erleichtern, soll sie einen Dienst an der Gesellschaft leisten und einen Tag im Krankenhaus arbeiten." – Dreckarbeit machen – und keinen Lohn dafür kriegen. Mit solchen Methoden sollen die Jugendlichen, gedemütigt und zerbrochen, wieder der reibungslosen Ausbeutung zugeführt werden. – (Hamburg-Unterelbe)

Die Imperialisten wollen sich im Libanon einnisten

Westdeutsche Kanonen und „zivile Techniker" mit dabei

Zweimal wurde der Fahrzeugkonvoi des UN-Generalsekretärs Waldheim im Libanon in der vorletzten Woche von Demonstrationen palästinensischer Massen gestellt. Der Wagen Waldheims, inmitten einer schwer bewaffneten Eskorte von UN-Truppen, wurde belagert, mit Fäusten gegen die Scheiben getrommelt und Parolen nach sofortigem Abzug der zionistischen Besatzungstruppen gerufen. Waldheim besichtigte Stellungen der „UN-Friedenstruppe". 6000 Mann soll die Stärke dieser Truppe betragen, die Aufgabe sei, den Abzug der Invasionstruppen aus dem Libanon sicherzustellen und „die Autorität der libanesischen Regierung in dieser Region wiederherzustellen." Das haben die Imperialisten im Weltsicherheitsrat als Beschluß durchsetzen können. Tatsächlich geht es nicht um den Abzug. Statt abzuziehen, haben die Zionisten Stellungen ausgebaut, fliegen sie weiterhin Bombenangriffe gegen Ziele im Libanon, sperren sie mehr und mehr Araber mit Stacheldrahtzäunen in ihren Dörfern ein. Das eigentliche Ziel der Operation der Imperialisten ist, das zu erreichen, woran die zionistischen Invasionstruppen gescheitert sind: den palästinensischen bewaffneten Befreiungskampf zu zerschlagen. Wenn nötig, müsse Feuer auf die Palästinenser eröffnet werden, die in das bisher von den Invasionstruppen besetzte Gebiet zurückkehren wollten, hat Waldheim erklären lassen. Elitetruppen der französischen Imperialisten, die den Kern der „Friedenstruppe" stellen, hatten nichts eiligeres zu tun, als den von palästinensischen Truppen gehaltenen Hafen von Tyrus zu besetzen und zu versuchen, die Brücken und Straßen der Umgebung unter Kontrolle zu bekommen.



Das Bild ist in der Hügelkette Tebnin aufgenommen. Von Anfang an haben die Zionisten ihre Angriffe auf dieses Gebiet konzentriert, weil von dort aus die meisten Operationen gegen ihre Siedlungen durchgeführt werden. Die Fedayin operieren dort nach wie vor.

Sie verwenden den Hafen von Tyrus für die Anlandung von Truppen und Material. Die französischen Imperialisten kennen sich gut aus. Sie haben von 1920 bis 1943 als Kolonialmacht den Libanon ausgeplündert, unter dem Deckmantel eines „Mandatsgebietes" des Völkerbundes. Das jetzige UNO-Mandat hat den Vorteil, daß es völkerrechtlich praktisch unkündbar ist. Frankreich selbst wie auch die USA, der imperialistische Drahtzieher dieser Intervention, haben jeweils Veto-recht im Weltsicherheitsrat, der die Entsendung der Truppen in den Libanon beschlossen hat. Jeder Beschluß, diese Truppen wieder abzuziehen, kann durch ein Veto zu Fall gebracht werden, und die Intervention bleibt als „UN-Friedenstruppe" völkerrechtlich legal.

Die westdeutschen Imperialisten gieren nach eigener Beteiligung. „Die ersten der 53 westdeutschen Luftwaffentransporte kamen auf dem Ben-Gurion-Flughafen an" berichtet die „International Herald Tribune" am 15. April, „sie enthielten LKWs und andere Ausrüstung sowie deutsche zivile Techniker für das nepalesische Kontingent." An anderer Stelle wird berichtet, daß unter dieser Ausrüstung auch leichte Artillerie und 100 gepanzerte Truppentransporter sind (Daily Telegraph). Na also, wenn auch noch keine vollen Kompanien, so doch schon Bundeswehr-Kanonen und „zivile Techniker" im Libanon.

Die US-Imperialisten haben die Führung dieser Intervention, ebenso wie sie die der vorhergehenden zionistischen Intervention hatten. Das UN-Beobachtercorps besteht zum Großteil aus US-Offizieren. US-Truppenoffiziere sind den französischen Einheiten als Dolmetscher zugeordnet. Hohe US-Offiziere bemühen sich gegenwärtig, die bewaffneten Haufen der falangistischen Reaktion zu einer „libanesischen Armee" zusammenzubrauen, die dann im Südlibanon gemeinsam mit den UN-Truppen „die Kontrolle" übernehmen soll (siehe KVZ 16).

Die Imperialisten unter der Führung der Supermacht USA wollen dem Befreiungskampf des palästinensischen Volkes den Garaus machen und seine Verbündeten, die libanesischen Volksmassen, unter die Fuchtel kriegen. So soll der Kolonialstaat Israel vor der Zerschlagung gerettet und der Libanon wieder zum Profitparadies gemacht werden. Im Kampf gegen die zionistische Intervention haben palästinensische und libanesische Volksmassen erneut gezeigt, daß es so nicht kommen wird. – (Z-Red.)

Kommunistische Volkszeitung – Ausgabe Nord – Herausgeber: Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Für die Redaktion verantwortlich: H.J.Hager – Erscheint im Verlag Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, Postfach 11 91 51, Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt/Main 2 – Telefon 0611/73 02 31 – Gedruckt bei Caro-Druck GmbH, Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt/M. – Redaktion Hindenburgstr. 15, Postfach 34 06, 3000 Hannover, Telefon: 0511/81 40 45 – Zu bestellen über: Buchvertrieb Hager GmbH, Postfach 11 91 51, Mainzer Landstr. 147, 6000 Frankfurt/Main 2 – Jahresabonnement incl. Porto: 36 DM – Gesamtauflage der Kommunistischen Volkszeitung Nr. 18/78: 32 000

Die Länder der Dritten Welt machen Anstrengungen, das Atomenergiemonopol der Imperialisten zu brechen

Salbungsvolle Aufregung bei Imperialisten, Sozialimperialisten und Opportunisten

In den Händen der Nationen der Dritten Welt, die gegen Ausbeutung und Unterdrückung durch Imperialismus und Hegemonismus kämpfen, ist die Kernenergie eine wichtige Waffe zur Entwicklung der Produktivkräfte des Landes. Durch die Nutzung der Kernenergie kann die Energieerzeugung, die Elektrifizierung, notwendig zur beschleunigten Entwicklung der Wirtschaft, in großem Maßstab vorangetrieben, die Ertragsfähigkeit der Landwirtschaft erheblich gesteigert werden. Solang die beiden Supermächte Atomwaffen zwecks Erpressung der Völker der Welt einsetzen und die Forderung nach vollständigem Verbot der Produktion und Vernichtung aller Kernwaffen nicht durchgesetzt ist, müssen die Nationen der Dritten Welt Maßnahmen zur Stärkung der Landesverteidigung treffen und haben deshalb wie die sozialistische VR China oder Indien die Atomwaffe selbständig entwickelt.

Imperialismus und Sozialimperialismus verschärfen deshalb ihre Machenschaften, um ihr angeschlagenes Atomenergiemonopol zu verteidigen. Das priesterliche Gehabe von Breschnew und Carter über die Schrecken der Atomenergie für die Menschheit soll darüber einen Rauchvorhang legen. Carter führt in Lateinamerika seinen Feldzug für die „Menschenrechte" mit Vorliebe gegen Länder wie Brasilien und Argentinien, die bereits Kernkraftwerke aufbauen, wo die Vorherrschaft des US-Imperialismus bedroht ist. Breschnew erklärt sich „voll harter Entschlossenheit, mit allen Mitteln (!) die Nichtweitergabe von Atomwaffen zu befestigen." Gemeinsames Interesse der imperialistischen Mächte ist, die Nationen der Dritten Welt militärisch schwach und wirtschaftlich abhängig zu halten.

Die indische Regierung hatte sich trotz Carters persönlichem Erscheinen in Neu-Delhi geweigert, dem Atomsperrvertrag beizutreten und sich der US-amerikanischen Kontrolle über ihr Kernenergieentwicklungsprogramm zu unterwerfen. Ganz im Gegenteil, Indien hat Maßnahmen für die selbständige Nutzung der Kernenergie getroffen. Das Feuer der Carter-Administration erklärt sich weiter daraus, daß die von den USA letztes Jahr ins Leben gerufene „Konferenz über Bewertung des Nuklearbrennstoffkreislaufs" durch Indiens Fortschritte gefährdet ist. Auf der Konferenz wollen die USA Bestimmungen durchsetzen, die verhindern, daß die Länder der Dritten Welt den gesamten Kreislauf einschließlich Wiederaufbereitung selbständig beherrschen.

Neben der Energieversorgung ist die Kernenergie nützlich zu verwenden beim Kanalbau, der Vertiefung von Hafenbecken, dem Bergbau, der Erschließung von Erdöl- und Erdgasvorkommen durch kontrollierten Einsatz nuklearer Explosion. Der indische Entwicklungsplan sieht bis ins Jahr 2000 vor, daß mit dem Ausbau der Kernenergiekapazitäten agri-industrielle Komplexe aufgebaut werden sollen, deren Energieversorgung durch Schnelle Brüter gesichert wird. Ebenso soll die Kernenergie eingesetzt werden bei Erschließung neuer Bergbauvorkommen sowie beim Bau des Kanals Ganges – Godavari. In der Landwirtschaft wurden in verschiedenen Ländern der Dritten Welt bereits gute Ergebnisse bei der Verbesserung von Nutzpflanzen, der Schädlingsbekämpfung wie bei der Entwicklung neuer Getreidesorten mit höherem Nährwert, rascherer Reife und Widerstandsfähigkeit durch Bestrahlung erzielt. Diese Experimente und Erfahrungen sind aber noch fast vollständig monopolisiert im Besitz der „Internationalen Atomenergiekommission", einer von den Supermächten beherrschten Aufsichtsbehörde.

Weitere Mittel der Monopolisierung der Nutzung der Kernenergie durch die Supermächte ist ihre Kontrolle über die Lieferung des Uran, des angereicherten Uran sowie der Ausbildung des wissenschaftlichen und technischen Personals. Auch hier erhalten sie Schläge. Jugoslawien mußte den Vertrag mit dem US-Monopol Westinghouse noch zu erniedrigenden Bedingungen abschließen. Inzwischen stellen die Arbeiter des Kombinats „Energoinvest" selbständig Maschinen für die Produktion von Kernkraftwerksausrüstung her wie sich Jugoslawien in der Uranversorgung selbständig macht: „Die jugoslawischen Uranvorkommen in Zirovski sind nicht sehr groß, werden aber ausreichen, um das Atomkraftwerk in Krsko sowie zwei weitere Atomkraftwerke mit einer installierten Leistung von insgesamt 1800 MW zu versorgen. Trotz vieler Schwierigkeiten hofft man, daß das Atomkraftwerk Krsko Ende 1979 fertiggestellt wird." Pakistan konnte 1977 feststellen: „Wir haben gerade jetzt zwei große Studienzentren – das Kernenergiestudienzentrum bei Karachi und das Zentrum für Nukleare Studien in Islamabad vollendet. Diese beiden Institute werden es uns ermöglichen, 200 bis 300 Mann technisches Personal jährlich auf allen Gebieten für unsere nuklearen Projekte auszubilden."

Die Anstrengungen der Dritten Welt im Kampf gegen das imperialistische Atomenergiemonopol stacheln die beiden Supermächte zu verschärften Kontrollen. Es geht ihnen weder um Sicherheit noch um Frieden, sondern um wirtschaftliche und politische Beherrschung der Dritten Welt. Im „Londoner Klub" haben sich die beiden Supermächte das internationale Kartell gezimmert, in der Lieferbedingungen, Marktanteile und die Niederhaltung der Dritten Welt abgesprochen werden. Die BRD-Imperialisten sind dort auch vertreten. Auf der letzten Geheimsitzung dieses Klubs Ende Dezember 1977 wurde die Verschärfung der erpresserischen Auflagen beschlossen und Januar 1978 in Gestalt neuer „Richtlinien" an die IAEK, der Aufsichtsbehörde, weitergegeben. Unter dem penetranten Hinweis, daß die Nutzung der Kernenergie „nicht zur Förderung militärischer Zwecke" genutzt werden darf, ist ein Statut in Kraft, das den Nationen der Dritten Welt gegenüber diktatorisch ist und faktisch ihre staatliche Souveränität außer Kraft setzt. Im Statutartikel „Sicherheitsmaßnahmen der Organisation" ist vom „Prüfen und Genehmigen der Pläne" über Verpflichtung zur „Vorlage aller Betriebsaufzeichnungen" bis hin zum Recht „in das Hoheitsgebiet des empfangenden Staates Inspektoren zu entsenden. Diesen Inspektoren sind jederzeit zu allen Orten und Unterlagen sowie zu jeder Person Zugang zu gewähren, die beruflich mit Material, Ausrüstungen oder Einrichtungen zu tun hat" jede Einmischung festgeschrieben. Zusammengefaßt:

„Die Organisation besitzt im Hoheitsgebiet jedes Mitgliedes die Rechtsfähigkeit, Vorrechte und Befreiungen, die zur Durchführung ihrer Aufgaben erforderlich sind." Wird das Statut „verletzt", werden die „Hilfe" eingestellt, Materialien und Ausrüstungen „zurückgezogen."

Ganz in Übereinstimmung mit dem US-Delegierten hat der sowjetische Vertreter Morochow dreist erklärt:

„Die Arbeit an der Verstärkung des Ausmaßes der Kontrolle wird fortgesetzt." „In aller Schärfe steht die Aufgabe, alle Möglichkeiten, die im Garantiesystem der IAEK liegen, maximal auszunutzen." Der indische Vertreter hat dagegen entschieden erklärt, daß die „Aufsichtstätigkeit der Agentur von Jahr zu Jahr mit steigendem Budget sich ausdehnt", die technische Unterstützung dagegen stagniert; der Vertreter Pakistans: „Ein Versuch durch eine exklusive Gruppe, einseitig ihre Bedingungen anderen aufzuerlegen, muß zurückgewiesen werden und wird nicht zum Erfolg führen"; im Namen Bangladeshs, Libyens, Nigerias und Pakistans hat der ägyptische Delegierte eine angemessene Vertretung Afrikas, des Mittleren Osten und Südasiens im Gouverneursrat gefordert. Gegen die wütenden Versuche der Imperialisten, ihr imperialistisches Energieprogramm gegen die Nationen der Dritten Welt durchzusetzen, berät die Blockfreienbewegung von Nationen der Dritten Welt dieses Jahr die Einrichtung eines gemeinsamen Kernenergiepools, um das Atomenergiemonopol der Imperialisten zu brechen. – (Z-Red.)

Breschnew in Bonn

Vom 4. bis 6. Mai wird das Oberhaupt des sowjetischen Sozialimperialismus Breschnew in Bonn sein und anschließend noch einen Abstecher nach Hamburg machen. Im Zentrum der Gespräche zwischen Schmidt und Breschnew werden die westdeutscherseits vom Staatssekretär Peter Hermes in Moskau vorbereiteten langfristigen Wirtschaftsabkommen stehen, die wahrscheinlich bis 1990 gelten sollen.

Seit 1958 besteht zwischen dem westdeutschen Imperialismus und dem Sozialimperialismus ein Handels- und Schiffahrtsabkommen mit Zoll-Meistbegünstigung. Mit der Ostpolitik Brandts einher, die von Breschnew vor zwei Wochen in einer Rede vor dem sowjetischen Jugendverband Komsomol als „monumental" bezeichnet wurde, ging das 1973 geschlossene Abkommen über wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit. Es wurde 1974 ergänzt durch ein erweitertes Kooperationsabkommen, das insbesondere für Rohstoffe und Energie galt. In den letzten 7 Jahren hat es gemeinsame Großprojekte im Wert von rund 6 Milliarden Mark gegeben, die BRD-Imperialisten hoffen auf weitere solche Projekte im Bereich Metallurgie, Energie und Chemie. Zu diesem Zweck treiben sich zur Zeit zahlreiche „namhafte" Kapitalisten in Moskau herum. Relativ weit fortgeschritten sind die Verhandlungen über ein Hüttenkombinat in Kursk und den Bau des neuen Moskauer Flughafens „Scheremetjewo 2". Außerdem planen die beiden imperialistischen Räuber „Dreiecksgeschäfte", d.h. gemeinsame Lieferungen an die Länder der Dritten Welt, von denen sie sich „eine Sogwirkung" für noch größere Geschäfte versprechen.

Obwohl das Außenhandelsvolumen des BRD-Imperialismus mit dem sowjetischen Sozialimperialismus mit 11 Mrd. DM 1977 relativ gering ist (nur 2,16% am gesamten Außenhandelsvolumen), nimmt der BRD-Imperialismus unter den westlichen Imperialisten im Handel mit der Sowjetunion den ersten Platz ein, der Warenaustausch hat sich in den letzten 7 Jahren versechsfacht. Das Erdgas-Röhrengeschäft z.B. ließ die imperialistischen Konkurrenten erblassen. Der Anteil des sowjetischen Erdgases am Gesamtverbrauch in der BRD beträgt immerhin rund 10%.

Angesichts solch erfreulicher Geschäftsentwicklung hat Franz Josef Strauß in der „Süddeutschen Zeitung" vom 29.4. gemeint, er halte nichts davon, „daß man die Menschenrechte dann strapaziert, wenn man politisch nicht mehr weiter weiß". Strauß wird als „Realpolitiker" von der Finanzbourgeoisie sehr geschätzt,
von der Finanzbourgeoisie sehr geschätzt,
und er möchte die gute Geschäftsatmosphäre beim Besuch Breschnews nicht vermiesen. Das ist schon lange die Position von Kanzler Schmidt, der seine Regierungskumpane auf Flexibilität eingeschworen hat bei der Behandlung der beiden Supermächte. Zwar hat Schmidt bei seinem Besuch beim britischen Premierminister Callaghan letzte Woche die enge Zusammenarbeit mit den USA bekräftigt und angeblich Pläne für ein europäisches Währungssystem fallen gelassen („Der Dollar steht im Mittelpunkt meines Denkens"), aber wenige Tage später vor der Friedrich-Ebert-Stiftung scharfe Attakken gegen die US-Imperialisten geritten: „Vor allem die Verzögerungspolitik der USA auf dem Wirtschaftssektor sei unverantwortlich. Es gehe nicht an, daß das größte und stärkste Land der Welt Milliardendefizite mache und daß der Kurs der Leitwährung ständig ins Schwanken gebracht werde." (Frankfurter Rundschau, 29.4.) Einen starken Auftrieb haben die Versuche der westdeutschen Imperialisten, sich vom US-Imperialismus etwas abzusetzen, seit dem erfolgreichen Reaktorgeschäft mit Brasilien erhalten. Damals führte der Staatssekretär im Bundesforschungsministerium Haunschild im Fernsehen aus: Frage: „Ist unsere Atomforschung abhängig vom Wohlwollen der USA und anderer Lieferländer?" Antwort: „Das würde ich auch nicht sagen. Denn erstens sind die USA nicht der einzige Lieferant von angereichertem Uran ..." Frage: „Gäbe es denn überhaupt Alternativen für die BRD?" Antwort: „Ja, man kann angereichertes Uran von der Sowjetunion beziehen ..." (7.1.1977)

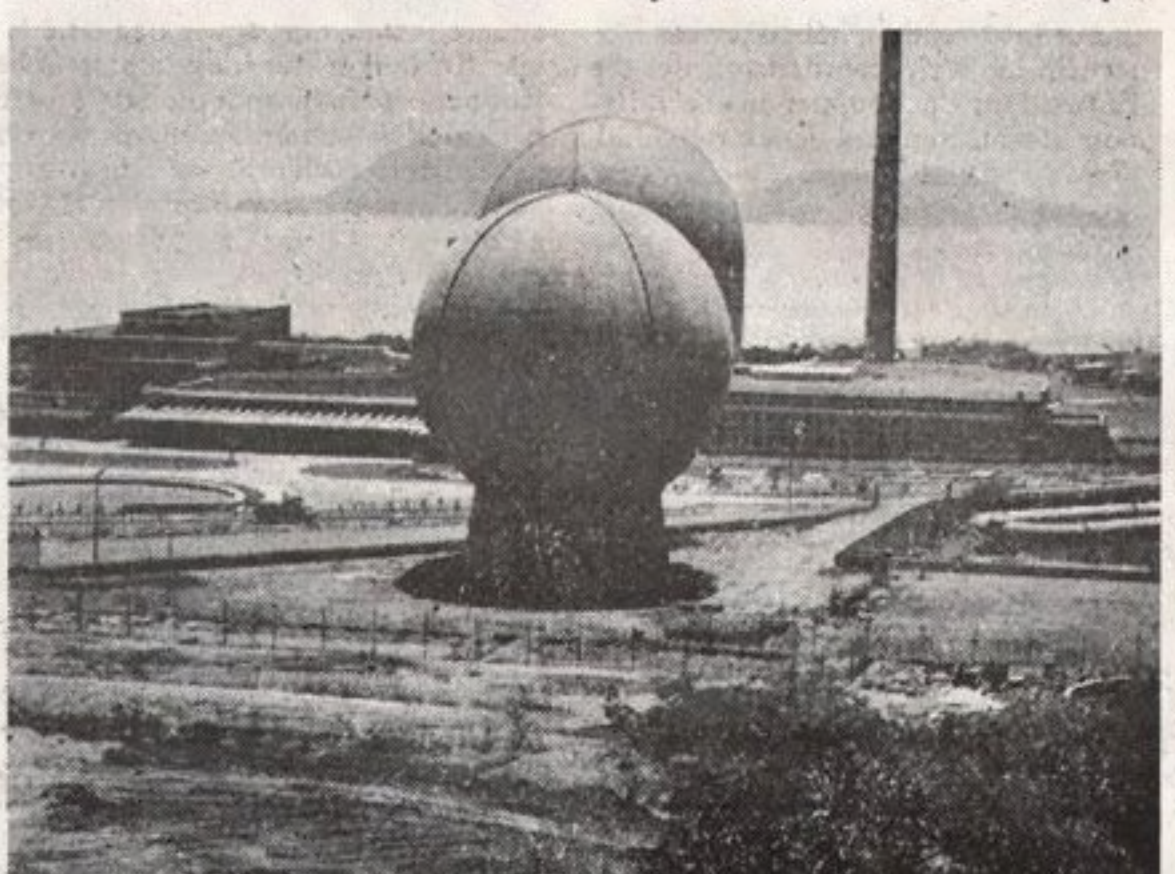
Für die westdeutschen Imperialisten ist es wichtiger, sich den nötigen Spielraum für eine selbständige Rolle im Konzert der imperialistischen Konkurrenz zu verschaffen, als daß das Außenhandelsvolumen mit der UdSSR relativ gering ist. Deshalb messen sie dem Breschnew-Besuch eine große Bedeutung bei. Der sowjetische Sozialimperialismus wiederum ist brennend daran interessiert, die stärkste imperialistische Macht in Westeuropa aus dem Einflußbereich des US-Imperialismus zu lösen, um gegenüber der anderen Supermacht im Kampf um die Weltherrschaft, der sich an der Vorherrschaft über Europa entscheidet, voranzukommen. Dies muß die UdSSR über die Herstellung ökonomischer Abhängigkeiten und politischer Zersetzungsarbeit vorbereiten, sonst nützt ihr ihre ganze militärische Stärke nichts. – (Z-Red.)

Indien wehrt sich gegen die Unterdrückung der Imperialisten in der Energiewirtschaft

Die Weltbank und Indien haben in der vorletzten Woche einen Vertrag über zwei Darlehen an die Elektrizitätsgesellschaft Tata abgeschlossen. Für 305 Mio. Dollar sollen zwei Verbrennungskraftwerke gebaut werden. Das Darlehen hat eine Laufzeit von 20 Jahren. Die an der Weltbank beteiligten Imperialisten, voran die US-Imperialisten, kassieren 7,7% Zinsen.

Dieser Kapitalexport hat strategische Bedeutung für die US-Imperialisten. Sie wollen Indiens Unabhängigkeitsstreben auf dem Energiesektor unterdrücken. Dabei herrscht auf dem Gebiet der Ölförderung und -verarbeitung sowie der Elektritität und Elektrizätsgewinnung heftige Konkurrenz zwischen den beiden Supermächten, an der sich kleinere imperialistische Mächte beteiligen, vor allem Großbritannien und die BRD. Das britische Finanzkapital z.B. hat indische Elektrizitätsgesellschaften seit der Kolonialzeit als Besitzer in der Hand.

Die Versuche der neuen Bourgeoisie der Sowjetunion, durch Kapitalexport in die indische Energiewirtschaft Einfluß zu gewinnen und auf diesem strategischen Gebiet sich zu verankern, begannen 1959. Bis dahin waren sowohl Ölförderung als auch Verarbeitung und Vertrieb fest in der Hand der bedeutendsten Anglo-Amerikanischen Ölmonopole, vor allem Burmah-Shell, Stanvac, Caltex, Phillips Petroleum und der italienischen ENI. 1959 bot die Sowjetunion Indien an, Rohöl für 15-20% unter Weltmarktpreis zu liefern, um einen Fuß in die Tür zu bekommen. Die drei größten Monopole, die die Raffinerien vollständig kontrollierten, lehnten aber die Verarbeitung von der Sowjetunion gelieferten Rohöls ab. Daraufhin bot die Sowjetunion an, Raffinerien zu bauen und zu betreiben, die die dann im Staatsbesitz wären. Die US-Konkurrenten rochen Lunte und boten das gleiche: Die Phillips Petroleum wollte eine Raffinerie mit 2,5 Mio. Tonnen Jahresleistung bauen, für den Preis von 34 Mio. Dollar. Die Imperialisten schätzen selber, daß sie dabei ungefähr 30% Profit gemacht hätten. Welche Profite die neue Bourgeoisie der Sowjetunion ansteuerte, wird sichtbar, wenn man ihren Preis sieht. Er lag bei einer Jahresleistung von 2 Mio. Tonnen mehr als doppelt so hoch. Die bereits abgeschlossenen Verträge für die Koyali-Raffinerie wurden auf Drängen Indiens revidiert und der Preis auf 60 Mio. Dollar reduziert. Sobald nach dem Bau von Raffinerien das Kartell der westlichen Ölmonopole gebrochen war, erhöhten die Sozialimperialisten die Rohölpreise und die Preise für Ölprodukte auf Weltmarkthöhe. Ihren Einfluß in der Ölgewinnung und -produktion konnten sie trotzdem weiter ausbauen. Sie liefern heute den Großteil der Ausrüstungen, wie übrigens auch für die Stromgewinnung. Der indische Minister für Petroleum und Chemie gab am 19.3. bekannt, wie es mit der Qualität dieser Ausrüstung inzwischen steht: 76% der 1150 Tonnen Bohrröhren aus der Sowjetunion waren defekt.



Die indische Regierung verfolgt einen Kurs der Unabhängigkeit von den Imperialisten in der Energieversorgung: Atomkraftwerk Trombay in der Nähe von Bombay.

Über das nahezu vorhandene Monopol auf die Lieferung schweren Wassers sind die Sozialimperialisten direkt an den vereinigten imperialistischen Bemühungen beteiligt, Indien einen „Sicherheitsvertrag" für seine Atomenergiegewinnung aufzupressen und es damit der Schikane und Kontrolle der Imperialisten, vor allem der Supermächte, auszusetzen. Indien hat auf die zunehmenden Drohungen der Supermächte unter anderem mit dem Bau von vier Fabriken für schweres Wasser geantwortet, die in zwei Jahren produktionsbereit sein und das sowjetische Monopol brechen werden.

In der letzten Woche ist ein Erpressungsversuch der US-Imperialisten auf der gleiche Linie geplatzt. Carter mußte die vertraglich vereinbarte Lieferung von 7638 Kilogramm Uran zusagen, die eine Woche vorher die Atom-Regulierungskommission gestoppt hatte. Anfang des Jahres hatte Carter in Indien selbst unverschämt versucht, der indischen Regierung die Unterzeichnung von „Sicherheitsgarantien" abzupressen. Die Imperialisten und Sozialimperialisten sind stark beunruhigt, weil Indien sich sowohl in der Energiegewinnung wie im Bau von Atombomben gegen das imperialistische Monopol wehrt und so weniger leicht politischem und militärischem Druck ausgesetzt werden kann. Die indische Regierung hat sich geweigert, Garantien zu unterzeichnen, die für die Supermächte selbst nicht gelten würden. Das Veto der US-Kommission war der Versuch, die Erpressung auf die Spitze zu treiben. Bereits jetzt wird das Tarapur-Kraftwerk mit verminderter Leistung gefahren, weil die USA sich weigern, die Vereinbarung über die Rücknahme verbrauchten Brennmaterials einzuhalten und die Vorratsbehälter überfüllt sind. Der Lieferstop hätte die direkte Schließung bedeutet. Des Kraftwerk ist für Indiens bedeutendsten Industriebereich um Bombay aber lebensnotwendig. Statt zu kriechen, wie die US-Imperialisten wollten, hat die Indische Regierung Wissenschaftler beauftragt, ein neues Verfahren beschleunigt zu entwickeln unter Verwendung des einheimischen Natururans und Plutoniums, das aus den verbrauchten Brennstoffen gewonnen wird. Ein solches von indischen Wissenschaftlern erarbeitetes Verfahren wird im Candu-Reaktor bereits teilweise eingesetzt.

Carter hat die Lieferung bestätigt, nachdem die Erpressung offensichtlich mißlungen war. Neue Erpressungsversuche werden folgen. Der imperialistische Einfluß auf die Energiewirtschaft wird von der Arbeiterklasse und den Bauern scharf bekämpft, wie in den Kämpfen für niedrigere Strompreise für Bewässerungsanlagen. Diese Kämpfe tragen zum großen Teil zur wachsenden Unabhängigkeit von den Imperialisten bei. – (Z-Red.)

Bis zur UNO-Generalversammlung eine volle Million!

Grußbotschaft des Genossen Robert Mugabe Präsident der ZANU, 27.4.

In Anbetracht dieser für unsere Solidarität wichtigen Gelegenheit und im Gedenken an unseren Chimurengatag (Tag des Volkskrieges) möchte ich euch unsere revolutionären Grüße und Glückwünsche übermitteln für eure erfolgreichen Bemühungen, wesentliche Unterstützung für die ZANU und unseren Befreiungskampf zu mobilisieren. Jetzt, wo der imperialistische Feind unter dem Druck unserer Offensive in Panik gerät, ist für uns die Festigung unserer Solidarität noch dringlicher, besonders angesichts der hektischen Versuche der Imperialisten, einschließlich der westdeutschen Regierung, unseren revolutionären Kampf niederzuschlagen. Die Beschlagnahmung der Gelder, die für unsere Unterstützung bestimmt sind, ist ein äußerst verabscheuungswürdiger feindlicher Akt der Bundesregierung, der im Interesse unserer gerechten Sache und der Sache der unterdrückten und ausgebeuteten Arbeiterklasse in Westdeutschland bekämpft werden muß.

Im Namen der unterdrückten Massen unseres zimbabweschen Volkes und unserer heldenhaften Kämpfer möchte ich euch zur Fortsetzung eures gerechten Kampfes ermutigen. Ihr habt unsere volle Unterstützung.

Pamberi ne Chimurenga
Robert G. Mugabe
Präsident der ZANU
27.4.1978



Demonstration am 27.4.1978 in Westberlin

Grußbotschaft der Delegation des ZK der ZANU an die Kundgebung in Hannover am 28.4.

Kampfgenossen,
Ich grüße euch aus dem Gefängnis, das der Frankfurter Flughafen darstellt. Wo immer ich gewesen bin, stieß ich auf die Gewehre der Reaktionäre. Der Platz ist ein Zentrum der bürgerlichen Reaktion.

Heute ist Chimurenga-Tag. Der Tag, an dem wir am 28. April 1966 unseren bewaffneten Kampf gegen alle Erscheinungen des Kapitalismus und Faschismus aufgenommen haben, die Ausbeutung, Unterdrückung und Niederhaltung umfassen.

Meine heutigen Erfahrungen wie die Erfahrungen meiner Delegation erinnern an die täglichen Vorkommnisse im imperialistischen Rhodesien, wo die unterdrückerische und brutale Polizei des Ian Smith das Volk von Zimbabwe täglich quält. Die Frankfurter Ereignisse zeigen einen noch besser organisierten Polizeistaat und lassen mich noch besser die gerechte Sache der Arbeiterklasse und aller unterdrückten Völker verstehen. Wir kämpfen dafür, eine solche Gesellschaft in unserem Heimatland umzustürzen und wollen nicht von gleichen Systemen verschluckt werden, wie sie in Rhodesien während der vergangenen 90 Jahre herrschten.

Meine Delegation und ich sind traurig, daß es uns die Agenten des Imperialismus unmöglich gemacht haben, uns mit euch in einem Geist der Solidarität und Einheit zu treffen, aber ich kann fast die Laute der Revolution aus Hannover hören, die an die anderen fortschrittlichen Kräfte gerichtet sind. Der Widerspruch zwischen Lohnarbeit und Kapital verschärft sich in der Zeit des Niedergangs des Imperialismus, der aus dem Kapitalismus hervorgegangen ist. Die Arbeiter der Welt, ob in Afrika oder in den Herzländern des Imperialismus, werden sich immer fester zusammenschließen in ihren Anstrengungen, die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen zu beseitigen. Selbstverständlich sind wir darauf gefaßt, daß die Bourgeoisie dagegen vorgeht, aber der revolutionäre Geist wird unsere Kräfte anspornen und vergrößern bis zum endgültigen Sieg.

Zum Schluß will ich mich bei euch bedanken, daß ihr in Worten und Taten an unserer Seite steht, während wir unseren Chimurenga-Tag feiern.

Zu guter Letzt will ich euch die Grüße von Genossen Präsident Robert Mugabe, vom Zentralkomitee der ZANU und von den ZANLA-Streitkräften überbringen, die den höchsten Preis zahlen, um die Gerechtigkeit ihrer Sache, die Gerechtigkeit ihrer Gewehre in ihrem Kampf für die Befreiung zu beweisen. *Pamberi ne Chimurenga!*

Herbert Ushewokunze, Leiter der Delegation des ZK der ZANU

28.4.1978, Frankfurt, Flughafen, Transit-Teil, 20.15 Uhr

Resolution der Kundgebungen

Am 19.12.1977 hat die ZANU die Arbeiterklasse und die Volksmassen in Westdeutschland aufgefordert, eine neue Anstrengung zur Unterstützung des bewaffneten Befreiungskampfes des Volkes von Zimbabwe zu unternehmen und die Mittel aufzubringen für die Ausrüstung einer vollmotorisierten Kompanie der ZANLA. Die KPD und der KBW haben dazu aufgerufen, dieses Ziel bis zum 1. Mai zu erfüllen und eine halbe Million für den bewaffneten Befreiungskampf zusammenzubringen. Bis zu der Veranstaltung in Westberlin wurden trotz aller Spaltungs- und Isolierungsversuche 560000 DM gesammelt. Das ist das Ergebnis einer Aktionseinheit von vielen Zehntausenden, die sich zusammenschließen für das Ziel der Zerschlagung des Kolonialregimes, dem das Volk von Zimbabwe unterworfen ist. Diese Aktionseinheit hat sich gegen die verschiedensten Angriffe der westdeutschen Bourgeoisie und Regierung auf die Kampagne entwickelt. Die Sammlung ist verboten worden durch das Regierungspräsidium Tübingen, Gelder wurden beschlagnahmt, in zahlreichen Städten versuchten Staatsanwaltschaft und Gerichte Straßensammlungen zu unterdrücken, Räume für Veranstaltungen wurden verweigert und in Westberlin wurde die Veranstaltung in der Waldbühne verboten.

Der neueste Angriff besteht in dem Versuch, die Einreise der ZANU-Delegation zu verhindern, die am 28.4. einen Tag lang im Flughafen Frankfurt aufgehalten wurde und dann nach Lusaka abgeschoben werden sollte. All das zeigt, daß die Bourgeoisie in ihren finsteren Plänen und Interventionsvorbereitungen durch die Kamapgne empfindlich getroffen wird und daß die Staatsmacht vor allem die immer stärkere Verbindung zwischen den Kämpfen der Arbeiterklasse und den Befreiungskämpfen der Völker fürchtet. Das ist ein Ansporn für die Verwirklcihung der Ziele der Kampagne, Ausrüstung einer Kompanie der ZANLA, Anerkennung der Patriotischen Front durch die Bundesregierung.

Gegenwärtig unternehmen die Imperialisten alles, um die Patriotische Front zu spalten und die ZANU zu isolieren. Schmähliche Niederlagen haben sie dabei eingesteckt, auf dem Schlachtfeld wie an der diplomatischen Front.

Angesichts der Wirkung der Kampagne wie der Angriffe der Bourgeoisie auf die Kampagne rufen wir auf, die Sammlung bis zum Beginn der UNO-Vollversammlung am 19. September 1978 fortzusetzen und bis dahin eine volle Million zu sammeln. Die Bundesregierung soll die Patriotische Front anerkennen. Die Fortsetzung der Kampagne für die Ausrüstung einer vollmotorisierten Kompanie der ZANLA und für die Anerkennung der Patriotischen Front ist ein Beitrag zum Kampf der Völker der Dritten Welt, die die UNO-Vollversammlung als Tribüne nutzen werden. Es lebe der bewaffnete Befreiungskampf des Volkes von Zimbabwe!

Es lebe die ZANU!

Proletarier aller Länder, vereinigt Euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch, besiegt den Imperialismus!

Schluß mit den Aggressionsvorbereitungen gegen das Volk von Zimbabwe!

Bedingungslose Herausgabe der beschlagnahmten Gelder der ZANU!

Sofortige Anerkennung der Patriotischen Front durch die Bundesregierung!

Raus aus der NATO!

Auf Vorschlag des ZK des KBW beschlossen von den Kundgebungen in Hannover am 28.4. und in Köln am 29.4.

Grußbotschaft der Delegation des ZK der ZANU an die Kundgebung in Köln am 29.4.

Genossen,
im Namen des Zentralkomitees der ZANU begrüße ich erneut hier aus der Botschaft der BRD in London Eure Versammlung, die unsere gemeinsamen Ziele vertritt.

Zum zweiten Mal wurde der Delegation der ZANU, die ich leite, die Einreise in die BRD verweigert, weil wir Eure Kundgebung besuchen wollen, weil wir Kampfgefährten sind.

Es ist die Furcht von Reaktionären vor den Kräften der Revolution, die die Buhdesregierung zu solchen Maßnahmen greifen läßt. Leicht kann man sehen, daß sie die Kundgebungen fürchten, die Ihr durchführt und auf denen wir uns mit Euch zusammenschließen wollen, weil sie sich gegen ihre Interessen richten. Ihre Interessen führen sie in den politischen Widerspruch: während sie Waffen und Munition für das illegale Ian Smith-Regime schikken, das uns schon lange unsere Freiheit raubt, schickt sie sogar Leute aus Deutschland, um mit deutschen Gewehren unser unschuldiges Volk hinzuschlachten. Wenn westdeutsche Arbeiter die Gelegenheit ergreifen, um uns zu helfen, uns selber zu befreien, dann schneiden sie die Verbindung zwischen den fortschrittlichen Kräften der westdeutschen Arbeiterklasse und unserem unterdrückten Volk auseinander.

Sie versuchen sich der Woge des proletarischen Internationalismus entgegenzustemmen und lassen dadurch den Widerspruch zwischen Arbeit und reaktionärem Kapital scharf hervortreten. Während dieses Jahrestags des Chimurenga, dem 29. April, während dieser Zeit der erneuten Stärkung unserer Entschlossenheit zum bewaffneten Kampf stehen wir Seite an Seite, da Ihr Euch der Gerechtigkeit unserer Sache erinnert.

Wir haben unser Land und unseren Frieden verloren an die Kräfte der Ausbeutung vor etwa 90 Jahren. Wir waren bemüht, unser Vaterland durch friedliche Mittel dem Imperialismus zu entwinden. Aber nachdem friedliche Methoden den Zugriff der Hand des Kapitalismus nicht aufbrechen konnten, der unser Land verkrüppelt, entschlossen wir uns zum Krieg, um den Frieden und das Land unserer Vorfahren, die uns geraubt worden waren, zurückzugewinnen. Wir werden diesen Kampf bis zum Ende führen, auch wenn die Kräfte der Reaktion gegen uns arbeiten. Wir werden bis zum endgültigen Sieg kämpfen. Das ist der Krieg des Volkes, des Volkes von Zimbabwe. Und es ist auch Euer Krieg. Es ist der Krieg aller fortschrittlichen Kräfte. Der Kräfte, die uns politisch und materiell unterstützen bei unseren Anstrengungen, uns selbst zu befreien.

Es ist der Krieg aller unterdrückten und ausgebeuteten Massen, die an die Gerechtigkeit unserer Sache glauben, die Gerechtigkeit unserer Waffen, die wir einsetzen für unser Ziel, um das Recht auf Selbstbestimmung durchzusetzen.

Dieses Recht ist unteilbar, es ist kein Verhandlungsgegenstand. Wie jedes Recht auf Unabhängigkeit das elementare Recht jedes Volkes ist. Ein unabhängiges Zimbabwe wird im Kampf geboren, in den militärischen Operationen, weil die ganze Geschichte des Kampfes zwischen den unterdrückten Massen und dem Imperialismus uns gelehrt hat, daß in den meisten Fällen die Unabhängigkeit nicht anders erlangt werden kann. Wir werden unseren bewaffneten Kampf fortführen und den Druck auf alle reaktionären wie auch kompromißbereiten Kräfte erhöhen, die vom Imperialismus und Kapitalismus in unserem Land eingesetzt sind, um das Volk von Zimbabwe zu unterdrücken.

Selbst wenn der Volkskrieg langwierig wird, wird der Sieg schließlich auf unserer Seite sein, auf der Seite der Gerechtigkeit und der gerechten Sache. Ich sage Pamberi ne Chimurenga.

Das sind bloße Unterbrechungen auf unserem Weg zum Siege. So ist es auch mit dem Verbot, nach Westdeutschland einzureisen. Eines Tages wird Westdeutschland aufwachen und sehen, daß wir unser Recht, ein unabhängiges Volk zu sein, erkämpft haben. Dann wird der Tag gekommen sein, wo wir Euch in unserem Land empfangen können.

Wer wird auf der Seite des Sieges sein? Wir und unsere fortschrittlichen Freunde oder die Kräfte des reaktionären Kapitalismus? Dieser Tag ist nahe, Euer Tag ist nahe. Laßt uns zusammenstehen, wie wir es stets taten, denn unser Sieg ist nicht mehr fern.

Weil das so ist, verstärken die Imperialisten ihre Anstrengungen und Manöver, um den Kampf zu verwirren und zu unterdrücken.

Pamberi ne Chimurenga
Vorwärts mit der Revolution!
29.4.1978

Herbert Ushewokunze, Leiter der Delegation des ZK der ZANU
Botschaft der BRD, London

Kundgebung am 29.4.1978 in Köln

Entscheidungen der Bundesregierung gegen die ZANU-Delegation

I. Am 28.4. (ca. 13.30 Uhr) teilte Herr Alt, BGS-Leiter Frankfurt am Main, Flughafen, die Entscheidung Dr. Einwag, Innenministerium, mit:
1. Es erfolgt Zurückweisung. Begründung: § 10 Abs. 1 Nr. 6 AuslG: Es fehle an einer Aufenthaltserlaubnis in Form des Einreisesichtvermerks.
Das Reiseziel ist freigestellt.
2. Der Antrag auf Erteilung eines Ausnahmesichtvermerks wird abgelehnt. Begründung: Es sei keine unbillige Härte, zu verlangen, daß der Einreisesichtvermerk bei der zuständigen Botschaft beantragt werde. Außerdem laufe die Ablehnung eines Ausnahmesichtvermerks nicht erheblichen Belangen der BRD zuwider.

II. Am 29.4. (17.40 Uhr) wird durch Frau Elke Schmitz, Angehörige der Deutschen Botschaft in London, der Delegation der ZANU folgende Mitteilung gemacht:
1. Eine Entscheidung sei noch nicht getroffen, die Sache sei noch in Arbeit.
2. Mit der Angelegenheit seien mehrere Stellen befaßt.
3. „Die Botschaft hat nicht den Eindruck, daß die beantragten Visa bei dem angegebenen Zweck fristgerecht erteilt werden könnten."

III. Am gleichen Tag (21.10 Uhr) teilt Herr Schiebschick, Leitender Wissenschaftsattaché an der Deutschen Botschaft in London, gegenwärtig Bereitschaftsdiensthabender, der Delegation mit:
„Sie können nicht damit rechnen, daß die Visa vor Ablauf von drei Tagen erteilt werden." Dies sei die Stellungnahme des Auswärtigen Amtes, „wenn Sie so wollen, der Bundesregierung." Es wird ausdrücklich hinzugefügt: Dies bezieht sich nur auf den beantragten Zeitraum. „Die Bundesregierung hat nichts gegen die ZANU, sie anerkennt Präsident Mugabe."
gez. V. Pfaff,
Rechtsanwalt

Erklärung des ZK des KBW zum Einreiseverbot der Bundesregierung

Nachdem die Bundesregierung bereits gestern die Delegation des ZK der ZANU, die Westdeutschland und Westberlin besuchen und auf den Veranstaltungen zur Unterstützung des bewaffneten Befreiungskampfes in Westdeutschland sprechen will, an der Einreise verhindert und auf dem Frankfurter Flughafen festgehalten hat, um dann sogar noch mit der Abschiebung nach Lusaka zu drohen, verweigert die Bundesregierung auch heute die Einreise von London aus. Die Delegation der ZANU wird seit heute mittag in der Londoner Botschaft der Bundesrepublik hingehalten. Die Botschaft hat im Laufe des späten Nachmittags erklärt, die Anträge auf Einreisevisa seien in Bearbeitung, es seien mehrere Ämter mit den Anträgen befaßt: „Die Botschaft hat nicht den Eindruck, daß die beantragten Visa bei dem angegebenen Zweck fristgerecht erteilt werden können." Der angegebene Zweck ist die Teilnahme an den Kundgebungen zur Unterstützung des bewaffneten Kampfes in Zimbabwe und für die Anerkennung der Patriotischen Front. Die Bundesregierung haßt und fürchtet den Zusammenschluß der unterdrückten Völker mit der internationalen Arbeiterklasse. Sie haßt und fürchtet die Unterstützung der Arbeiterklasse für den bewaffneten Befreiungskampf. Die Bundesregierung ist der geschäftsführende Ausschuß der herrschenden Imperialistenklasse, die die Völker der Dritten Welt in Ausbeutung und Unterdrückung hält.

Angesichts des Angriffes auf die Rechte des Volkes von Zimbabwe und der ZANU, angesichts der Einreiseverweigerung für die Delegation erweist sich die Entscheidung als völlig richtig, die Kampagne für die Ausrüstung einer vollmotorisierten Kompanie der ZANLA und für die Anerkennung der Patriotischen Front fortzusetzen, um bis zum Beginn der UNO-Vollversammlung eine Million aufzubringen.

Nachdem klar ist, daß es nur durch scharfen Kampf gelingen kann, den Vertretern des Volkes von Zimbabwe nach Westdeutschland Zugang zu verschaffen, sind wir sicher, daß dieser scharfe Kampf geführt werden wird. Die Arbeiterklasse in Westdeutschland läßt sich nicht von ihren Verbündeten, den Volksbefreiungsbewegungen der Dritten Welt abspalten.

gez. Hans-Gerhart Schmierer
Sekretär des ZK des
Kommunistischen Bundes
Westdeutschland (KBW)

Frankfurt, den 29.4.

Vulkan-Kapitalisten gut gerüstet für Expansionsschlacht

Bauzeitverkürzung / Schnelle Umstellung auf Dreischichtsystem / Arbeiter nutzen 1. Mai zum Zusammenschluß

„1979 wird für die Werften das kritischste Jahr – Bremer Vulkan besser gerüstet denn je", kann man lesen im „Pflichtblatt der Wertpapierbörse" vom 22.4.78. Die Frage stellt sich, wodurch der Vulkan besser gerüstet denn je ist. Noch 1971 schrieb die bürgerliche Presse, daß der Vulkan von einer Kostenlawine überrollt würde und die Aktionäre keine Dividende erhalten würden. Von 1971 bis heute haben die Vulkankapitalisten eine große Investitionstätigkeit entfacht, zum Spezialschiffbau, zur Fregatte.

Innerhalb von zwei Jahren, 1971 bis 1973, stampfte man ein Baudock für den Großschiffbau sowie Halle, Kraneinrichtungen und Paneelstraße für die Großsektionen aus dem Boden. Mit allen Anlagen können jedoch auch Spezial- oder Kleinschiffe gebaut werden. Das Baudock eignet sich besonders für das Reparaturgeschäft, während das neue Fregattendock, welches überdacht ist, für den Neubau auch kleinerer Spezialschiffe verwendet werden kann und durch die Überdachung schnellere Bauzeiten durch größere Wetterunabhängigkeit garantiert. Das ist die Strategie der Vulkankapitalisten. Kommen jedoch keine neuen Aufträge, so muß entlassen werden. „Darüberhinaus beinhaltet ein Katastrophenplan u.a. die radikale Trennung von unqualifiziertem Personal ... Von in der Spitzenzeit jährlich 10 Mio. Arbeitsstunden einschließlich Vorgaben werde man über jetzt 6 Mio. Stunden auf 4 Mio. Stunden runterfahren." So Direktor Schirmer. Das können die Vulkankapitalisten, weil sie die Bauzeiten der Schiffe drastisch verkürzt haben. Die Paneelstraße gibt ein gutes Beispiel: Vor ihrer Errichtung waren ca. 30 Arbeiter beim Anfertigen der Paneele beschäftigt. Nach Errichtung wird durch die Paneelstraße dreimal soviel produziert und das mit sechs Arbeitern. Momentan finden genau an dieser Maschine Zeitaufnahmen statt, um die Akkordvorgabezeiten weiter zu kürzen.

Über den Druck des Akkords wollen die Kapitalisten den Lohn der noch gebliebenen Arbeiter senken. Selbst Betrug ist ihnen da recht: So wurden für einen Teil neue Zeiten aufgenommen, wobei die Zeitnehmer die Arbeitszeit für einen Arbeiter aufnahmen, obwohl zwei daran arbeiteten. Weiterhin hat der Anteil der Akkordarbeiter gemessen an der Gesamtbelegschaft um 3% zugenommen, während die Gesamtarbeiterzahl von 1975 bis heute um 892 sank. Der Durchschnitt im Akkord lag 1975 bei 38%, heute pendelt er sich bei 32% ein. Alles dies versetzt die Kapitalisten in die Lage, sofort auf Dreischichtsystem umzustellen.

Die sinkenden Arbeiterzahlen und die hohen Investitionen beweisen, daß die Vulkankapitalisten vorhaben, außer dem Stammpersonal keine weiteren Arbeiter zu beschäftigen. „Qualifiziertes wollen wir auf jeden Fall erhalten und auch keine Angestellten entlassen, um allen konstruktiven Anforderungen (Fregatte) entsprechen zu können." Gut gerüstet sind wir, so sagen die Vulkankapitalisten. Der Streik der Schlosser gegen die Akkordkürzung sowie der Kampf gegen den Akkordbetrug ist die Antwort der Arbeiter. Verbot des Akkordsystems ist eine Forderung der Vulkanarbeiter zum 1. Mai. Etliche Forderungen gegen die Expansionsbestrebungen der westdeutschen Imperialisten und gegen den Krieg, zeigen, daß die Arbeiter an ihrem Zusammenschluß arbeiten. – (Zelle Bremer Vulkan, Bremen-Unterweser)

Banken setzen auf Wirkung der Werfthilfe: „Einer der zur Zeit rentabelsten Märkte"

Am 19. April hat die Bundesregierung das Werfthilfeprogramm bis 1983 verlängert. 1977 haben die Werften 5 Mrd. DM Umsatz gemacht, 2,7 Mrd. davon sind durch die Werfthilfe subventioniert worden. Die Werfthilfe wurde verlängert, damit dem „deutschen im verschärften Seeschiffbau-Wettbewerb von 1980 bis 1988 Umsätze von etwa 15,5 Milliarden DM abgesichert werden können" (FAZ, 20.4.). Die Dumpingpreise der japanischen Konkurrenz und das Unterbieten durch sowjetische Reeder, gegen das die Bundesregierung eine Änderung des Außenwirtschaftsgesetzes und Einführung der Meldepflicht für sowjetische Reeder (Welt, 15.4.) erwägt, die Überproduktionskrise im gesamten Weltschiffbau, lasten schwer auf den westdeutschen Werft- und Reederkapitalisten! „In der Geltinger Bucht dümpeln schon zehn arbeitslose Großtanker. Ein Liegetag in der ‚Wassergarage' ist billiger als ein Fahrtag", schreiben die „Kieler Nachrichten" (19.4.78), und das „Hamburger Abendblatt" bringt gleichzeitig eine Rechnung über die täglichen Betriebskosten, die bei Vollcontainerschiffen bis zu 8950 DM pro Tag, bei Massengutfrachtern 10150 DM und bei Tankern über 100000 tdw 16050 DM betragen.

Ein düsteres Bild, was die Arbeiter auf den Werften, im Hafen und auf See veranlassen soll, sich für die Verbesserung des Profit ins Zeug zu legen. Die Banken, die es wissen müssen, weil sie als Kreditgeber fungieren, „zeigen Optimismus in der weltweiten Schiffsfinanzierung: ... Einige Banker gehen sogar soweit zu behaupten, dieser Markt sei seiner fetten ‚Spreads' und der dazu noch winkenden Provisionsgeschäfte wegen einer der zur Zeit rentabelsten", schreibt die „Welt" (15.4.) über eine von „Seatrade" in London organisierte Bankenkonferenz. Sie setzen auf die Wirkung der Pleiten und der Konzentration im Schiffbau.

Die EG hat an der Welthandelsflotte insgesamt 20% Anteil und den größten Anteil der Welthandelsflotte an der Spezialtonnage, wobei innerhalb der EG die BRD führend ist. Im einzelnen machen die 193 Vollcontainerschiffe mit 3,275 Mio. BRT 43,4% der vergleichbaren Spezialtonnage der Welthandelsflotte aus, die 121 Flüssiggastanker mit 1,41 Mio. BRT 31,9% und die 105 Chemikalientanker mit 0,4 Mio. BRT 22,8%, die Öltanker haben einen Anteil von 20,6%.

Die Arbeiter im Schiffbau, im Hafen und die Seeleute werden sich auf einen großen Kampf einstellen müssen. Denn die westdeutschen Imperialisten haben ehrgeizige Expansionspläne: Um ihr Kapital profitbringend anzulegen, betreiben sie zunehmend Kapitalexport. 1977 haben sich die Auslandsinvestitionen der BRD-sum 5,1 Mrd. DM erhöht. Das wirkt sich für die Seeschiffahrt aus in niedrigeren Umschlagzahlen und erhöht so die Konkurrenz unter den Reedern und Werftkapitalisten, schafft neue Überproduktion. Sowieso ist es heute so, daß der Seegüterverkehr zu 70,9% Rohstoffe und Halbwaren transportiert. Werden Fertigwaren transportiert, dann lohnt sich wegen der kürzeren Transportzeit die Luftfracht, die heute zu 61% Fertigwaren, vor allem elektronische Erzeugnisse transportiert.

Und in dem Maße, wie die Fregatten dafür sorgen helfen, daß sich die westdeutschen Imperialisten direkten Zugang zu den Rohstoffen verschaffen können, wird auch der Transport von Rohstoffen zurückgehen. Darauf setzen die BRD-Imperialisten in ihrem derzeitigen Schiffsbauprogramm. – (N-Red.)

Der 4%-Abschluß beflügelt die Klöckner-Kapitalisten zur weltweiten Expansion

1200 Entlassungen und Umbesetzungen geplant / Stillegung von Werksteilen und Ausbau des Verarbeitungsbereichs

Der 4%-Lohnraubabschluß in der Stahlindustrie hat den westdeutschen Stahlkapitalisten neue Möglichkeiten eröffnet, ihre Vormachtstellung in der EG auszubauen. Die Durchsetzung der gewerkschaftlichen Forderung von 7% hätte den Arbeitern und einfachen Angestellten bei Klöckner runde 18 Mio. DM mehr eingebracht, bezogen auf das Geschäftsjahr 76/77. Diese 18 Mio. DM stehen jetzt den Klöckner-Kapitalisten zur Verfügung, um mit Rationalisierungen die Ausbeutung der Arbeiter zu verschärfen. Der Lohnraubabschluß hat den Chef der Klöckner-Kapitalisten Gienow wohl auch zu dem blumigen Ausspruch auf der Jahrespressekonferenz veranlaßt: „Das Licht, das sich in der Ferne des Tunnels zeigt, ist jetzt wohl nicht mehr nur das eines entgegenkommenden Zuges". Damit verleiht er den Erfolgen, die die Klöckner-Kapitalisten im letzten Jahr durch erhöhte Auspressung der Arbeiter erzielt haben, seine Genugtuung. Ihre Gier nach höheren Profiten haben sie damit keineswegs aufgegeben, „denn nach Gienows Worten sind im ersten Quartal des laufenden Geschäftsjahres die Stahlerlöse noch sehr tief im Keller." Auf derselben Pressekonferenz hat Gienow 1200 weitere Entlassungen bis Ende 1978 angekündigt.

Zusätzlich zu den 18 Millionen sollen die Klöckner-Kapitalisten 60 Mio. DM aus Steuergeldern erhalten. Am 15.4. hat ein „internes Gespräch" stattgefunden, um Näheres „zur Verbesserung der Konkurrenzlage" zu besprechen, Gesprächspartner waren die Minister Leisler-Kiep und Pestel. Arbeitsdirektor Buchholz hat dem Betriebsrat die Umbesetzung von 130 Arbeitern vom Werk Osnabrück nach Georgsmarienhütte angekündigt. Bei der letzten großen Umbesetzungsaktion redeten die Kapitalisten von einem „befristeten Arbeitsplatzwechsel", was sich einige Monate später als Umbesetzung entpuppte. Lohnsenkung von bis zu 2 Mark in der Stunde waren keine Seltenheit. Im Werk GM-Hütte sollen 68 Arbeiter umbesetzt werden, womit die Klöckner-Kapitalisten gleichzeitig die Schichtarbeit ausdehnen. In der letzten Woche haben vier betroffene Schlosser die Arbeit niedergelegt, der Betriebsrat wollte dann die Angelegenheit klären.

In dieser Woche wurde ein neuer Sozialplan bekannt, der weitere Entlassungen vorsieht und bis Ende 1979 gelten soll. Gegenwärtig wird auch über die Stillegung des Stahlwerkes, der Stahlgießerei, der Stahlputzerei, der Modelltischlerei und des Weichenbaus im Werk Osnabrück gesprochen, was zu Massenentlassungen führen wird. Aus dem Grunde wird wohl auch Buschfort aus dem Bundesarbeitsministerium bei Klöckner gewesen sein.

Die Klöckner-Kapitalisten sind am Überlegen und Rechnen, wie sie ihren Höchstprofit „des von der Stahlkrise schwer gebeutelten Unternehmens" sichern können. Das Problem für die Stahlkapitalisten besteht darin, daß sie den aus den Arbeitern gepreßten Profit im Stahlbereich nicht profitabel verwerten können. Deshalb der zielstrebige Ausbau des Verarbeitungsbereiches, den alle Stahlkapitalisten betreiben. Der Verarbeitungsbereich umfaßt auch stahlferne Produkte, wie Kunststoffe und andere chemische Erzeugnisse. Es kann gar keine Rede davon sein, daß es den Stahlkapitalisten an Geld fehlt, was sie andauernd wieder beteuern, damit sollte der Lohnraubabschluß gegen die Stahlarbeiter durchgesetzt werden. Bei allen Hauptversammlungen der großen Stahlkonzerne wurden die „schlechten Erlöse im Stahlbereich" bejammert und der „Ausgleich" über die Verarbeitung hochgehalten. Mit den aus den Stahlarbeitern gepreßten Profiten haben sich die Klöckner-Kapitalisten bei Holstein & Kappert (Spezialmaschinenbau für die Getränkeindustrie) eingekauft, womit sie sich neue Möglichkeiten eröffnen, an der Ausbeutung der internationalen Arbeiterklasse teilzuhaben, da Holstein & Kappert „in drei Kontinenten und einem weltweiten Netz von Vertriebs- und Kundendienstgesellschaften" vertreten ist. Mit dem Kapitalexport in die Länder der Dritten Welt wollen sich die Klöckner-Kapitalisten den Zugriff zu billigen Rohstoffen ermöglichen. Zum 1. Oktober 1977 haben sie sich die Becorit-Grubenausbau einverleibt und Klöckner-Becorit gegründet. Damit „entsteht durch das Zusammengehen von zwei bedeutenden Bergbaumaschinenherstellern ein Unternehmen, das international in der Spitzengruppe seiner Branche stehen wird." (Gienow, Pütt & Hütte 3/77). Die Werke in Südafrika und USA sowie 15 weitere Vertretungen „sind erste Stützpunkte für eine künftige auch weltweite Akquisition." (Pütt & Hütte 3/77) Über eine Beteiligung von 20% an der belgischen Firma ALZ N.V., die zum belgischen Stahlmonopol Cockerill gehört, wollen die Klöckner-Kapitalisten auf dem europäischen Markt weiter vordringen. Hierüber wollen sie sich die Möglichkeit schaffen, an einer noch im Bau befindlichen Walzdrahtstraße in der Nähe von Lüttich teilzuhaben. Durch die Übernahme des Anteils von Krupp an den „Vereinigten Drahtwerken Hamm" wollen sich die Klöckner-Kapitalisten einen beträchtlichen Teil der europäischen Walzdrahtproduktion unter den Nagel reißen. – (Klöckner-Zelle, Bezirk Münsterland/Emsland)

Die Kautschuk-Arbeiter haben einiges mit den Kapitalisten abzurechnen

Die Tarifverträge für die Kautschukarbeiter laufen in Hamburg/Schleswig-Holstein, Hessen und Niedersachsen einheitlich zum 30.6.1978 aus. Die Kautschukarbeiter in den anderen Bezirken sind mit den Chemiearbeitern zusammengefaßt und erhalten wie diese lumpige 4,3% mehr Lohn. Von Süden nach Norden gibt es ein deutliches Lohngefälle der tariflichen Stundenlöhne in der Kautschukindustrie, in Schleswig-Holstein/Hamburg liegen sie je Lohngruppe zwischen 1,40 DM und 1,70 DM niedriger als in Baden-Württemberg. Das ist Ergebnis der sozialdemokratischen Lohnpolitik, die die Kraft der Kautschukarbeiter in verschiedene Tarifbezirke zersplittert hat und bei Continental z.B. mit dem Hinweis auf die übertariflichen Zahlungen behauptet, die Löhne der Kautschukarbeiter könnten sich sehen lassen, um so jedes Jahr niedriger mit den Kapitalisten abzuschließen.

Die Ausgangsbedingungen, um den dauernden Lohnsenkungen Einhalt zu gebieten, sind dieses Jahr günstig. Der Lohnkampf der Hafenarbeiter, der Drucker, der Metallarbeiter, der Arbeiter, Angestellten und Beamten aus dem öffentlichen Dienst, der Bauarbeiter wurde über die Branchen hinweg unterstützt. Die Kautschukarbeiter in Süddeutschland haben ebensowenig ein Interesse daran wie die VW-Arbeiter, daß die Löhne der Kautschukarbeiter im Norden so weit gesenkt worden sind, daß die Arbeiter der Reifenputzerei auf der Conti in der Spät- und Nachtschicht je eine halbe Stunde länger arbeiten wollen, um überhaupt noch über die Runden zu kommen.

Die Kautschukkapitalisten stehen in heftigster Konkurrenz zueinander. Phönix ist der größte Zulieferer von Daimler Benz und hofft über einen neuen Fließgußreifen gut ins Geschäft zu kommen. Conti ist Hauptzulieferer von VW und will im Aufwind von VW in den USA ein Werk errichten. Beiden geht es darum, Konkurrenznachteile gegenüber den amerikanischen Reifenkapitalisten auszugleichen. Ein Streik in dieser Lage, wo die Automobilkapitalisten prompte Reifenlieferung fordern, paßt ihnen nicht ins Konzept.

Die Kapitalistenzeitschrift „GAK" schreibt: „Der Reifenmarkt ist heute durch Billigware derart heruntergewirtschaftet, daß nur noch eine weitgehende automatisierte Produktion wirtschaftlich vertretbar ist. Das bedeutet aber Großserie bei möglichst reduzierter Typenzahl und andererseits eine Kapitalintensität, der nur entsprechend vermögende Unternehmen fähig sind. Dieses Vermögen muß langfristig aufgebaut werden und darf nicht durch fiskalische oder gewerkschaftliche Interessen beeinträchtigt werden. Auch die Unternehmen der USA haben einmal mit bescheidenem Kapital begonnen" (GAK, 1/78).

Das ist eine gewaltige Kampfansage an die Kautschukarbeiter: Wo soll das „Vermögen" herkommen, wenn nicht durch die Arbeit der Arbeiter? Das Kapital kann nur gebildet werden aus dem Mehrwert, um es zu vergrößern, muß die Ausbeutung verschärft und der Lohn gesenkt werden. Jeder Pfennig mehr Lohn andrerseits schmälert den Mehrwert.

Sind die Ausgangsbedingungen für die Arbeiter für den diesjährigen Lohnkampf günstig, so wird er jedoch hart und langandauernd geführt werden müssen. Richtig ist, ihn jetzt entschlossen vorzubereiten, wie es die Arbeiter der Gummiwerke Fulda machen, die eine Forderung von 7%, mindestens 110 DM diskutieren. – (N.-Red.)

Streik für Pauschale

Bochum. Die Arbeiter von Krampe & Co. in Bochum-Linden streikten für die von der IG Metall ausgehandelte Pauschale von 110 DM im Monat. Der Kapitalist wollte nur 55 DM Pauschale in der Lohngruppe 7 zahlen. Um die Bezahlung der gestreikten Stunden wird vor dem Arbeitsgericht weiter gestritten.

Streik gegen Anrechnung der Tariferhöhung

Dreieich/Langen. Wie schon letztes Jahr wollte der Vorstand der Firma Pittler (ca. 1500 Beschäftigte), an der die Deutsche Bank und die Dresdner Bank beteiligt sind, die Tariferhöhung in der hessischen Metallindustrie nicht voll auszahlen. Für etwa 500 Arbeiter sollte die Erhöhung nur 1,25% betragen. In den letzten vier Jahren hatten die Kapitalisten auf diese Weise 15% des Lohns geraubt bei einer gleichzeitigen Leistungssteigerung um 16%. Die Belegschaft ist von ehemals 2200 auf ca. 1500 Arbeiter und Angestellte reduziert worden. Über 250 Arbeiter versammelten sich am 24.4.1978 gegen 13.30 Uhr auf dem Hof und forderten die volle Auszahlung der 5%. Das war der erste Streik der Pittler-Arbeiter seit etwa 30 Jahren. Die Personalleitung drohte mit der Polizei und wollte den Betrieb räumen lassen, wenn die Arbeiter nicht sofort an ihre Arbeitsplätze zurückgingen. Die Arbeiter haben den Streik jedoch gegen diese Drohungen eine Stunde lang durchgeführt. Der Personaldirektor und Betriebsrat haben dann einen Hausabschluß von 4%, gültig ab 1. April, ausgehandelt, was umgerechnet auf das Jahr 3% ausmacht.

Tarifabschluß Kfz-Handwerk

Westberlin. Am 25.4. haben die IG Metall und die Innung für das Kfz-Handwerk in Westberlin einen neuen Tarifvertrag abgeschlossen: 5,9% ab 1.1.78 und einen Tag mehr Urlaub.

Lehrlinge fordern 5% auf den Lohn und 4 x 45 DM pauschal

Rüsselsheim. Etwa 250 Lehrlinge von Opel zogen am Dienstag geschlossen zur Jugendvertretung, um sich über den Stand der Verhandlungen mit der Geschäftsleitung zu informieren, die sich weigerte, die durchgesetzten 5% auf den Opel-Lohn auch für die Lehrlinge zu zahlen. Bisher war das immer der Fall. Betriebsrat und Jugendvertretung fordern 5% auf die Opel-Ausbildungsvergütung und 4 x 45 DM pauschal. Die Geschäftsleitung machte sich während der Streikaktion unerreichbar, so daß kein Angebot oder Stellungnahme zu bekommen war, obwohl der Betriebsrat das mehrere Male versuchte. Erst nach der zweiten Aufforderung der Ausbildungsleitung gingen die Lehrlinge geschlossen in die Werkstätten und Klassen zurück nach etwa 40 Minuten, nachdem vorherige Versuche, einzelne einzuschüchtern, keine Wirkung zeigten. Die Ausbildungsleitung hat alle Teilnehmer aufschreiben lassen und droht mit Geldabzug. Im Laufe der Aktionen ist eine Gruppe Werkzeugmacher aus dem 1. Lehrjahr in die IGM eingetreten. Am Mittwoch hat die Geschäftsleitung 4 x 30 DM pauschal angeboten und 5% tariflich. Am selben Tag haben ein Jugendvertreter und ein Lehrling die Forderungen der Auszubildenden unter Beifall auf der Betriebsversammlung vorgetragen. Die Lehrlingsvertrauensleute haben den Betriebsrat aufgefordert, sofort in Verhandlung mit der Geschäftsleitung zu treten, um die 5% auf den Opel-Lohn für die Lehrlinge durchzusetzen.

Aufforderung an DGB, ZANU-Sammlung einzuleiten

Mannheim. Auf der BBC-Jugendvertrauensleutesitzung zur Vorbereitung der Jugendvertreterwahl wurde beschlossen, auf der 1. Mai-Kundgebung des DGB ein Transparent mitzutragen mit der Forderung: Übernahme aller Lehrlinge. Weiter wurde beschlossen, einen Brief an den DGB-Kreisjugendausschuß zu schreiben, in dem die Entschließung des DGB-Jugendkongresses begrüßt wird, die Beschlagnahmung der ZANU-Gelder verurteilt und der DGB aufgefordert wird, eine Sammlung einzuleiten für die ZANU und eine Veranstaltung zu Zimbabwe zu machen.

Shipcare '78: Reparatur während der Fahrt

Hamburg. Vom 18. bis 21.4. fand im Congress Centrum Hamburg das Seminar Shipcare '78 mit 340 Kapitalistenvertretern von Werften und Reedereien aus aller Welt statt. Verhandelt wurde die Frage, wie Schiffsreparaturen schneller und billiger durchgeführt werden können, wie den Werftarbeitern noch mehr Schweiß ausgepreßt werden kann. Der Leiter der Reparaturabteilung von HDW, Fett, beklagte, daß Europas Reparaturwerften (zusammen 522 Docks bis 300 Meter Länge) im Vorjahr nur zwischen 50 bis 60% ausgelastet waren. Auf das profitliche Interesse der Reeder, möglichst viele Reparaturen während der Fahrt durchführen zu lassen, haben sich die Werftkapitalisten bereits eingestellt. Verschiedene Werften, darunter auch HDW, haben mobile Werftarbeitertrupps im Einsatz, die Schiffsinspektionen und -reinigung auf hoher See machen. Ruderlager werden ebenfalls ohne Dock gewechselt.

Zäher Kampf der Kleingärtner gegen Vertreibung und Ausplünderung

Das Finanzkapital will Land für Gewerbeansiedlung – Stadt Hannover erhöht Zins um 2000%

„Die allgemeinen Ziele der Stadtentwicklung sind durch die Wertentscheidungen des Grundgesetzes für den freiheitlichen und sozialen Rechtsstaat vorgegeben. Sie lassen sich zu den Oberbegriffen Existenzsicherung, Gleichheit der individuellen Freiheitsräume und Steigerung der Lebensqualität für alle zusammenfassen." „Erstes und vorrangiges Ziel hannoverscher Stadtentwicklungspolitik ist es, die Benachteiligung bestimmter Gruppen in unserer Gesellschaft abzubauen." (Stadtentwicklungsprogramm Hannover, 1974–85)

„Gemäß § 1 der Kleingarten- und Kleinpachtlandordnung vom 31.7.1919 sowie § 2 des Gesetzes zur Ergänzung der Kleingarten- und Kleinpachtlandordnung ... hat der Rat der Landeshauptstadt Hannover als untere Verwaltungsbehörde in seiner Sitzung vom 19.6.1975 die Höchstgrenzen für Kleingartenpachtzins und Wohnlaubenentgelt mit Wirkung vom 1.1.76 wie folgt festgelegt: Kleingartenpachtzins: 0,20 DM/qm/Jahr, Wohnlaubenentgelt: 1,18 DM/qm/Monat." (Schreiben an Kleingärtner)

Die hannoversche Bourgeoisie will die Kleingärtner von ihrem Land vertreiben. Dazu hat sie ein „Sanierungsprogramm" entwickelt. „Die wildgewachsenen Kleingartenanlagen" sollen den „sie umgebenden Wohngebieten" angepaßt werden. Diese Anpassung, die nichts anderes als Vernichtung etlicher Kleingärten, Verkleinerung der übrigen und Ersetzung der freiwerdenden Fläche durch Wohnsilos bedeutet, wird von ihr spalterisch und zynisch als „Gleichheit der individuellen Freiheitsräume" verkauft. Durchgesetzt werden soll der Plan mit Schikane und Plünderung. Die Kleingärtner berichten: „Die Stadt spricht immer von ‚Naherholungsgebieten' und ‚öffentlichem Grün'. In einem Teil der sanierten Kleingartengebiete werden aber hohe Stacheldrahtzäune mit doppelt verschlossenen Toren errichtet, die Tore werden spätestens um 21 Uhr abgeschlossen ... Von den abgerissenen Häusern wurde der Schutt ins Erdreich eingeschoben, die Wege nur wenig befestigt und von den Lkws des Sanierungsunternehmens wieder zerfahren."



Kleingärten in Hannover Vahrenwald ...



... und so soll es nach der „Sanierung" aussehen

Wer sich so nicht vertreiben läßt, der soll zahlen. Die Neufestsetzung von Pachtzins und Wohnlaubenentgelt bedeutet eine Steigerung von ca. 2000% gegenüber vorher. Das Perfide daran ist: Ca. 1000 Kleingärtner, die in ihren Gärten wohnen, die sich nach dem 2. Weltkrieg aus eigener Tasche unter großen Anstrengungen und ohne jegliche staatliche Unterstützung Wohnlauben gebaut haben, sollen jetzt Tribut an den Grundstückseigentümer leisten! Was 1945 begrüßt wurde als „Ausdruck der Schaffenskraft des deutschen Volkes" (die Kleingärten wurden in den meisten Fällen direkt neben den aufzubauenden Fabriken errichtet, die Arbeitskraft war schnell erreichbar, lange Anfahrtswege entfielen), wird jetzt genutzt zur schamlosen Ausplünderung. Heute sind diese Gebiete zu einem Gutteil (ca. 50%) als Gewerbegebiete ausgewiesen, heute verspricht sich das Finanzkapital hohen Profit von Industrieansiedlung.

Die jetzt zur „Sanierung" vorgesehene Kolonie Tannenkamp z.B. liegt in nächster Nähe des VW-Werkes Stöcken. Man braucht nicht lange zu rätseln, warum die Kolonien dort jetzt verschwinden sollen.

Ist die Erhöhung des Wohnlaubenentgeltes einerseits Druckmittel des Industriekapitals bei der Vertreibung der Kleingärtner, so erschließt sie für alle Grundstückseigentümer neue Quellen der Bereicherung. 1120 ha Fläche umfaßt das Kleingartenland in Hannover. Ca. 1000 Wohnlauben mit einer durchschnittlichen Fläche von 20 qm gibt es heute. Bei einem Wohnlaubenentgelt von 1,18 DM/qm werden so jeden Monat 23600 DM ohne jede Gegenleistung aus den Arbeitern und Angestellten herausgepreßt. Die Dimension der Plünderung wird erst richtig sichtbar, vergleicht man den abgepreßten Zins mit den bei etwaigen Verkauf zu erzielenden Preisen: Ein Kleingarten mit einer Größe von 450 qm bringt dem Grundstückseigentümer aufs Jahr 372,20 DM Einnahmen (Zins und Wohnlaubenentgelt). Würde er das Land verkaufen, könnte er bei einem Ackerlandpreis von 4 DM/qm 1800 DM erzielen. In 5 1/2 Jahren hat also der Kapitalist ohne irgendeinen Handschlag den Verkaufspreis über die Miete herausgepreßt.



Unter der Forderung nach Rücknahme des Stadtratsbeschlusses kann die Aktionseinheit hergestellt werden.

Für den Großteil der Kleingärtner (35% Rentner, 69% der noch Berufstätigen sind Arbeiter und kleine Angestellte) ist die Belastung untragbar.

Ein Fünftel der Rentner muß mit einer Rente von weniger als 500 DM auskommen!

In Hannover hat sich ein Teil der Kleingärtner zusammengeschlossen im Schutzverband Deutscher Kleingartenbewohner e.V. Seit dem Erlaß vom 19.6.1975 wird der Kampf mit Demonstrationen, Flugblattaktionen, Versammlungen geführt. Bis heute hat die Stadt Hannover auf ihrem Pachtland die Mieterhöhungen nicht durchsetzen können. Sie setzt darauf, daß einzelne Kapitalisten vorangehen. Die ersten Kündigungsdrohungen liegen auf dem Tisch. Der Kampf ist nicht entschieden. Es ist möglich, den Stadtrat zur Rücknahme des Erlasses zu zwingen. Es ist möglich, weil dieser Kampf gegen die Verschlechterung der Reproduktionsbedingungen und die Ausplünderung durch den bürgerlichen Staat im Interesse aller Lohnabhängigen ist. – (N-Red.)

Auf der Landwirtschaftsausstellung präsentiert die westdeutsche Finanzbourgeoisie ihr Programm des Bauernlegens

In Frankfurt wurde am Freitag die 55. Ausstellung der „Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft" eröffnet. Seit 1887 organisiert die „Deutsche Landwirtschafts-Gesellschaft", in der außer den Landmaschinen-Kapitalisten eine große Anzahl von Bauern organisiert sind, regelmäßig große Ausstellungen, auf denen die neuesten Entwicklungen der Landmaschinen-Industrie präsentiert werden. Die DLG-Ausstellung ist die größte Landmaschinen-Ausstellung Europas. Man kann an der ausgestellten Maschinerie gut den Fortschritt ablesen, den die westdeutsche Bourgeoisie bei der Durchkapitalisierung der Landwirtschaft und der Vernichtung der kleinen und mittleren Bauern gemacht hat.

„Die DLG-Ausstellung und internationale Landwirtschaftsschau ist und bleibt ein einzigartiges Angebot von Technik an die Landwirtschaft ...", begann Landwirtschafts-Minister Ertl seine Eröffnungsrede. Die zahlreichen Großagrarier und Landwirtschaftskapitalisten unter den Zuhörern haben begeistert applaudiert, die kleinen und mittleren Bauern haben eher an den Schuldenberg gedacht, der für sie die Anschaffung notwendiger Maschinerie bedeutet, mit deren Einsatz sie hoffen, ihrer Vernichtung als selbständige Produzenten entgehen zu können.

„Die Inlandsumsätze der Industrie an Landmaschinen und Ackerschleppern sind auch im Jahre 1977 trotz des vorangegangenen Dürrejahres um 10,4% angestiegen, ein Beweis für die Teilnahme der Landwirtschaft an der allgemeinen Einkommensentwicklung", behauptet Ertl frech. Wer hat in wachsendem Umfang Landmaschinen gekauft, z.B. einen Kartoffelvollernter, dessen billigste Ausführung auf der Messe für DM 25600 angeboten wird? Besonders gut zeigt sich bei den ausgestellten Ackerschleppern, für welche Form der landwirtschaftlichen Produktion die Maschinerie bereitgestellt wird.

1950/51 gab es in der BRD 117000 Schlepper, 1970 ca. 1,3 Millionen. Seitdem hat sich ihre Zahl nicht mehr bedeutend erhöht. Völlig geändert aber haben sich die Leistungen und Einsatzmöglichkeiten dieser Schlepper. Schlepper in der früher üblichen Leistungsklasse zwischen 10 und 30 PS werden kaum noch angeboten. Die Schlepper waren früher darauf eingerichtet, einen Wagen zu ziehen, einen meistens zwei-schaarigen Pflug oder ein anderes Bodenbearbeitungsgerät oder hatten eine Vorrichtung zum Anbringen eines Mähbalkens. Dies würde auch heute noch für die durchschnittliche Betriebsgröße von ca. 15 Hektar ausreichen, längst aber steht landwirtschaftliche Maschinerie zur Verfügung, mit der an einem Tag mehrere Hektar Land gleichzeitig in mehreren Arbeitsgängen bearbeitet werden können.

Die großen Landwirtschaftsmaschinenkapitalisten wie International Harvester, John Deere, Daimler Benz, Klöckner-Humboldt-Deutz oder Fendt produzieren sogenannte „System-Traktoren", die mit Allradantrieb ausgerüstet sind und vollausgebaute Gerätekupplungssysteme am Heck und an der Front des Fahrzeuges haben. Moderne fünf-schaarige oder noch größere Pflüge bearbeiten in einem Durchgang den Boden auf einer Breite von zwei und mehr Metern. Oder mehrere Tonnen Saatgut werden in einem Schlepperaufbau transportiert und gleichzeitig auf mehreren Metern Breite von einer Drillmaschine gleichmäßig in den Boden eingebracht.

Entsprechend hohe Leistungen müssen die Schlepper als Antriebsmaschinen erbringen, Schlepper von weit über 100 PS Leistung werden von allen Kapitalisten angeboten. Durch diese Systeme kann die Produktivkraft der landwirtschaftlichen Arbeit ungeheuer gesteigert werden. Voraussetzung für den Einsatz dieser Maschinen ist aber die Schaffung riesiger zusammenhängender Landflächen in der Größenordnung von 80 bis 120 Hektar, von den EG-Kapitalisten „Europa-Farm" genannt mit Blick auf die Größenordnungen bei der US-Konkurrenz. Die Enteignung der kleinen und mittleren Bauern ist dafür die Voraussetzung und beschleunigt sich mit der wachsenden Produktivität der Großbetriebe. Das Vernichtungsprogramm gegen die Bauern und Expansion durch Waren- und Kapitalexport weiter zügig durchzuführen, hat auch Ertls Kumpan, Bauernverbandspräsident Constantin Freiherr Heeremann von Zuydtwyck, selbst Eigentümer von 2000 Hektar Betriebsfläche, versprochen: „Wachse oder weiche" sei immer noch das Motto für die Bauern. Die kleinen und mittleren Bauern wissen, auf welcher Seite der Freiherr steht. – (Bezirk Frankfurt/Südhessen)



Mit 400 Sachen von den Nordseehäfen ins Ruhrgebiet

Magnetschwebebahn im Emsland / Bisherige Höchstleistung der Bahn 80 Stundenkilometer bei 4000 Tonnen Last

Emsland. Die Bourgeoispolitiker im Emsland sind begeistert: „Die Entscheidung ist gefallen: Magnetschwebebahn kommt ins Emsland". Bei dem bejubelten Gerät handelt es sich um die Entwicklung einer Elektromagnetischen Schwebebahn – kurz EMS – dem „geeigneten spurgeführten Verkehrsmittel der Zukunft" (Meppener Tagespost, 14.12.77).

Nach Vorstellung des Bundesforschungsministeriums soll die EMS längerfristig „in ganz Europa als Bestandteil eines einheitlichen Schnellverkehrssystems installiert werden und stelle somit möglicherweise den Anfang eines zukünftigen europäischen Landverkehrssystems dar." (MT, 8.4.) Geplante Maximalgeschwindigkeit: 400 km/Std., bei Güterzügen, die 1000 Tonnen Fracht tragen können: 250 km/Std. Haltestellen alle 150 bis 200 Kilometer. Gestandene Rüstungsfirmen forschen und probieren an der Bahn: Kraus Maffei und Messerschmidt-Bölkow-Blohm. Geschäftsführer der EMS-Transrapid ist Professor Dr. Michels, ehemaliger Chefkonstrukteur der Bundeswehr.

Die Deutsche Bundesbahn arbeitet heute an Versuchen, den herkömmlichen Güterverkehr auf der Schiene bis zu einer Geschwindigkeit von 200 km/h zu steigern. Erst in den letzten Jahren seit 1974 ist sie in der Lage, Transporte von 4000 Tonnen durchzuführen mit maximal 45 vierachsigen Wagen oder 40 sechsachsigen Waggons. Und das auch nicht auf allen Strecken, sondern vor allem von Nordenham ins Ruhrgebiet und nach Salzgitter. Befördert werden mit diesen Zügen Eisenerze und Kohle. Diese Züge können beladen maximal 80 km/h und leer 100 km/h fahren. Unter den jetzigen Bedingungen wäre es möglich, auf höchstens 5400 Tonnen je Zug zu kommen.

Im Vergleich zu Zügen in den USA und der Sowjetunion, die Zuglasten von 10000 bis 20000 Tonnen fördern können, ist die Transportleistung der Deutschen Bundesbahn weit zurück.

Die Magnetschwebe wäre in der Lage, diese engen Grenzen zu durchbrechen, und bedeutet eine gewaltige Revolutionierung des Transportsystems. Daß sie nun gerade ins Emsland und nicht, wie zuerst anscheinend vorgesehen war, in Bayern gebaut werden soll, hat seinen Sinn. Die 15 km lange Versuchsstrecke Dörpen – Hagen, die „beinahe mühelos" auf 36 km erweitert werden kann, liegt auf der Linie Emden/Nordenham – Ruhrgebiet. Bewährt sich die Magnetbahn, wird sich damit auch der Transport von der Straße per Lkw mehr auf die Bahn verlagern, was seit langem Anliegen der Kapitalisten ist, bisher jedoch wegen der Langsamkeit der Bahn sich nicht lohnte.

Entwicklung des Güterverkehrs in Mio. Tonnen

Jahr	Eisenbahn	LKW
1972	366,4	192,9
1973	386,0	216,7
1974	404,2	224,6
1975	329,0	229,9
1976	342,7	262,2

Die Auswirkungen für die Kapitalisten wären beträchtlich. Z.B. für die Stahlkapitalisten: Die Rohstoffe würden sich durch eine schnellere und kürzere Transportzeit verbilligen, und so kann profitabler produziert werden.

Für die Massen sind die Auswirkungen auch beträchtlich. 1975 wurden über den Straßenfernverkehr mit den Lkws knapp 50 Mio. Tonnen Nahrungs- und Genußmittel transportiert (das sind 20 % des gesamten Transportaufkommens der Lkws), die Bahn transportierte 12 Mio. Tonnen (0,037% ihrer gesamten Transportleistung). Wenn die Versorgung der Massen durch eine Umstellung auf die Bahn nicht direkt eingeschränkt wird, so werden Nahrungsmittel durch eine Verteuerung aus dem Speisezettel der Volksmassen gestrichen. Da sind die Bourgeois genauso skrupellos wie bei der Vertreibung der Bauern von ihrem Land, um den Bau der Magnetbahn durchzuziehen.

„Umweltschutzprobleme" gebe es keine, betonen die Bourgeoispolitiker, nur eine geringfügige Beeinträchtigung der Nutzung landwirtschaftlicher Flächen, der größte Teil des Geländes sei nämlich Staatseigentum. Für den restlichen Bedarf gebe es eine angemessene Entschädigung. MdB Oostergetelo (CDU) aus dem Emsland ist da vorsichtiger. Er hat „nicht permanent die neuesten Gerüchte über den Stand der Magnetschwebebahn in die Öffentlichkeit" getragen, „um nicht unnötige Emotionen aufkommen zu lassen" (MT, 8.4.). Er weiß: Im letzten Jahr haben die Bauern in Meppen gegen einen Brückenbau über die B 70 Widerstand geleistet, indem sie kurzerhand mit ihren Traktoren einen Baukran auf die Bundesbahnstrecke Rheine – Emden gezogen haben. Die Unterstützung der Bauarbeiter hatten sie dabei. Bauern und Arbeiter wissen, daß imperialistischer Ausbau der Verkehrswege für sie nur Ruin ihrer Existenz und verstärktes Schweißtreiben bedeutet. – Bezirk Münsterland/Emsland, N-Red.)

Mit neuen Methoden der Rationalisierung will Schmücker die Schlappe im Lohnkampf wettmachen

Für die fehlenden 150 DM kann Schmücker sich 130 neue Industrieroboter kaufen

„VW rechnet wieder mit guten Ergebnissen – die Wolfsburger wollen 1978 einen Anteil am Pkw-Markt von 32% erreichen“ – „Die Welt“. „VW fährt auch 1978 wieder in die Rekordrunden – Investitionen mit Zukunftsmusik– Produktionsentwicklung bei VW im Vordergrund – hohe Liquidität als Startbasis“ – Das „Handelsblatt“. „Schmücker will VW für schlechtere Jahre stärken – Schmücker: VW fehlt der Speck für die mageren Jahre“ – „FAZ“ und „Handelsblatt“.

Der VW-Konzern hatte 1977 mit 2,3 Millionen abgesetzten Fahrzeugen und 24,2 Mrd. DM einen bisher absoluten Rekord erreicht. Im Inland stieg der Marktanteil von 28,0% auf 30,2%. Dieses Rekordergebnis unter den zitierten Titeln der bürgerlichen Presse durfte erst einen Tag nachdem der Lohnabschluß bei VW unter Dach und Fach war, veröffentlicht werden. Der VW-Konzern hatte eine Sperrfrist erlassen, die bürgerlichen Tintenkulis haben sich danach gerichtet.

Dieser Schnitt gegenüber der Konkurrenz auf dem Automobilmarkt wird in die Taschen der VW-Aktionäre eine 16%-Dividende spülen und gleichzeitig eine Erhöhung des Grundkapitals ermöglichen. Entlassungen, Lohnsenkung und das Vorantreiben der kapitalistischen Rationalisierung sind die Methoden des Vorstandsvorsitzenden Schmücker, mit denen „der Konsolidierungsprozeß praktisch vollendet“ wurde (Schmücker).

Einige Ergebnisse des „Konsolidierungsprozesses“ lassen sich in folgender Tabelle ablesen:

	Marktanteil in der BRD	Rohertrag pro Beschäftigten (in 1000 DM)	Anteil der Löhne am Rohertrag (in %)	Investitionen (in Mrd. DM)
1973	27,5 %	45,0	60	1,94
1974	29,6 %	39,0	71	1,57
1975	27,3 %	52,0	61	1,55
1976	28,0 %	72,0	47	0,94
1977	30,2 %			1,70

(Quelle: nach Geschäftsberichten des VW-Konzerns und „Autogramm“, Zeitschrift des VW-Vorstandes)

1977 hat der VW-Konzern 1,7 Mrd. DM investiert: „Die Investitionen dienten hauptsächlich Rationalisierungsmaßnahmen, der Produktenpflege und dem Aufbrechen von Produktionsengpässen.“ (Schmücker auf der Bilanzpressekonferenz) Für 1978 bis 1980 sind in der VW-AG, also in den inländischen VW-Werken, Investitionen von 5,9 Mrd. DM vorgesehen. Diese würden jedoch nicht, so Schmücker, zu einer Erweiterung der Kapazitäten führen. Es geht darum, die Ausbeutung der Arbeiter durch Intensivierung der Arbeitszeit bei gleichzeitiger Lohnsenkung immens zu verschärfen, um die Vormachtstellung nicht erneut zu verlieren.

1977 ist die Autoproduktion von 13 auf 14 produzierte Autos je Beschäftigten gesteigert worden, wobei diese Zahl die tatsächliche Intensivierung der Arbeitszeit eher verharmlost, weil darin auch das Heer Vorstandsmitglieder, Abteilungsleiter und sonstige Antreiber mitgerechnet ist. Damit ist der VW-Konzern dem bisher höchsten Arbeitsergebnis pro Beschäftigten aus dem Jahre 1966 von 15,6 Autos nahegekommen. Allerdings auf einer ganz anderen Stufenleiter; denn 1966 wurden nur 3 verschiedene Modelle produziert. Jetzt gibt es 8 in weit über 100 verschiedenen Ausführungen.

1964 sind im Preßwerk und im Rohbau die ersten Tranfer- bzw. Schweißstraßen eingeführt worden. Mit einer Transferstraße wurde erreicht, daß 50 Arbeiter die gleiche Arbeit wie vorher 450 Arbeiter machen mußten. Die Einführung der selbsttragenden Karossen mit der Passat-Golf-Serie brachten eine erneute starke Verminderung der Produktionszeit. Erst auf dieser Basis war die Auffächerung des Modellprogramms durch die VW-Kapitalisten möglich, ohne das konstante Kapital durch Aufbau von zusätzlichen Produktionsanlagen unerträglich erhöhen zu müssen. Der Nachteil: „Das Käfermonoprogramm ermöglichte es z.B., die Pressen rund um die Uhr durchlaufen zu lassen. Heute werden die Pressen immer wieder umgerüstet.“ (Werksleiter Amtenbrink VW-Wolfsburg) Dieses Umrüsten dauert bis zu zwei Schichten. Um die Rüstzeiten abzukürzen, hat der VW-Konzern die Industrieroboter entwickelt. 77 Stück sind bisher in Betrieb. Gesteuert werden sie durch Mikroprozessoren, die jetzt auch das große Hamburger Nachrichtenmagazin (Der Spiegel) nach den Gewerkschaftssozialdemokraten als „die Radikalen der Metallindustrie“ enttarnt hat.

Eingesetzt werden die Industrieroboter daher bisher hauptsächlich im Preßwerk zum Transport der Teile von einer Operation zur anderen, d.h. von einer Presse zur nächsten. Im Karosse-



„Behandelt Brotscheiben ebenso vorsichtig wie es schwere Hinterachsen in einen Schweißautomaten einsetzt“, so propagiert VW den vielseitigen Einsatz seiner Industrieroboter.

rie-Rohbau als Ergänzung zu den bisherigen Schweißvorrichtungen. Nach wie vor muß zwar im Zusammenbau für jeden Autotyp eine eigene Straße vorhanden sein. Sie läßt sich allerdings wesentlich schneller auf eine andere Ausführung des gleichen Typs umrüsten.

Die Geschwindigkeit der Roboterstraßen ist lediglich begrenzt durch die Drei-Achslagerung – beschleunigt man die Roboter weiter, würden dann die Lager beschädigt. Mit den 15,75 Millionen DM, 150 DM pro Beschäftigter, die Schmücker dank der partnerschaftlichen Politik der Sozialdemokraten jetzt noch „übrig“ hat, können z.B. schon wieder 130 weitere Industrieroboter angeschafft werden.

Um die 120000 DM kostet jeder Industrieroboter. Ein Grund mehr, die Straßen jetzt nur für Reparaturarbeiten auszuschalten. Die Ausdehnung der Nachtschichtarbeit war eine zwingende Folge der Einführung dieser Computergeneration, damit sie sich schnell amortisiert und nicht „nutzlos“ herumsteht.

„Erste praktische Erfahrungen mit auf dem Markt angebotenen Geräten veranlaßten uns, über die Entwicklung eigener Geräte nachzudenken“ (VW Werbeschrift 1977). Seit fünf Jahren ist die sogenannte erste Generation von VW-Industrierobotern im Einsatz, inzwischen auch eine zweite „verbesserte“ Generation. Dicke Extraprofite haben die VW-Kapitalisten gegenüber dem Durchschnittsprofit aus dieser Rationalisierung geschlagen. Das war die Zeit der Massenentlassungen bei VW.

Da die Konkurrenz sowieso gezwungen ist nachzuziehen, verkauft VW seine Industrieroboter – auch in andere Branchen mit ähnlichen Einsatzmöglichkeiten. So wirkt ein Monopol tonangebend auf die Rationalisierung der ganzen Branche und über die Industriezweige hinweg wird die Arbeit intensiviert, der Arbeitstag ausgedehnt und zusätzlich der Lohn gesenkt – die „komplizierten“ Sachen übernimmt der Roboter.

„Die Schweißstraße Audi 50/Polo ist vollautomatisch“, propagiert der VW-Werksleiter Amtenbrink, bekannt durch seine Tonbandansprachen gegen die streikenden VW-Arbeiter. Für die Arbeiter an der Schweißstraße hat er höchstens noch Lohngruppe 3B vorgesehen – Schweißer müssen nach Lohngruppe 6B bezahlt werden. Ein Verlust von über 300 DM Monatslohn.

Zur Ergänzung der Transferstraßen lassen die VW-Kapitalisten gerade ein zentrales Magazin für das Preßwerk Wolfsburg bauen. Die Teile sollen von da automatisch an die jeweiligen Transferstraßen über Förderketten transportiert werden. „Industrieroboter helfen Menschen“, heißt es in der VW-Werbeschrift, „Investitionen mit Zukunftsmusik“, nennt es die bürgerliche Presse – die 5,9 Milliarden für diese Musik müssen aber erst noch aus den Knochen der VW-Arbeiter, aus der ihnen abgezwungenen unbezahlten Mehrarbeit, abgepreßt werden. 15,75 Mio. Mark hat Schmücker schon. Mit Zähnen und Klauen kämpfen die Kapitalisten um jedes zehntel Prozent Lohnsenkung, damit sie diese gewaltigen Rationalisierungsinvestitionen tätigen können. Hartnäckig haben die VW-Arbeiter um diese Zehntel auf ihren Tariflohn gekämpft. – (N-Red.)

5,9% – Erfolg der VW-Belegschaft

Wolfsburg. 5,9%, mindestens 120 DM mehr Lohn, zu zahlen ab 1. Februar 1978, ist das Ergebnis des Lohnkampfes der Arbeiter und Angestellten der sechs inländischen VW-Werke. Die Streiktage werden alle bezahlt. Dieses Ergebnis hatte die VW-AG bereits am Tag nach der erfolgreichen Urabstimmung, 88,58% für Streik, vorgelegt. Die Tarifkommission hatte am 22.4 nach siebenstündiger Sitzung mit 47 zu 18 Stimmen zugestimmt. Erneute Urabstimmung über das Ergebnis ist nicht durchgeführt worden, weil nicht gestreikt worden war. Erst am 28.4. schreiben die „Wolfsburger Nachrichten“ erleichtert: „VW ist an einem ersten Streik gerade so vorbeigeschliddert“, und versuchen auch gleich einen Schlußstrich unter den Lohnkampf der VW-Arbeiter zu ziehen: Es „blieb nur lautstarkes Murren, auch wenn dieser Abschluß das Minus von 1975 nahezu wettgemacht hat“. Mit dem „Murren“ spielen die „Wolfsburger Nachrichten“ darauf an, daß der Betriebsratsvorsitzende und IGM-Vorstandsmitglied Ehlers wegen dem Abschluß auf der Betriebsversammlung am 24.4. ausgepfiffen wurde. Was sie verschweigen, ist, daß die 5,9% ohne die Warnstreiks überhaupt nicht möglich gewesen wären und daß gerade Schmücker, der sich auf der Betriebsversammlung in Wolfsburg Gehör verschaffen wollte, immer wieder durch gellende Pfeifkonzerte unterbrochen wurde – zum ersten Mal seit er Vorsitzender der VW-AG ist. Ihm ist auf der Betriebsversammlung auch gleich der Zahn gezogen worden, daß „jetzt ein Schlußstrich gezogen werden müsse ...“

Die meisten Arbeiter auf der Betriebsversammlung waren gegen diesen Abschluß. Viele haben sich dafür ausgesprochen, daß Schmücker auf jeden Fall die 150 DM Sonderzahlung, die als Bestandteil des ersten Angebots zur Spaltung der Arbeiter gedacht waren, jetzt zu den 5,9% noch mindestens draufzuzahlen hat. Einige Arbeiter haben Schmücker aufgefordert, sofort dazu nochmal Rede und Antwort zu stehen. Er hat sich aber nicht getraut. Er hätte mit neuen Streiks rechnen müssen.

Auch der Zahn, daß er nun wieder Ruhe hat, weil er fast 1% mehr Lohn zahlen mußte als in der übrigen Metallindustrie, während er 1975 unter dem Druck seiner Entlassungswelle 1% niedriger abschließen konnte, ist gezogen worden. Die VW-Arbeiter verstehen sich als Teil der westdeutschen Arbeiterklasse, die gegen die
schen Arbeiterklasse, die gegen die
dauernden Lohnsenkungen kämpft. Unter Beifall wurden auf der Betriebsversammlung Solidaritätsresolutionen verlesen und wurde den Arbeitern bei Opel im Kampf für innerbetriebliche Lohnerhöhungen die Unterstützung zugesagt. Gleich stürmischen Beifall gab es, als ein Redner den amerikanischen VW-Arbeitern, denen Schmücker 2 Dollar unter dem Stundendurchschnittslohn der Autoindustrie zahlt, Erfolg im Kampf gegen den VW-Konzern und beim Aufbau der Gewerkschaftsorganisation wünschte.

Die VW-Arbeiter stellen sich jetzt auf einen zähen Kampf gegen die dauernden Lohnsenkungen ein. Auch das ist Schmücker auf der Betriebsversammlung zugesichert worden. Gellendes Pfeifkonzert richtete sich erneut gegen ihn, als er sagte, er rechne damit, daß die Belegschaft durch Sonderschichten die durch die Streikaktionen ausgefallene Produktion wieder reinholen werde und daß er darüber bereits Verhandlungen mit dem Betriebsrat führe. Durch das Pfeifkonzert mußte der Betriebsrat sofort erklären, er wisse von solchen Verhandlungen nichts.

Die Bedingungen für den Kampf gegen die dauernden Lohnsenkungen sind gut. Sowohl vom Ergebnis des Abschlusses her, durch die 120 DM Mindestbetrag, als auch durch die Ablehnung des Abschlusses durch einen großen Teil der Tarifkommissionsmitglieder. Die Arbeiter können auch den sozialdemokratischen Funktionärskörper in der IGM in die Aktionseinheit zwingen, wenn sie für ihre eigenen Interessen entschlossen kämpfen.

8000 Entlassungen in der britischen Brotindustrie

Spillers, eines der drei britischen Bäckereimonopole, hat vor drei Wochen die Einstellung seiner gesamten Brotproduktion angekündigt. 23 Fabriken sollen geschlossen werden, der Rest – etwa ein Drittel der Brotfabriken des Konzerns – wird an die beiden Konkurrenten Associated British Foods und Rank Hovis McDougall verkauft. Die ersten Schließungen sind schon vollzogen. Insgesamt werden 8000 Bäckereiarbeiter arbeitslos.

Die bürgerliche Presse kritisiert die „Kurzfristigkeit der Maßnahmen“ und bedauert, daß Regierung und Gewerkschaften nicht zu Beratungen herangezogen worden sind. Breit und ausführlich legt sie dann dar, daß der Rückgang des Brotverbrauchs und die ständigen Verluste Spillers keine andere Wahl gelassen hätten. „Die Öffentlichkeit ißt weniger Brot, weil ihr Lebensstandard steigt“, schreibt der „Daily Telegraph“. Mit der Wahrheit hat die Bourgeoisie es noch nie sehr genau genommen. Aber die Lügen über die notleidende Brotindustrie spotten jeder Beschreibung.

Die offizielle Statistik der Regierung gibt für den Zeitraum 1961–1977 (2. Quartal) eine Steigerung der Einzelhandelspreise auf das 3,58fache an. Während der letzten drei Jahre lag die Inflationsrate selbst nach offiziellen Angaben über den Lohnabschlüssen. Schichtarbeit und Überstunden breiteten sich in alle Zweige der Produktion aus. Sechstagewoche mit täglich vier Überstunden ist der „Normalarbeitstag“ in der Brotindustrie. Noch am letzten Tag vor der Schließung wurde in allen Brotfabriken 12-Stunden-Schicht gearbeitet. Es mußte schon mit dem Teufel zugehen, wenn dabei kein Profit heraussprang.

Tatsächlich ist die Schließung der 23 Fabriken nur eine Maßnahme der Monopole, ihre Macht neu zu gruppieren, um bei sinkendem Reallohn der Massen die Plünderung durch Monopolpreise auszubauen. Sinkender Reallohn bedeutet, daß bei notwendigen Bedürfnissen Einschränkungen vorgenommen werden müssen. Das beginnt bei der Nahrung. Mit einer Steigerung auf das 4,2fache 1961–1977 liegen die Lebensmittelpreise an der Spitze aller Preissteigerungen, weit über dem amtlichen Durchschnitt des „Warenkorbs“. Um 4 Prozent ist die Menge der verkauften Lebensmittel allein 1977 zurückgegangen. Am stärksten ist der Rückgang bei Brot (27 Prozent seit 1961), dann folgen Eier (12 Prozent) und Milch (3 Prozent): „Die Bevölkerung bevorzugt stattdessen Fleisch, Fisch und Obst“, erklärt die bürgerliche Presse und verweist auf die steigende Tendenz bei diesen Waren. Sie verschweigt, daß drastische Preissteigerungen 1971–1974 ihren Verbrauch schlagartig reduziert hatten und daß bei allen drei Nahrungsmitteln trotz geringer Steigerungsraten der Verbrauch von 1971 heute noch nicht wieder erreicht worden ist. „Die Bevölkerung wendet sich mehr den besseren braunen Krustenbrotsorten zu, die von den kleinen selbständigen Bäckern produziert werden“, sagt die „Times“. Tatsache ist, daß das normale Massenbrot inzwischen auch in England die vom Kontinent her bekannte wässerige Matschkonsistenz angenommen hat. Die zahlreichen kleinen Bäcker, die noch etwa ein Drittel der Produktion garantieren, weichen stetig dem Druck der Großbäckereien durch Produktion besserer, teuererer Brotsorten aus. Das Ergebnis haben Vertreter des Bäckerverbandes im Fernsehen selbst dargelegt: Ihre Kundschaft hat sich auffallend verändert. Während die Masse der Lohnabhängigen weniger und schlechter ißt, leistet sich die Bourgeoisie den Luxus, beim Bäcker an der Ecke zu kaufen.

Für die Monopole war es an der Zeit, eine Großaktion zu starten. Es wurde umgruppiert. Spillers stellt die Brotproduktion ein. Die beiden Konkurrenten verpflichten sich, die übernommenen Fabriken nicht vor Ablauf eines Jahres stillzulegen. Gleichzeitig baut Spillers die Mehrproduktion aus und erhält von Associated Foods und McDougall eine Abnahmegarantie von mindestens fünf Jahren mit Vorzugsrechten für weitere fünf Jahre. Die nächste Rationalisierungswelle ist damit vorprogrammiert. Brot wird auch in Zukunft gegessen, und das Mehl wird weiter verbacken werden, aber mit heute 8000 und in einem Jahr weiteren 5000 Arbeitern weniger. Die Monopole teilen sich die Bereiche, um den Profit erneut in die Höhe treiben zu können.

Voraussetzung dafür ist die beschleunigte Vernichtung der kleinen Bäcker. Das wird zur Zeit nicht offen proklamiert. Offen vorangetrieben wird jedoch gegenwärtig die Ausdehnung derselben Monopole im Bereich des Lebensmitteleinzelhandels zur Vernichtung der ebenfalls noch zahlreichen kleinen Lebensmittelläden. Am selben Tag, an dem die Schließung der Spillers-Fabriken Schlagzeilen machte, meldete die „Times“ den Zusammenschluß der Wheatsheaf-Großhandelskette, einer Tochter von Ranks Hovis McDougall, mit Linfood Holdings, einer Großhandelsorganisation von Associated Foods. Mit 90 Supermärkten und 27 Kaufhäusern ist der neue Konzern der drittgrößte im Einzelhandel. Wichtiger und folgenreicher ist seine Kontrolle über 280 kleine Einzelhandelsläden, die bisher noch relativ locker in den Einzelhandelsverbänden Spar und VG zusammengeschlossen sind. Das Ende ihrer Selbständigkeit ist damit besiegelt.

Die Pläne der Monopole, beschleunigte Rationalisierung und Massenentlassungen, liegen offen auf dem Tisch. Immer deutlicher wird, daß die Arbeiter den Kampf gegen die maßlose Ausdehnung des Normalarbeitstages und gegen Nacht- und Schichtarbeit aufnehmen und einen ausreichenden Lohn auf den Normalarbeitstag durchsetzen müssen. An dieser Front hat die Spillers-Maßnahme zu einer der schwersten Niederlagen der Arbeiterklasse geführt. Um „möglichst viele der bedrohten Arbeitsplätze zu retten“, hat die Labour-Führung der Bäckereigewerkschaft einem Vertrag zugestimmt, der die Zahl der wöchentlichen Überstunden um 12 reduziert und den Wochengrundlohn um 4 Pfund erhöht. 12 Überstunden weniger bedeuten einen Verlust von 9,85 Pfund: der Vertrag ist offener Lohnraub.

Jubeln tut die Bourgeoisie darüber nicht. Alles wird jetzt darauf ankommen, die Arbeiter von der Notwendigkeit dieses Solidaritätsopfers zu überzeugen, sagt sie. Die Bäckereiarbeiter haben erst im Dezember mehrere Wochen gestreikt, um einen zusätzlichen bezahlten Feiertag im Jahr durchzusetzen. Es war der erste große Streik in der Geschichte ihrer Gewerkschaft, und er ist nicht vergessen. – (Korrespondenzbericht Liverpool)

Von der Maas bis an die Memel ...

Die Versuche der Wiederbelebung des Deutschlandliedes gehen einher mit den Versuchen der Bourgeoisie, ihre chauvinistische Propaganda auf eine neue Stufe zu heben.

Ricarda Huch, eine in kirchlichen Kreisen als Schriftstellerin tiefreligiöser Werke bekannte Bourgeoise, beschrieb die Entstehungsgeschichte des Deutschlandliedes 100 Jahre danach so: „Am 26. August des Jahres 1841 lag ein Mann im Grase auf der Klippe von Helgoland und lauschte der Brandung, die unter ihm gegen den Felsen rollte. Im Gesang des Meeres vernahm er eine feierliche Melodie, eine wohlvertraute, und wie er vor sich hinträumte, stiegen Worte dazu in ihm auf, gewiegt vom Rhythmus der Meereswellen und der Musik. Dem, der da lag, kam es plötzlich zu Bewußtsein, daß er seinem Volke etwas Großes geschenkt hatte." Der Mann hieß Heinrich Hoffmann von Fallersleben und starb 1874 als Bibliothekar des Herzogs von Ratibor auf Schloß Corvey, die Melodie, die ihm durch den Kopf ging auf dem damals britischen Helgoland, war „Gott erhalte Franz den Kaiser" von Joseph Haydn. V. Fallersleben schenkte dem deutschen Volk auch noch „Alle Vögel sind schon da", „Ein Männlein steht im Walde" und „Wer hat die schönsten Schäfchen".

In den 40er Jahren des vorigen Jahrhunderts forderte die Bourgeoisie den einheitlichen Nationalstaat und die Republik, um die Schranken zu beseitigen, die die feudale Ordnung für die Entfaltung der kapitalistischen Produktionsweise bedeutete. Marx und Engels unterstützten diese historisch fortschrittlichen Bestrebungen und erarbeiteten gleichzeitig mit dem „Kommunistischen Manifest" 1848 Programm und Strategie der Arbeiterklasse und organisierten die Arbeiterklasse als selbständige Kraft, als Klasse für sich. Sie führten einen heftigen ideologischen Kampf gegen intellektuelle Schwarmgeister, Deutschtümler und Chauvinisten, wie gegen den „heiligen Max" (Stirner), einen deutschen Philosophen und „Berliner Weißwurstphilister" und auch gegen den Verfasser des Deutschlandliedes:

„,Stirner' und seine ganze philosophische Bruderschaft, deren Schwächster und Unwissendster er ist, liefern den praktischen Kommentar zu dem wackren Verslein des wackren Hoffmann von Fallersleben: ,Nur in Deutschland, nur in

Deutschland, da möcht ich ewig leben.

lersleben: ,Nur in Deutschland, nur in Deutschland, da möcht ich ewig leben.'" (Karl Marx, Deutsche Ideologie, Marx-Engels-Werke Band 3, S. 168)

Nationalhymne wurde das Deutschlandlied erst 1922. Die Bourgeoisie war gerade dabei, die Folgekosten der imperialistischen Konkurrenzschlacht des Ersten Weltkrieges mit einer gigantischen Inflation auf die Volksmassen abzuwälzen, und mußte fürchten, daß die Arbeiterklasse mit der imperialistischen Herrschaft überhaupt Schluß machte. Die deutsche Bourgeoisie erließ das „Reichsgesetz zum Schutz der Republik", spielte mit dem Vertrag von Rapallo, in dem die revolutionäre Sowjetunion auf alle Ansprüche auf Grund des Versailler Vertrages gegenüber dem Deutschen Reich verzichtete, eine zunehmend wieder selbständige Rolle in der imperialistischen Konkurrenz. Das „Lied der Deutschen" war dafür genau richtig.

„Deutschland, Deutschland über alles, über alles in der Welt, wenn es stets zu Schutz und Trutze brüderlich zusammenhält; von der Maas bis an die Memel, von der Etsch bis an den Belt: Deutschland, Deutschland ..." Die Helgolandträume des Hoffmann von Fallersleben waren die Träume von der „großdeutschen Lösung" der nationalen Frage. Die Maas bildete damals die Grenze der preußischen Rheinprovinz, die Memel ungefähr die Nordgrenze Ostpreußens und die Ostgrenze des vom russischen Zaren besetzten Polen; die Etsch mit Südtirol und Krain mit Küstenstreifen am Mittelmeer gehörten damals zu Österreich und waren die Südgrenze des Deutschen Bundes, eines feudalistischen Zusammenschlusses gegen die bürgerliche Revolution.

1922 war die imperialistische Bourgeoisie, obwohl gerade erst vernichtend geschlagen, schon wieder beim Traum eines „großdeutschen Reiches", als dessen Vollstrecker sie die Faschisten auserkor. Diese vermeldeten 1935 die „Heimkehr des Saarlandes", 1938 die „Heimkehr Österreichs", 1939 die der Sudetendeutschen „ins Reich" und „die Befreiung des Memellandes". Im Zweiten Weltkrieg scheiterte die deutsche Finanzbourgeoisie mit ihren Weltherrschaftsplänen erneut und heuchelte danach mit dem Verzicht auf die ersten beiden Strophen Harmlosigkeit. Diesen „Verzicht" verpackte sie gleichzeitig in einen bundesweiten Wettbewerb um eine Nationalhymne, mit dem sie insbesondere die Jugend für den Kampf gegen den „Feind im Osten" mobilisieren wollte.

Heute holen die christlichen Reaktionäre mit Filbinger an der Spitze und Heino als Werkzeug die ersten beiden Strophen wieder hervor. Andere, die nichts als Verteidigung des Vaterlandes im Sinn haben, halten verbissen an der dritten fest, als ob nicht das *ganze* Lied, ob mit einer, zwei oder drei Strophen, für die unveränderten Ziele des westdeutschen Imperialismus nach Weltherrschaft steht. Man muß beide Varianten des Chauvinismus scharf im Auge behalten. – (Z-Red.)

Eltern weigern sich, ihre Kinder der Zuchthausordnung auszuliefern

Erziehungsrechte aufgehoben durch Schulgesetze, Schulordnungen, Schulhausordnungen, Jugendhilfe, Sozialarbeit, Beratungslehrer, Elternschulen ...

In Wiesbaden wurde ein 15jähriger Junge zu einem halben Jahr Haftstrafe ohne Bewährung verurteilt wegen Schulschwänzens. Dieser Fall bewegt den Kolumnisten der „Bild"-Zeitung, Peter Bacher, ganz besonders. Er sieht in dieser „ungewöhnlich harten" Bestrafung die Konsequenz der Reformpolitik und schließt daraus: „Der Wahnwitz geht so weit, daß Studenten Vorlesungen boykottieren und so etwas auch noch einen ,Streik' nennen. In Hamburg", so stellt er befriedigt fest, „– immerhin – sollen die Studenten jetzt die Steuergelder, die sie zu Unrecht während ihrer selbsternannten Ferien bekommen haben, zurückzahlen."

Auf Weisung aus Bonn sind inzwischen alle diesbezüglichen Rückzahlungsforderungen eingestellt und aufgehoben worden. Der Kampf der Studenten gegen die Rückzahlung hätte die Auseinandersetzung Studenten-bürgerlicher Staat weiter verschärft. Die Brühe wäre, wie man so schön sagt, in jeder Hinsicht teurer als die Brocken gekommen.

Seit Jahren steigt aber auch die Zahl der sogenannten Schulschwänzer: In Hamburgs Hauptschulen wurden 1970 1259 Versäumnisanzeigen registriert, 1977 bereits 2033. In Köln wurden im Schuljahr 1973/74 377 Eltern von der Schulleitung angezeigt, weil sie das Schulschwänzen ihrer Kinder nicht verhindert haben. In 242 Fällen erging ein Bußgeldbescheid. In 172 Fällen, wo die Eltern auch unter Drohung nicht zahlten, wurde Anträge auf Anordnung der Erziehungshaft beim Amtsgericht Köln gestellt. In Hamburg ist jetzt das Netz der Elternschulen auf 19 angeschwollen, vier weitere Schulen sollen noch hinzukommen.

„Die Jugend ist nicht kriminell", tönt die Hamburger Kriminaloberrätin und Jugendbeauftragte der Hamburger Polizei. „Was Eltern vorleben, werden Kinder nachmachen. Jugendkriminalität zeigt auf wie ein Spiegel, was in unserer Gesellschaft schlecht ist.

was in unserer Gesellschaft schlecht ist.

Erziehung ist Beispiel." Und welches Beispiel sie meint, damit hält sie auch nicht hinter dem Berg und findet es in der Zeit der Lohnkämpfe auch sicher „fortschrittlich" im bürgerlichen Sinne, ihr Scherflein beizutragen auf ihrem Gebiet: „Wenn es allgemein selbstverständlich geworden ist, sich selbst und seine Bedürfnisbefriedigung in den Mittelpunkt seines Lebens zu stellen, dann wird die Sozialisierung immer schwieriger." „Mangelndes Unrechtsbewußtsein" stellt sie in diesem Zusammenhang bei den Jugendlichen fest. Der Kontakt Schule-Elternhaus müsse viel intensiver sein. „Aber statt das Gespräch mit den Lehrern zu suchen, werde gegen die Schule ohne Berechtigung gemotzt." Die Kriminaloberrätin kann es nicht lassen, gegen die Eltern zu hetzen: „Wenn die Eltern ihre Gören täglich drei bis sechs Stunden bis weit nach Mitternacht vorm Fernseher hocken lassen ..." Sie hätte vorher besser ins Fernsehprogramm gesehen, es gibt nicht täglich, sondern lediglich an zwei Tagen in der Woche Programme bis weit nach Mitternacht; das aber nur nebenbei.

Das Problem der Bourgeois ist nicht das mangelnde Unrechtsbewußtsein der Kinder, das wird ganz deutlich, sondern das der Eltern, die ihre Kinder nicht länger in diese Zuchthäuser, die sich Schule nennen, zwingen wollen. Mit zunehmendem Klassenbewußtsein mischen sich die Arbeiter und Volksmassen in alle Angelegenheiten ihres Lebens und vor allem in die Schulerziehung ihrer Kinder ein. Wobei der zunehmende Boykott der Schule ein Maß ist für den Widerstand, den Eltern und Schüler dieser Erziehung entgegensetzen. Das aber wird nicht ausreichen, die Arbeiterbewegung wird über die Schule bestimmen und den bürgerlichen Staat zwingen müssen, die Kosten für die Ausbildung zu tragen und sonst nichts dreinzuordnen.

Lediglich vermittels verschärfter Schulpflichtgesetze hält der bürgerlichen Staat seine „Sicherheit und Ordnung" an den Schulen aufrecht. Hamburgs Senat hat erst im Oktober 1977 ein neues verschärftes Schulgesetz verabschiedet, das die Schulpflicht gegenüber Eltern und Schülern durchsetzen soll, während es den Kapitalisten und der Schulbehörde weiterhin gestattet, die Berufsschulpflicht nach Gutdünken aufzuheben: „Sie (die Erziehungsberechtigten, die Auszubildenden und die Arbeitgeber) sind der zuständigen Behörde zur Auskunft verpflichtet, wo sich der Schüler befindet, der dem Unterricht fernbleibt. (...) Die Schüler, die ihrer Schulpflicht nicht nachkommen, können der Schule zwangszugeführt werden. Die Grundrechte der Freiheit der Person und der Unverletzlichkeit der Wohnung des Schulpflichtigen, der Erziehungsberechtigten oder Dritter werden insoweit eingeschränkt. Die zuständige Behörde kann Personen, insbesondere die Erziehungsberechtigten (...) des Schulpflichtigen (...) vorladen. Das Erscheinen kann durch Zwangsgeld durchgesetzt werden."

Als Strafe ist dann vorgesehen bis zu sechs Monaten Haft oder Geldstrafe bis zu 180 Tagessätzen. Das ist aber nur die eine Seite der Maßnahmen, die Tätigkeit der Jugendbehörde die andere. Als Scharnier sieht die Bourgeoisie den Beratungslehrer sowie den Beratungshelfer und die Sozialarbeiter – um den Eltern jegliches Erziehungsrecht über ihre Kinder abzusprechen: „Man muß den Kindern die Achtung vor dem Eigentum als Wert vermitteln und ihnen beibringen, kontrollierbare Enttäuschungen zu ertragen." Die Kinder „mit Liebe" zur Unterwerfung unter die Herrschaft der Kapitalistenklasse erziehen ist das Ziel; im 18. Jahrhundert nannte man das Aufklärung: „Sie (die Erziehung) soll seinen Verstand mit reellen Kenntnissen bereichern, diesen den ganzen Umfang seiner Pflichten umfassen und sein Herz fühlen lehren, daß nur ihre Erfüllung wahre Glückseligkeit ist, damit ihm Pflicht zur Neigung und Tugend zur Gewohnheit werde." Schulordnung zu Münster, gegeben von Franz Freiherr von Fürstenberg 1776. – (N-Red.)

Schüler kämpfen gegen die Zuchthausordnung



850 Schüler demonstrierten Anfang März in Detmold gegen die Allgemeine Schulordnung, die der Kultusminister von Nordrhein-Westfalen auf Grundlage des Schulverwaltungsgesetzes erlassen hat. Die Bezirksschülervertretung Lippe prangert dabei in ihrer Schülerzeitung insbesondere die zahlreichen Erziehungs- und Ordnungsmaßnahmen an, mit denen die Schüler einzeln weichgekocht werden sollen.

§13, Vorrang der erzieherischen Einwirkung: 1. Verletzt ein Schüler seine Pflichten, so prüft der Lehrer zunächst, ob eine erzieherische Einwirkung geeignet und ausreichend ist (...) Maßnahmen, mit denen der Lehrer „erziehen" kann: Aussprache und Ermahnungen – wer kennt sie nicht, die peinlichen salbungsvollen Sermone, die nichtende Ermahnung. Dann der Tadel mit Eintragung ins Klassenbuch, die Nacharbeit unter Aufsicht, die schriftliche Mitteilung an die Eltern, der Ausschluß von der Unterrichtsstunde, der Ausschluß vom Unterricht auf einige Zeit, wobei der Schüler verpflichtet ist, den versäumten Unterrichtsstoff nachzuarbeiten, der Ausschluß von der Schule.

Gorleben soll kein zweites Grohnde werden

Enteignungen – Ausbau des Polizeiapparates – hohe Gefängnisstrafen für Grohnde-Demonstranten

Um ihr Ziel zu erreichen, die Wiederaufbereitungsanlage und Atommülldeponie bis 1984 fertigzustellen, setzt die Bourgeoisie derzeit alle Hebel in Bewegung, um die Voraussetzungen dafür zu schaffen und Verzögerungen wie in Grohnde zu verhindern. „Man geht davon aus, als Grundstückseigentümer bei Niedersachsens Landesregierung bei Gesuchen um Objektschutz für künftige Probebohrstellen und Schachtabteufungen ,durchschlagkräftiger' dazustehen" (Handelsblatt, 24.4.78). Die Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg erklärt dazu in einer Anzeige in der „Elbe-Jeetzel-Zeitung" am Mittwoch, 26.4.:

„Die DWK läßt durch ,Privatpolizei' – mit Billigung der Landesregierung – die Bevölkerung bespitzeln! Es werden Häuser ausgeleuchtet, Leute unter Druck gesetzt und verhört, Autonum-



Großen Raum nahm das Modell Gorleben auf der Hannover Messe ein.

mern notiert, Spaziergänger belästigt und verfolgt usw. ... Die DWK erpreßt ihre Grundstückskäufe mit der Drohung: Wenn Sie bis zum 2. Mai 1978 (Preis: 4,10 DM/qm) nicht verkaufen, werden Sie im Interesse des Gemeinwohls enteignet ..."

So ist das innige Verhältnis zur evangelischen Kappellengemeinde stark getrübt, seitdem der Vorstand am 24.4. den Verkauf von 38214 qm Land verweigert. Auch Graf Bernstoff, dem 70% des begehrten Bodens gehören sollen, macht Schwierigkeiten; er sprach sich, wenn auch verhalten, gegen den Bau der Atommüllfabrik aus.

Um die Gegner des Energieprogramms einzuschüchtern und in Zukunft von Demonstrationen und Platzbesetzungen abzuhalten, werden Grohndedemonstranten vor dem Landgericht Hannover zu hohen Gefängnisstrafen verurteilt. 22 Monate und 12 Monate ohne Bewährung lauten die bisherigen Urteile.

Gorleben ist der Dreh- und Angelpunkt bei der Weiterführung des imperialistischen Energieprogramms der Bundesregierung. Ohne Wiederaufbereitungsanlage ungenügend Brennstoff; ohne Deponie keine Entlagerung. Frankreich hat die Wiederaufbereitung und Lagerung bis 1984 in Cap de la Hague übernommen. Dafür muß die DWK das komplette Werk bezahlen, das 1984 voll in den Besitz der französischen Gesellschaft Cogema übergeht. Das schmerzt sie. Ein zweites Werk, so läßt die DWK in der Presse verlauten, wäre man nicht bereit, den Franzosen zu zahlen; 1984 muß die Anlage in Gorleben laufen.

Die Bundesregierung hob in der Bundestagsdebatte, vertreten durch Innenminister Maihofer, lobend die kooperative Haltung der niedersächsischen Landesregierung hervor und schickt, um die Volksmassen für ihr Programm zu gewinnen, am 3. Mai Bundesforschungsminister Hauff zu einer SPD-Wahlveranstaltung nach Gorleben. – (N-Red.)

Aufruf der PLO zur Rundreise ihrer Delegation anläßlich des 30. Jahrestages des zionistischen Staates Israel

Am 15. Mai dieses Jahres jährt sich zum 30. Mal die Gründung des zionistischen Staates Israel.

30 Jahre Israel, das bedeutet für unser palästinensisches Volk:
– 30 Jahre Besatzung und 30 Jahre Krieg
– 30 Jahre Israel, das bedeutet für das palästinensische Volk, daß ihm bis heute das Selbstbestimmungsrecht, das Recht auf Rückkehr in seine Heimat und die Errichtung eines unabhängigen Staates verweigert wird.

Wenn sich am 15. Mai die Klänge der 30-Jahr-Feiern des zionistischen Staates mit dem Donner von Artillerie- und Bombenexplosionen im Süden des Libanon vermischen, dann zeigt dies nur mit aller Deutlichkeit den Charakter dieses zionistischen Staates. Der Überfall auf den Südlibanon ist nur das vorläufig letzte Glied in der langen Kette von Kriegen, Terrorakten und Überfällen in der dreißigjährigen Geschichte dieses Staates:

– das Massaker an der Bevölkerung des palästinensischen Dorfes Deir Yassin, durchgeführt von dem Mordkommando unter Führung des heutigen Ministerpräsidenten Begin
– der Eroberungsfeldzug kurz vor und nach der Gründung des Staates
– die Aggression gegen Ägypten 1956, gemeinsam mit den französischen und britischen Armeen
– der Junikrieg 1967, der mit der Besetzung ganz Palästinas sowie der ägyptischen Sinai-Halbinsel und der syrischen Golanhöhen endete.

Das sind die blutigen Spuren, die der zionistische Staat in diesen 30 Jahren hinterlassen hat.

Nach diesen 30 Jahren ist aber nicht nur Israel angeklagt, sondern auch die imperialistischen Staaten, die bis heute den zionistischen Staat politisch, militärisch und ökonomisch am Leben erhalten, allen voran die USA. Sie erhalten sich diese Bastion im Herzen der arabischen Nation, um sich den Zugriff auf die Reichtümer dieser Nation zu sichern, vor allem auf das Öl und die arabische Arbeitskraft, und ihren politischen und militärischen Einfluß dort zu konsolidieren.

Auch die Bundesrepublik unterstützt den zionistischen Staat sowohl politisch als auch militärisch, indem sie sich weigert, die PLO als die einzig legitime Vertreterin anzuerkennen und Kapital und Waffen, vor allem im Rahmen der sogenannten Wiedergutmachungszahlungen dorthin exportiert.

30 Jahre Israel – das bedeutet aber nicht nur 30 Jahre Unterdrückung und Vertreibung, 30 Jahre Israel bedeutet auch 30 Jahre heldenhaften Kampf des palästinensischen Volkes gegen den zionistischen Staat. In diesen 30 Jahren hat sich das palästinensische Volk zu einer Kraft entwickelt, die heute nicht mehr ignoriert und ausradiert werden kann. Das Scheitern des jüngsten Überfalls auf den Südlibanon beweist das. 30000 israelische Soldaten, ausgerüstet mit dem modernsten US-Kriegsmaterial, haben es nicht vermocht, das Kriegsziel der zionistischen Generale auch nur ansatzweise zu erreichen: die palästinensische Revolution zu liquidieren. In diesen 30 Jahren hat das palästinensische Volk seine nationale Identität wiedergewonnen und sich seine Vertretung, die PLO, geschaffen.

Trotz Besatzung und Vertreibung ist das palästinensische Volk entschlossener denn je, den Kampf fortzusetzen. Gestützt auf seinen militärischen und politischen Kampf ist es in der Lage, an diesem 30. Gründungstag seine Forderungen in Palästina, in der arabischen Welt und auf internationaler Ebene zu erheben. Dabei schreibt der bewaffnete Kampf unserer Streitkräfte sowie der hartnäckige und zielstrebige politische Kampf unserer Volksmassen in den besetzten Gebieten Ruhmesblätter in die Geschichte unseres Volkes, der arabischen Nation und aller Völker der Welt.

In unserem Kampf brauchen wir die Unterstützung aller fortschrittlichen Menschen in der BRD. Deshalb rufen wir dazu auf, den 15. Mai zu einem Tag der Anklage gegen den zionistischen Staat und seine Verbrechen gegen das palästinensische Volk zu machen, zu einem Tag der Solidarität mit dem gerechten Befreiungskampf des palästinensischen Volkes für die Durchsetzung seines Selbstbestimmungsrechtes und die Errichtung seines unabhängigen demokratischen Staates in ganz Palästina, in dem Juden, Christen und Moslems gleichberechtigt und ohne Diskriminierung zusammenleben können. Nur die Verwirklichung dieses Ziels wird den Frieden im Nahen Osten herstellen können.

Aus Anlaß des 30. Jahrestages der Gründung des zionistischen Staates wird eine Delegation der PLO in der Zeit zwischen dem 10. und dem 30.5.1978 eine Rundreise durch die BRD und Westberlin machen. Wir fordern Euch auf, diese Rundreise tatkräftig zu unterstützen.

Revolution bis zum Sieg!

Informationsstelle Palästina
Kaiserstr. 237
53 Bonn 1
Tel. 02221 / 213439

Die Kirche steht Ehrenberg in nichts nach

Rentner-Arbeitseinsätze für 15 DM pro Tag / IGM sammelt Unterschriften gegen Rentenpläne

„. . . 'Auf einer Kundgebung des VdK in Bonn wurden die Rentenpläne der Regierung als unausgewogen und ungerecht bezeichnet. (. . .) Als die Bundestagsabgeordneten Glombig (SPD) und Eimer (FDP) sprachen, wurden sie immer wieder mit lautstarken Protesten unterbrochen. Tumultartige Szenen gab es bei der Rede von Bundesarbeitsminster Ehrenberg. (. . .) ,Icn muß allerdings gestehen, eine Weile hatte ich bei der Reaktion auf die Ausführungen des Kollegen Glombig und des Kollegen Eimer den Eindruck, in einer AStA-Versammlung zu sein und nicht beim VdK.' (Großer Tumult, Pfiffe) ,Meine Damen und Herren . . .' Nach diesem Satz konnte sich der Minister minutenlang kein Gehör verschaffen. Nach scharfen Protesten aus den Reihen des VdK nahm Ehrenberg diese Äußerung zurück. ,Herr Präsident, Herr Präsident, ich . . . ich' (Pfiffe, Empörung)

So dokumentiert in der Sendung „heute" am 24.4.

„Die IG Metall ruft ihre Mitglieder zum offenen Widerstand gegen die Rentenpläne der Bundesregierung auf. (. . .) Die mit 2,6 Millionen Mitgliedern stärkste Einzelgewerkschaft der Welt mobilisiert ihre Basis in den Betrieben gegen die sozialdemokratisch geführte Bonner Koalitionsregierung Schmidt/Genscher: Und dies zu Beginn einer Serie wichtiger Landtagswahlen und zu einem Zeitpunkt, an dem die Bundesrepublik gerade wieder dabei ist, Atem zu schöpfen nach schweren Arbeitskämpfen von Druckern und Metallern." (Spiegel, 24.2.1978

Großer Druck hat die sozialdemokratische Gewerkschaftsführung der IGM veranlaßt, Aktionen gegen die Rentenpolitik der Bundesregierung einzuleiten. Sie gehen auf Ablehnung. Das ist gut und entspricht dem Willen der Arbeiterklasse und der Volksmassen, denen bis 1982 mindestens 33 Mrd. Mark zusätzlich abgepreßt werden sollen – zur Füllung des „Rentenlochs", das die Profitgier der Kapitalisten gerissen hat.

Die „Sorgen" der IGM sind zwar, daß zu wenig in die Rentenkassen fließt und nicht, daß der Zugriff der Kapitalisten aufhören muß. So gehen ihre Vorschläge einzig darauf, ebenfalls mehr aus den Massen zu ziehen.

Die Ablehnungskampagne, vom Hauptvorstand der IGM nach den Lohnraubabschlüssen initiiert – mit dem Ziel, die Massen auf die reformistische „Alternative" festzulegen – wird in den Verwaltungsstellen sabotiert. Der einzige Grund kann nur sein, daß die Sozialdemokraten, die etwas mehr Tuchfühlung mit den Massen haben, berechtigte Angst haben, daß der Schuß nach hinten losgeht.

Bei einer telefonischen Anfrage beim Hauptvorstand der IGM am 27.4. wurde uns mitgeteilt, daß die Unterschriftenaktionen „natürlich" laufen werden.

„Wir haben heute noch mal wieder alle Verwaltungsstellen darauf hingewiesen, daß insbesondere auch die DGB-Veranstaltungen zum 1. Mai genutzt werden sollen, um möglichst viele Unterschriften zu bekommen."

Die Verwaltungsstelle Hannover „weiß von nichts". Am 1. Mai wird „mit Sicherheit nicht" die Aktion laufen, das haben sie am 28.4. verlauten lassen.

Indessen stellen sich die „Träger sozialer Einrichtungen" – voran die Kirche wie z.B. die evangelische Kirche von Westfalen – und was sonst noch Ehrenberg zur Seite steht, darauf ein, daß immer mehr Rentner mit ihrer Rente kein Auskommen haben und gezwungen sind, bis sie tot umfallen, ihre Arbeitskraft zu verkaufen. Den Kapitalisten tut es ja auch weh, wenn sie ausgebildete Arbeitskraft brachliegen sehen. Außerdem wissen sie den bedeutenden Nebeneffekt zu schätzen, daß so der Preis für die Arbeitskraft tief gedrückt werden kann. Daraus resultiert die plötzliche Begeisterung für sogenannte Seniorenprogramme.

Kompanie des guten Willens e.V.
gemeinnützige Arbeitsgemeinschaft pensionierter Senioren in der Männerarbeit der EKvW

Angebot

Müssen Sie Renovierungsarbeiten in Ihren Häusern durchführen, oder ihre Außenanlagen neu kultivieren, oder gar irgendetwas abbrechen und neu errichten?
Wollen Sie dabei finanziell erheblich sparen oder fehlen Ihnen größere finanzielle Mittel für Ihre notwendigen Arbeiten?
Dann würden wir Ihnen gerne helfen.
Unsere Senioren sind Maurer, Schreiner, Schlosser, Gärtner, Maler – zum Teil Fachleute mit bis zu 50jähriger Berufserfahrung.
Unsere Senioren arbeiten 7 Stunden täglich (35 Stunden in der Woche) und bringen ihr Arbeitsgerät mit. Sie brauchen nur das Material einkaufen.
Ihre Unkosten?
25,--DM pro Tag und Mann, dazu eine Schlafmöglichkeit sowie Essen. Wir stellen keine Extraansprüche.
0,60 DM pro Kilometer für unseren Einsatzbus, der direkt zu Ihnen kommt und auch Material an Ort und Stelle transportieren kann.
Übrigens waren im letzten Jahr 174 unserer Senioren 5463 Tage im Einsatz, und alle Auftraggeber waren zufrieden.
Wollen Sie speziell mehr wissen? Rufen Sie uns einfach mal an oder schreiben Sie. Wir würden uns über einen eventuellen Auftrag bei Ihnen freuen.

Kompanie des guten Willens e.V.
Postfach 7309
5800 Hagen 7

Vereinsmäßige Seniorenarbeitsgemeinschaft für Pensionäre, die im Ruhestand nicht rosten wollen.
Die Arbeitseinsätze finden das ganze Jahr über in den schönsten Gegenden des In- und Auslandes statt. Es fahren Gruppen zu jeweils 4 oder 9 Personen in kompanieeigenen Kleinbussen.
Die Einsätze dauern nicht länger als 4 Wochen.
Wir bieten:
– Kostenlose Fahrt zum Auftragsort
– Kostenlose Unterbringung und Vollverpflegung
– Kostenlose Ausflugsfahrten am Einsatzort
– Taschengeld von 15,--DM pro Tag – auch sonntags –
– Vergünstigungen bei unseren Veranstaltungen
Sie leisten:
– 7 Stunden Arbeit Ihres Könnens täglich in einer munteren Gruppe von Senioren. Sonn- und Feiertage frei.
– Mitgliedsbeitrag nur 12,-- DM im Jahr.
Fördernde Mitglieder
mit einem Jahres beitrag von DM 20,- erhalten die gleichen Vergünstigungen.
Werden Sie Mitglied und unterstützen Sie unser Senioren-Modell!

Anschrift:
Kompanie des guten Willens e.V.
Postfach 7309
5800 Hagen 7
Telefon: (02331) 45574

Warnstreiks bei der Bundesbahn gegen 3,7%-Angebot und Zulagenkürzungen

Am Mittwoch haben die Arbeiter im Signalwerk Wilhelmsburg und die Arbeiter der Frühschicht in der Gepäckabteilung des Altonaer Bahnhofs Warnstreiks durchgeführt. Sie kämpfen gegen das Angebot der DB von 3,7% und dagegen, daß ihnen eine Zulage von 200 Mark gestrichen bzw. gekürzt werden soll. Die Streikbereitschaft ist groß. Die Arbeiter der Gepäckabteilung in Altona, die zu 98% in der Gewerkschaft organisiert sind, werden am Dienstag, den 2. Mai eine außerordentliche Gewerkschaftsversammlung durchführen, um über Streik zu beraten.

Schlichtungsverhandlungen bei der Bundesbahn

Stuttgart. Die Schlichtung für die Beschäftigten der Deutschen Bundesbahn hat am Montag, den 24.4.78 begonnen. Die beiden Vertreter des Vorstandes der Deutschen Bundesbahn sind aufgetreten, daß sie sich außerstande sehen würden, ein neues Angebot über den schon gebotenen 3,7% zu machen. Sie wollten zuerst über drei Vorbedingungen verhandeln: Änderung der Leistungszulage, Änderung der Erschwerniszulage, Änderung bei der Rufbereitschaft (d. h., die jeweils dafür auch tariflich gesicherten Zulagen sollen gekürzt oder neu bemessen werden, was ebenfalls auf Kürzung hinausläuft. Die Leistungszulage soll nicht mehr wie bisher an die Art der Tätigkeit, sondern an das Quantum der Arbeit gebunden werden, was nach Berechnungen der GdED dazu führen würde, daß die Mehrheit der Beschäftigten der Bundesbahn gar keine Leistungszulage mehr bekommt, bei vielen, geschätzt über 80%, die Leistungszulage von 15% auf höchstens 7 – 8% heruntergeht.) Die Vertreter der Gewerkschaft haben die Verhandlung darüber abgelehnt. Die Schlichtung wurde vertagt auf Freitag, den 28.4.78. Bisher ist noch keinerlei Einigung in Sicht, auch über den Ausgang am Freitag gibt sich die Gewerkschaftsführung skeptisch. Am 2. Mai tritt der Hauptvorstand der GdED mit den Bezirksleitern zusammen, ebenfalls soll die Tarifkommission zusammentreten. Dann soll beraten werden, was am Freitag bei den Schlichtungsverhandlungen herausgekommen ist und was weiter gemacht wird.

Neues Haushaltssicherungsgesetz in Vorbereitung
Der beste Kreditnehmer ist der Staat / Seine Schulden werden durch Steuerausplünderung der Volksmassen garantiert
Mit dem von Apel vorgelegten Bericht „zur Lage und Entwicklung der Staatsfinanzen" vom Juli 1975 hat die Finanzbourgeoisie eine Reihe von Gesetzesmaßnahmen eingeleitet, um den Staatshaushalt ihren expansionisti-
und Umfang des Schuldenmachens zu diktieren."
Nach 1945 war die Finanzautonomie der Länder und Gemeinden „als föderalistische Sicherung" gegen die Gefahren eines „neudeutschen Zen-
sich auf den privaten Bereich auswirken."
Neben der Zentralisierung der Staatsfinanzen sicherte sich die Bourgeoisie mit dem Stabilitätsgesetz den „legalen" Zugriff auf die Rentenversi-
Die Haushalte von Bund, Ländern und Gemeinden beanspruchten 1973 „erst drei Prozent des Kreditvolumens der deutschen Großbanken." Ende 1977 waren es bereits 16% und für 1978 rechnen die Banken aufgrund der
abgelehnt. Die Schlichtung wurde vertagt auf Freitag, den 28.4.78. Bisher ist noch keinerlei Einigung in Sicht, auch über den Ausgang am Freitag gibt sich die Gewerkschaftsführung skeptisch. Am 2. Mai tritt der Hauptvorstand der GdED mit den Bezirksleitern zusammen, ebenfalls soll die Tarifkommission zusammentreten. Dann soll beraten werden, was am Freitag bei den Schlichtungsverhandlungen herausgekommen ist und was weiter gemacht wird.

Neues Haushaltssicherungsgesetz in Vorbereitung

Der beste Kreditnehmer ist der Staat / Seine Schulden werden durch Steuerausplünderung der Volksmassen garantiert

Mit dem von Apel vorgelegten Bericht „zur Lage und Entwicklung der Staatsfinanzen" vom Juli 1975 hat die Finanzbourgeoisie eine Reihe von Gesetzesmaßnahmen eingeleitet, um den Staatshaushalt ihren expansionistischen Zielen entsprechend zu straffen. Immer stärker drängt die Bourgeoisie auf staatliche Investitionen, um ihren Produktionsapparat zu erneuern. Große „Sachinvestitionen" sind erforderlich für die „Lösung struktureller Probleme", wie den Ausbau des Transportwesens und den Aufbau „leistungsfähiger Nachrichtensysteme". Der „Leberplan", das große Autobahnbau-Programm des ehemaligen Verkehrsministers Leber wird forciert und die Planungen für den Bau einer Magnetschwebebahn sind in vollem Gange. Zur Durchsetzung ihrer imperialistischen Pläne auf dem Weltmarkt ist die „großzügige staatliche Unterstützung" durch den Volksmassen abgepreßte Steuergelder erforderlich.

Die wichtigste Finanzquelle sollen die Versicherungskassen der Arbeiter sein. Die Versicherungsgelder der Arbeiter bilden große Kapitalien, die die Kapitalisten für „direkte Sachinvestitionen" wie den Straßenbau oder den „sozialen Wohnungsbau" verwerten wollen. Weitere große Finanzquellen bilden die Lohnsteuern, deren Progressionsfalle Lohnerhöhungen sofort wieder schlucken.

Die Finanzbourgeoisie ist mit dem bisherigen Ergebnis ihres Expansionskurses nicht zufrieden:

„Die Verbesserung der Ertragssituation der Unternehmen hat sich im Jahre 1977 nicht mehr fortgesetzt. (. . .) Die gesamtwirtschaftliche Wachstumsrate blieb real unter 4%. (. . .) Der Ausnutzungsgrad der technischen und personellen Ressourcen der Volkswirtschaft liegt insgesamt gesehen weiter unterhalb des Normalniveaus. (. . .) Das Investitionsverhalten der Gebietskörperschaften, insbesondere der Gemeinden, war von großer Zurückhaltung geprägt." (Finanzbericht der Bundesregierung von 1978)

Das Finanzkapital drängt immer heftiger, die staatlichen Investitionen zu erhöhen und ruft nach „strenger Durchforstung der öffentlichen Haushalte. Die Finanz- und Haushaltspolitik des Staates bedarf der gründlichen Änderung." Die Haushalts- und Finanzgesetzgebung ist der Bourgeoisie nicht flexibel genug. Professor Karl Maria Hettlage, einige Jahre Staatssekretär im Finanzministerium, nannte das Grundgesetz deshalb auch „absolut rückständig". Er drängte darauf, vor allem die Gemeinden, von denen die Hälfte aller öffentlichen Investitionen ausgehen, „an die Kandare" zu nehmen, damit, wie der ehemalige Präsident des Deutschen Industrie- und Handelstages, E. Schneider, fordert, „die finanzielle Freibeuterei von Ländern und Gemeinden auf dem Kapitalmarkt" abgestellt wird und dem Bund ermöglicht wird, „den Länderfinanzministern und Stadtvätern Art und Umfang des Schuldenmachens zu diktieren."

Nach 1945 war die Finanzautonomie der Länder und Gemeinden „als föderalistische Sicherung" gegen die Gefahren eines „neudeutschen Zentralstaates" grundgesetzlich verankert worden. Diese Regelung engte die Bourgeoisie zu sehr ein. Erhards Finanzminister Dahlgrün erklärte Mitte der 60er Jahre:

„Da die Ausgaben der Gebietskörperschaften rund 30% des Bruttosozialprodukts in Anspruch nehmen, sind in immer stärkerem Maße haushaltspolitische Möglichkeiten in den Mittelpunkt der Konjunkturpolitik gerückt."

Das Gesetzgebungsrecht des Bundes reichte nicht aus, um unmittelbare Eingriffe des Bundes in die Haushaltswirtschaft der Länder und Gemeinden zu legalisieren. Dies erschien der Bourgeoisie aber dringend geboten, „um eine wirksame Konjunkturpolitik der öffentlichen Hand im Interesse der gesunden Wirtschaftspolitik zu ermöglichen."

Mit dem von Wirtschaftsminister Karl Schiller eingebrachten und von der Großen Koalition beschlossenen „Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft" vom 8. Juni 1967 wurden erstmals „Grundsätze für eine in der heutigen Zeit als notwendig erkannte koordinierte Wirtschafts- und Finanzpolitik in der Form der Rechtspflichten für die staatlichen Organe in Bund und Ländern verbindlich" gemacht, erklärte der damalige Finanzminister Alex Möller. Schmücker äußerte seine volle Befriedigung: „Mit dem Stabilitätsgesetz können wir dafür sorgen, daß Bund, Länder und Gemeinden ihre Verpflichtungen erfüllen. Das wird sich auf den privaten Bereich auswirken."

Neben der Zentralisierung der Staatsfinanzen sicherte sich die Bourgeoisie mit dem Stabilitätsgesetz den „legalen" Zugriff auf die Rentenversicherung. Die im Stabilitätsgesetz festgelegte „Anlagepflicht" bedeutet für die Rentenversicherungsträger eine Einschränkung der freien Verfügung über ihre Mittel. Die Bundesregierung ist ermächtigt, nach Anhörung der Träger der Rentenversicherung der Arbeiter durch Rechtsverordnung, die nicht der Zustimmung des Bundesrates, also der Länder, bedarf, für die Dauer eines Jahres zu bestimmen, daß die Träger der Rentenversicherung Mittel „bis höchstens 60% der durchschnittlichen Monatsausgabe im jeweiligen vorhergegangenen Kalenderjahr in Mobilisierungsliquiditätspapieren über die Deutsche Bundesbank anzulegen haben."

Die Zentralisation der Staatsfinanzen ist der Finanzbourgeoisie durch das Stabilitätsgesetz noch nicht ausreichend genug gesichert. Seit Jahren geht die Diskussion um die Errichtung eines „konjunkturpolitischen Zentralkommissariats". Die Grundlagen dafür sind bereits in der „Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung", in der sämtliche Haushalte der Gebietskörperschaften erfaßt sind, und dem Jahresgutachten des Sachverständigenrats geschaffen.

In ihrem jüngsten Jahreswirtschaftsbericht hat die Bundesregierung der Bourgeoisie zugesichert, „daß die öffentlichen Haushalte 1978 mit einer expansiven Ausrichtung einen Beitrag zur Verbesserung der gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen zu leisten haben."

Die Haushalte von Bund, Ländern und Gemeinden beanspruchten 1973 „erst *drei* Prozent des Kreditvolumens der deutschen Großbanken." Ende 1977 waren es bereits 16% und für 1978 rechnen die Banken aufgrund der kräftig erhöhten Haushaltsdefizite mit einer bedeutenden Steigerung. Die „fundierten Schulden" der Gebietskörperschaften haben sich von 1972 auf 1977 fast verdoppelt. Sie stiegen von DM 154,2 Mrd. 1972 auf 306,2 Mrd. DM im dritten Quartal 1977. Von 1974 auf 1975 erhöhten sich die Finanzierungsdefizite der „öffentlichen Hand" von 9,5 Mrd. DM auf 44,2 Mrd. DM. Bis Ende November 1975 entfielen auf die öffentliche Hand mit rund 44,2 Mrd. DM etwa zwei Drittel des gesamten Bruttoabsatzes von Wertpapieren am Kapitalmarkt. Pro Kopf der Bevölkerung hat die BRD eine Staatsschuld von 3530 DM. Bei einem 10%igen Zins stehen die Volksmassen bei der Finanzbourgeoisie mit etwa 350 DM pro Kopf in der Zinsknechtschaft, die über die Steuern „abgeschöpft" wird.

Seit Mitte letzten Jahres stagniert die Neuverschuldung der Haushalte. Der neuerlich entbrannte Streit um ein neues Haushaltssicherungsgesetz geht deshalb um die „expansivere Ausrichtung" der öffentlichen Haushalte. Wobei die Bourgeoisie die Aufwendungen für das Personal ihres Staatsapparats sowie die laufenden Sachaufwendungen drastisch senken will, um für Direktinvestitionen mehr Mittel aus den Haushalten der Gebietskörperschaften zu ziehen. Aus den Nettokreditaufnahmen der öffentlichen Haushalte verbuchen die Finanzbourgeois jährlich rund 20 Mrd. DM an Zinsen. (1977 rund 25,9 Mrd. DM) Für 1978 sicherte Graf Lambsdorff der Bourgeoisie wieder ein kräftiges Wachstum zu. In seinem Wirtschaftsbericht sind rund 32 Mrd. DM an Neuverschuldung ausgewiesen. Und in der „Finanzplanung des Bundes" werden an Zinsleistung für die Gesamtstaatsschuld 1979 32,2 Mrd. DM veranschlagt. Vor allem die Gemeinden sollen zur verstärkten Kreditaufnahme gezwungen werden, da ihre Haushalte in den letzten beiden Jahren zu „geringfügige Erhöhungen der Ausgaben" vorsahen.

Um die Ausplünderung der Volksmassen zu steigern und damit mehr Kapital für Direktinvestitionen zu gewinnen, kürzt die Bourgeoisie die Zuschüsse und Zuweisungen von seiten der Länder an die Gemeinden. Diese Möglichkeit hat die deutsche Sozialdemokratie mit dem Stabilitätsgesetz geschaffen.

Der Staat als Kreditnehmer ist für die Finanzbourgeoisie immer der beste Kreditnehmer gewesen. „Die Banken sehen den Staat als Schuldner gern", schreibt die „Deutsche Zeitung", denn seine Schulden werden durch die Steuerausplünderung der Volksmassen garantiert. – (Z-Red.)

Gesetzesänderungen zur Zentralisierung der Finanz- und Haushaltspolitik

1. Stabilitäts- und Wachstumsgesetz 8.Juni 1967	legt 5jährige Finanzplanung von Bund, Ländern und Gemeinden fest.
2. Neufassung Artikel 109 Grundgesetz vom 12. Mai 1969	Ermächtigung für das Haushaltsgrundsätzegesetz
3. Haushaltsgrundsätzegesetz vom 19 August 1969	Haushaltswirtschaft von Bund und Ländern werden gleichermaßen gebunden
4. Einführung einer staatlichen Haushaltssystematik, 1970	Als verbindliches Haushaltsmuster für kommunale Planungen und Meldungen zur Finanzplanungsstatistik
5. Novelle zum Finanzstatistikgesetz Art. 1 §6 des Änderungsgesetzes vom 12. Juli 1973	Erfassung der Finanzplanung von Bund, Ländern und Gemeinden sowie Zweckverbänden und sonstigen juristischen Personen zwischengemeindlicher Zusammenarbeit.
6. Reform des Gemeindehaushaltsrechts, 1974 (z.T. 1975)	Verpflichtung für die Gemeinden, ihrer Haushaltswirtschaft eine 5jährige Finanzplanung zugrunde legen zu müssen.
7. §51 des Haushaltsgrundsätzegesetzes	„Gemeinsames Schema" für die Finanzplanung von Bund, Ländern und Gemeinden. Grundlage für die finanzstatistische Erhebung

Durch die Finanzplanungsstatistik wird ein öffentlicher Gesamthaushalt erstellt, der ein „zukunftsorientiertes Bild" der öffentlichen Ausgaben und Einnahmen vermittelt und klärt, in welchem Umfang und wann mit welchen Forderungen die „öffentliche Hand" an den Kreditmarkt herantreten muß und welche „expansiven Wirkungen" auf den öffentlichen „Sektor" der Volkswirtschaft ausgehen werden.

Müllwerker lehnen Abschluß ab

Delmenhorst. 29 Arbeiter des Müllbetriebes Hadeler, Delmenhorst, Arbeiter der Müllabfuhrbetriebe Wildeshausen und Gifhorn haben folgenden Brief an die ÖTV-Vorstände und die Große Tarifkommission geschickt:

„Betr. Abschluß des neuen Bundesvergütungstarifvertrages.

Wir Delmenhorster Müllwerker haben heute zu unserer Überraschung erfahren, daß Tarifvertragsverhandlungen zwischen dem Verband der privaten Städtereiniger einerseits und der Gewerkschaft ÖTV andererseits am 1. und 30. März sowie am 20. April geführt worden sein sollen.

Als Ergebnis dieser Verhandlungsserie sollen die Vergütungen ab 1. Februar 1978 um 4,9% erhöht werden.

Wir können uns mit dieser 4,9%igen Vergütungserhöhung niemals einverstanden erklären. Nach unserer Auffassung bedeuten diese 4,9% keinesfalls eine Lohnerhöhung, ganz im Gegenteil eine quasi Lohnminderung. So hätten wir z.B. durch die Lohnsteuerprogression, die Sozialabgaben, die Lebenshaltungskosten, die Mehrwertsteuer etc. etc. am Ende unweigerlich weniger Nettolohn als zur Zeit.

Wir fordern immer noch einen Festbetrag von 200 DM pro Monat.

Diese Forderung hatten wir Euch im Januar mitgeteilt. Leider ist diese unsere Forderung nicht von Euch berücksichtigt worden. Wir Delmenhorster Müllwerker erwarten, daß Ihr die Erklärungsfrist nutzt, um für uns Müllwerker eine akzeptable Lohnerhöhung zu erreichen. Die Delmenhorster Müllwerker."

Der Sozialdemokrat Theis,' Kreisverwaltung Delmenhorst, behindert die rechtzeitige Information der Müllwerker. Die ÖTV-Nachricht des Hauptvorstandes vom 3.4. haben die Beschäftigten in Wildeshausen erst am 25.4. erhalten. Dies ist umso schädlicher, da die Erklärungsfrist am 28.4. ausläuft.

Manteltarif für Auszubildende nicht gekündigt

Westberlin. Wie bekannt wird, hat der Hauptvorstand der ÖTV den völlig unzureichenden derzeitigen Manteltarifvertrag für Auszubildende im öffentlichen Dienst entgegen der Aufforderung durch den Bundesjugendausschuß nicht gekündigt. Er wäre am 31.3. kündbar gewesen.

Tarifverhandlungen im Hamburger Einzelhandel

Am 24. April haben für die 100000 Beschäftigten des Hamburger Einzelhandels Tarifverhandlungen begonnen. Die HBV fordert eine Erhöhung der Tarifgehälter von durchschnittlich 7,4%, gestaffelt von 8,9% für Gehaltsgruppe 1 bis 6% für Gehaltsgruppe V. Die Einzelhandelskapitalisten haben bisher nur 4% geboten. Für eine Verkäuferin im ersten Berufsjahr, Steuerklasse I, Gehaltsgruppe II, die 960 DM brutto erhält, würden 4% brutto 38,40 DM und netto 24,41 DM bedeuten. Eine Kassiererin im ersten Berufsjahr, Steuerklasse I, die brutto 1365 DM in Gehaltsgruppe III verdient, brächte das 54,60 DM brutto und 34,62 DM netto. Für die Arbeiter und Angestellten ist das unverschämte Angebot unannehmbar.

Streik am Institut für Leibesübungen

Aachen. Die Sportstudenten haben von Dienstag bis Donnerstag einen Warnstreik durchgeführt, um der von der Kultusbürokratie geplanten Schließung des Instituts entgegenzutreten. Am Donnerstag ist herausgekommen, daß diese Schließungspläne so gar nicht bestehen, so die Sportlehrerausbildung bis zur vollständigen Durchsetzung des Hochschulrahmengesetzes und der PH-Angliederung weiterlaufen soll wie bisher, das heißt in völlig unzureichenden räumlichen Verhältnissen (eine Halle für 1000 Studenten, ursprünglich für 100 Studenten gebaut, und mit ständigen Prüfungsverschärfungen). Deswegen hat die Vollversammlung am Donnerstag bei ca. 200 anwesenden Studenten beschlossen, zu der Forderung nach einer H 4-Stelle die Forderung nach Abschaffung der Vorlesungsklausuren und keiner Verlegung der Prüfungsphase in die Semesterferien zu erheben. Der Institutsleitung wurde ein Ultimatum bis 1. Juni gestellt. Sollte die Forderung bis dahin nicht erfüllt sein, werden die Klausuren boykottiert. Zur Bekräftigung der Forderung wird der Warnstreik (der vollständig durchgeführt wird) bis Dienstag verlängert. Am Mittwoch hat sich die Vollversammlung der Medizinstudenten mit dem Sportlerstreik solidarisiert und die Fachschaft beauftragt, den Streik an der medizinischen Fakultät bekannt zu machen.

Tutorien am Fachbereich Medizin sollen bestreikt werden

Gießen. Um die Lehrveranstaltungen am Fachbereich Medizin studienordnungsgemäß stattfinden zu lassen, mußten bisher immer Zusatzanträge zwecks Mittelbereitstellung an das Kultusministerium gestellt werden. Jetzt ist der Zusatzantrag vom Kultusministerium abgelehnt worden, so daß die Tutorengelder nur bis zum 31.5. ausreichen. Wenn keine zusätzlichen Gelder gestellt werden, bedeutet das, daß nächstes Jahr die Studenten sich nicht zum Physikum melden können. Die Tutorienvollversammlung hat beschlossen, alle Tutorien zu bestreiken, bis Gelder bis zum Semesterende bereitgestellt werden.

Kongreß der Pharmaziestudenten

Kiel. Vom 5. bis 7. Mai findet in Westberlin der bundesweite Kongreß der Pharmaziestudenten statt, zu dem die VDS-Fachtagung aufruft. In 5 Arbeitsgruppen sollen die Studienbedingungen und die Auswirkungen des neu festgelegten Curricularwerts untersucht werden. Inhaltlich wird der Kongreß von den Institutsgruppen Westberlin, Braunschweig und Kiel vorbereitet. Mit einer Fragebogenaktion soll die Lage der Studenten untersucht werden. Bundesweit ist schon eine Unterschriftenaktion durchgeführt worden, in der über tausend Studenten fordern: Für jeden Studenten einen voll ausgerüsteten Laborplatz! Einhaltung der Sicherheitsbestimmungen! Kein Praktikum in den Semesterferien! Eine Novelle der Approbationsordnung hat das Bundesgesundheitsministerium schon in der Schublade, die an den Verschärfungen der Studienbedingungen bei den Medizinern ausgerichtet ist.

Studentenwerk mußte BA-FöG-Rückzahlungsforderungen

Studentenwerk mußte BA-FöG-Rückzahlungsforderungen zurückziehen

Hamburg. Das Studentenwerk der Universität Hamburg hatte gegenüber 65 Studenten der Hochschule für Wirtschaft und Politik (HWP) BAFöG-Rückzahlungsforderungen erhoben, da sie im Wintersemester '77 an dem bundesweiten Streik teilgenommen haben sollen. Die Forderungen beliefen sich auf 190 bis 250 DM. Jetzt wurden die Forderungen auf Senatsbeschluß zurückgezogen. „Biallas zeigte sich ‚verbittert', weil das Bonner Ministerium keine klaren Weisungen an die Landesausbildungsämter hinsichtlich jener Unterbrechungsvorschrift gäbe, die nach Ansicht von Biallas so nicht praktikabel ist und daher abgeändert werden sollte." (FAZ, 26.4.1978)

Die Bourgeoisie will sich etwas noch Abgefeimteres ausdenken. Die Studenten bereiten sich darauf vor. In einem Brief des Studentenparlaments der Hochschule für Bildende Künste (HfBK) heißt es dazu: „Der Angriff auf die HWP-Studenten soll die Studentenmassen insgesamt treffen: Ihre erkämpften Rechte gegen die Professorenwillkür und den bürgerlichen Staat sollen beseitigt werden.

Das Studentenparlament der HfBK unterstützt Kampfmaßnahmen der HWP-Studenten und schlägt Streik vor. Sofort soll die Landesastenkonferenz einberufen werden."

Imperialistische Wissenschaft in Anwendung

An 29000 politischen Gefangenen sind 1976 in Indonesien sogenannte „psychologische Tests" durchgeführt worden unter Leitung des Generals Sumitro. Dieser hat an den Universitäten Leyden/Niederlande und Freiburg/BRD Psychologie studiert. „Wir wußten schon vorher, daß es alles Kommunisten sind", sagte der General in einem Interview. „Die Tests sollten nur den Grad ihrer Kommunistischen Gesinnung bestimmen." Allerdings hat sich dieser in Westdeutschland geschulte Imperialistenknecht wenig Wirkung von der Psychologie versprochen. Er setzt auf offene Unterdrückung, „weil der Kommunismus ein latentes Risiko für unser Land ist. Ich rate zu strikter Kontrolle."

Zwei Assistenten gestrichen, ein Professor mehr – Studenten kriegen das zu spüren

„Akademikerboom" verschärft Konkurrenz und Disziplinierung im Lehrkörper der Hochschulen

Es ist ein Bestreben der Bourgeoisie, die Überzufuhr von Jugendlichen aus besitzlosen Klassen zu den Hochschulen nicht selbst zu zahlen, sondern von den Volksmassen zahlen zu lassen. Wie sie die Volksmassen über das BAföG plündert, hat sie ein Interesse daran, die Unterdrückung der Studentenmassen mit möglichst geringem Personal und damit möglichst geringen Lohnkosten zu Wege zu bringen. Grundlegend aber bleibt das Interesse an Unterdrückung der Studentenmassen. Folglich schmiert sie den hohen und höchsten Beamtenkörper und führt die Stellenstreichungen im unteren Leitungsbereich durch, im wesentlichen in den Lohngruppen A13/14. Die Bourgeoisie rechnet offensichtlich mit dem Akademikerboom – mit Lohnsenkung und verschärfter Disziplinierung durch die gesteigerte Konkurrenz der Akademiker untereinander. Da paßt es dann auch in diese „Landschaft", daß die SPD den von Brandt initiierten Ministerpräsidentenerlaß abschaffen will, weil doch das Beamtenrecht ausreichend sei.

Laut Veröffentlichung des Wissenschaftsrates sind die Stellenstreichungen bei den Assistenten 1977 gegenüber 1975 mit 6% von 27 985 auf 26 316 am größten. Sonstige wissenschaftliche Beamte des höheren Dienstes sind um den gleichen Anteil gestiegen, während die Professoren (H 3 und H 4) nur geringfügig um 1% gesunken sind, nachdem sie aber von 1970 bis 1975 um 300% stärker gestiegen sind als die Zunahme der Studenten. Die Stellenstreichungen werden ebenfalls laut Wissenschaftsrat hauptsächlich in den gesellschafts- und geisteswissenschaftlichen Bereichen durchgeführt, während die Stellen bei den Natur- und Ingenieurwissenschaften in etwa gleich geblieben sind.

Die Schmierung und Ausdehnung des hohen und höchsten Beamtenkörpers hat die Bourgeoisie im wesentlichen dadurch betrieben, daß sie Dozenten und wissenschaftliche Räte/Oberräte in Professorenstellen berufen hat, was nicht nur mit der Verminderung der Anzahl der Assistenten und Lehrbeauftragten einhergeht, sondern auch mit deren schärferer Unterdrückung. Dafür wurde eigens von den hohen Gerichten der Bourgeoisie für den Status des Lehrbeauftragten das „öffentlich rechtliche Dienstverhältnis besonderer Art" geschaffen, wonach sie zwar angestellt, aber vollständig dem Beamtenrecht unterworfen sind.

Damit verschärfen sich aber die Widersprüche zwischen dem hohen Beamtenklüngel und seinen nächsten

Damit verschärfen sich aber die Widersprüche zwischen dem hohen Beamtenklüngel und seinen nächsten

Hilfstruppen. Assistenten und Übungshelfer schließen sich zusammen auf der Seite der Masse der Beschäftigten im öffentlichen Dienst gegen die Dienstherren. Gleichzeitig unterstützen Teile des Lehrkörpers an den Universitäten den Kampf der Studenten für das Koalitionsrecht der Studentenschaft gegenüber dem bürgerlichen Staat.

Vor drei Semestern haben in Hamburg die Übungshelfer am Mathematik-Bereich gegen die Dienstverpflichtung gestreikt.

Am Zentralen Fremdspracheninstitut (ZFI) der Universität Hamburg hat sich zu Beginn dieses Semesters die Lage weiter verschärft. Dort finden Sprachkurse für Studenten aller Fachbereiche statt, die sie brauchen, um in dem Fach, das sie schwerpunktmäßig studieren, die für Scheine und Arbeiten benötigte Fachliteratur lesen zu können. Ca. 20 Kurse für Spanisch und Französisch werden angeboten, für die die Teilnehmerzahl in diesem Semester auf je 30 beschränkt wurde. Folge: Über diese Kurse hinaus wurden ca. 90 Studenten nicht zugelassen und stehen auf der Warteliste. Diese Maßnahmen schärfen im wesentlichen die Eckpfeiler der Unterdrückung der besitzlosen Studentenmassen. Werden sie nicht zugelassen, müssen sie sich entweder Bücher kaufen, um den Stoff dennoch zu schaffen – wo eins für diese Kurse nicht unter 15 DM kostet – oder sie kommen, da sie dies nicht finanzieren können, mit der Zwischenprüfung in Schwierigkeiten.

Am ZFI haben die Studenten bei Bekanntwerden der Streichungen sofort mit den Übungsleitern eine Beratung durchgeführt und bei Nichtbewilligung der Stellen erklärt, sofort Streikmaßnahmen einzuleiten. Zwei zusätzliche Stellen konnten so schon erkämpft werden.

Am Mathematik-Bereich ist durch die Streichung von Übungshelfern in den letzten Semestern folgende Lage eingetreten: Ca. 81 Übungshelfer sind erforderlich, ca. 35 Übungshelfer sind nur noch angestellt. Für die Übungen selbst hat dies zur Folge, daß wo früher 15 Studenten teilgenommen haben, jetzt 25 bis 30 Studenten teilnehmen. Zwar können alle Studenten, die wollen, an diesen Übungen teilnehmen, die Auswirkungen sind aber die gleichen als wäre eine Teilnahmebeschränkung von 15 pro Übung eingeführt. Erstens werden die Übungsaufgaben nicht mehr im gleichen Umfang korrigiert und zweitens kann die Lösung bestimmter Aufgaben nicht mehr besprochen werden, sondern der Übungsleiter rechnet einen bestimm-

sung bestimmter Aufgaben nicht mehr besprochen werden, sondern der Übungsleiter rechnet einen bestimm-

ten Aufgabentyp einmal vor. Bei den Kursen, die man zur Prüfungsvorbereitung hören muß, sind die Übungsgruppen gänzlich gestrichen worden.

Die Studenten schließen sich in privaten Arbeitsgruppen zusammen, um die Prüfung vorzubereiten. Die Hinterhältigkeit dieses Verfahrens besteht darin, daß viele Studenten durch diese Erhöhung des Drucks gezwungen werden, die Universität zu verlassen, ohne überhaupt zur Prüfung zu gelangen. In den unteren Semestern am Mathematik-Bereich werden auf diese Weise von einem Semester auf das andere bis zu 80% der Studenten aus den Vorlesungen aussortiert. Die Bourgeoisie bezeichnet dies als bedauerlich. Tatsächlich beabsichtigt sie aber auf dieser Grundlage den Prüfungsterror zu verschärfen.

Die Studenten am pädagogischen Institut der Universität Hamburg haben auf ihrer Vollversammlung letzte Woche für jede Seminarteilnahme einen Schein, keine Scheinbenotung gefordert, sowie das Recht auf Gruppenarbeit beschlossen. Es gilt gegen Klausuren und Prüfungsterror die Einheit herzustellen. – (SSG Hamburg)

Demonstration gegen die Verabschiedung der Landeshochschulgesetze

In ganz Norddeutschland will die Bourgeoisie im Sommersemester mit der Verabschiedung der jeweiligen Landeshochschulgesetze (LHG) zur Zerschlagung der Verfaßten Studentenschaft und umfassenden Schürung der Konkurrenz mittels Regelstudienzeit und Zerschlagung der Koalitionen der Studenten und planmäßiger Überfüllung der Hochschulen auf der anderen Seite übergehen. Ordnungsrecht und Verbot des politischen Mandats sollen den Kampf der Studenten gegen die imperialistische Wissenschaft und ihren Zusammenschluß mit den Kämpfen und Streiks der Arbeiterklasse unterdrücken. Für den 28.4. in Hamburg und den 10.5. in Niedersachsen ist die Verabschiedung der Hochschulgesetze geplant. In Schleswig-Holstein ist am 10.5. die 1. Lesung im Landtag. Dagegen wird auf den Landesastenkonferenzen und in den Seminaren der Widerstand organisiert. Die Landesastenkonferenz ruft zum 10.5. zur landesweiten Demonstration in Kiel und Warnstreiks auf. In der Resolution heißt es: „Die Studenten müssen selbst entscheiden, wie sie ihre eigenen Belange ordnen, wozu auch das Recht gehört, zu streiken, und sie müssen selbst über die Verwendung der von ihnen erbrachten Gelder bestimmen." Die Forderungen: Keine Regelstudienzeit! Kein Ordnungsrecht! werden erhoben. Die Gesamtvollversammlung der PH Kiel hat die Landesregierung aufgefordert, über die Forderungen der Studenten mit dem AStA in Verhandlungen zu treten, und am 10.5. den Forderungen mit einem Warnstreik Nachdruck zu geben.

In Hamburg haben gegen die Verabschiedung des LHG knapp über 1000 Studenten am 26.4. demonstriert. Auf

In Hamburg haben gegen die Verabschiedung des LHG knapp über 1000 Studenten am 26.4. demonstriert. Auf

Beschluß der Wahlvollversammlung wurden auf der Demonstration die Forderungen: Keine Scheinbenotung! Recht auf Gruppenarbeit! Für jeden Seminarteilnehmer einen Schein! gegen die ständigen Prüfungsverschärfungen erhoben.

Die Konferenz Niedersächsischer Studentenschaften (KNS) ruft für den 10.5. zur landesweiten Demonstration in Hannover gegen die Verabschiedung des Niedersächsischen Hochschulgesetzes (NHG) auf. Zu der gleichzeitig mit dem NHG von Pestel angeordneten Einführung der Studienreformkommissionen hat die Konferenz Niedersächsischer Studentenschaften festgelegt: „Die KNS hält fest, daß die studentischen Vertreter mit dem imperativen Mandat nominiert werden ...", womit die Vertreter der Studenten an die Aufträge der Studenten und ihrer gewählten Organe gebunden sind. – (KHG Hannover)

Wahlkampfgerangel

SPD-Parteivorsitzender Peter von Oertzen hat in der „Hannoverschen Allgemeinen" das NHG als „säuische Geschichte" bezeichnet. In der bürgerlichen Presse als SPD-Linker und demokratischer Reformsozialist eingeführt, denkt er, einige Stimmen bei den Studentenmassen bei den niedersächsischen Landtagswahlen absahnen zu können. Schließlich, die FDP stimmt ja „zähneknirschend" dem CDU-Vorschlag zum NHG zu. Da ist er doch das kleinere Übel! Und als ehemaliger Kultusminister vertraut mit dem Geschäft. Ein paar Zeilen weiter in der „Hannoverschen Allgemeinen" (20.4.) steht, „daß die Organe der Studentenschaft, ... mit Billigung aller Parteien auch zukünftig kein Recht zu allgemeinpolitischen Äußerungen erhalten ...".

... mit Billigung aller Parteien auch zukünftig kein Recht zu allgemeinpolitischen Äußerungen erhalten ...".

Forschungsergebnis: „Bei Nachtarbeit flott arbeiten"

Bürgerliche Arbeitsmedizin nur noch zu Untersuchungen zwecks besserer Ausbeutung der Arbeiter fähig

Den westdeutschen Kapitalisten ist es innerhalb von 16 Jahren gelungen, die Anzahl der Arbeiter in der Nacht- und Schichtarbeit horrend zu steigern.

Anteil Schichtarbeiter in der BRD

Jahr	Prozent	Anzahl
1960	12 %	2,2 Mio.
1965	14 %	3,0 Mio.
1972	17,5 %	3,8 Mio.
1976	27 %	5,8 Mio.

Ins Auge springt die hohe Steigerung 1972 und 1976. Möglich war dies, weil es der Arbeiterklasse – trotz großer Kämpfe – nicht gelungen ist, einen ausreichenden Lohn auf den Normalarbeitstag durchzusetzen. Für den Kapitalisten ist die Maschine nutzlos, solange sie stillsteht. Um in der imperialistischen Konkurrenz zu bestehen, will die Kapitalistenklasse alle Schranken zwischen Tag und Nacht einreißen. Für die Arbeiterklasse führt dies zur Ruinierung ihrer Arbeitskraft: In der Untersuchung der Textbände von „Wirtschaft und Statistik" ergibt sich, daß zwischen 60 und 90 % der Schichtarbeiter Schlafstörungen haben. Von 600 Wechselschichtarbeitern berichten 33,9 % über Magenbeschwerden (nach Andersen). Schichtarbeiter müssen in erhöhtem Maß mit Verdauungsschwierigkeiten, Nervosität und Kreislaufkrankheiten rechnen. Sie müssen um 20 % häufiger in Kur gehen und werden ein Drittel häufiger als die anderen Lohnabhängigen Frührentner.

Im Gegenstandskatalog Medizin für die 2. Ärztliche Prüfung ist festgelegt: Der Student soll „die Ursachen der besonderen gesundheitlichen Gefährdung von Schichtarbeitern anhand der Erkenntnisse der Rhythmusphysiologie erläutern" und „Kontraindikationen (sinngemäß: Hinderungsgründe, d. Red.) für die Beschäftigten in Nachtarbeit nennen können." In die gleiche Richtung geht das Standardlehrbuch „Arbeitsmedizin". Nachdem Valentin, der Verfasser des Lehrbuchs, die gesundheitlichen Schäden durch Nacht- und Schichtarbeit benannt hat, führt er aus: „Trotzdem wird die kontinuierliche Arbeitsform (Wechselschicht, d. Red.) immer in erheblichen Ausmaß bestehen bleiben, so daß Wege gesucht werden müssen, um die unvermeidbaren Belastungen auf ein Minimum reduzieren zu können. Diese organisatorischen Maßnahmen beginnen bei der Einstellung, wobei es sich (...) empfiehlt, Personen mit Neigung zu Magen- und Darmerkrankung, vorangegangenen schweren Erkrankungen, insbesondere Tuberkulose, Diabetiker und Epileptiker sowie Personen, die sich selbst versorgen müssen und Personen unter 25 und über 50 Jahren nicht zur Nachtarbeit zuzulassen" (S. 83).

Den Medizinstudenten soll gründlich ausgetrieben werden, die Ursachen für die Magengeschwüre anzugehen, indem sie die Forderung nach Verbot der Nacht- und Schichtarbeit unterstützen. Sie sollen vielmehr lernen, welche „Kontraindikationen für Nacht- und Schichtarbeit" es gibt, um diejenigen auszusieben, die diese Arbeit nicht mehr aushalten. Diese Aufgabe sollen sie als Werksärzte erfüllen, die durch Einstellungsuntersuchungen die schon verschlissenen Arbeiter aussortieren, oder durch Kontrolluntersuchungen feststellen, wann die Gesundheit eines Schichtarbeiters ruiniert ist, damit der Kapitalist weiß, welche Arbeiter er entlassen muß. Oder als Hausarzt, der seinen Patienten „rät", doch die Stelle zu wechseln, was ein Hohn ist, weil dann der Arbeiter erst mal auf der Straße sitzt.

Für die Professoren Schulte und Armbruster (TU Berlin) sind in ihrem Skript „Arbeitswissenschaft I, Grundvorlesung" die gesundheitlichen Schäden durch Nacht- und Schichtarbeit bloß noch Vorwand, um die Arbeit noch weiter zu intensivieren: „Je mehr die Reizsumme aus der Umwelt und die Reizlage des Organismus endogen (durch Hormone, d. Red.) herabgesetzt sind, also der Organismus trophotrop (auf Erholung) geschaltet ist, umso mehr Willensimpulse sind zur Durchführung einer gegebenen Arbeit und Überwindung der Schläfrigkeit erforderlich ... Arbeit enthält selbst bis zu einer gewissen Grenze aktivierende Reize, umso mehr, je intensiver gearbeitet werden muß. Bei Nachtarbeit empfiehlt es sich daher, zur Entlastung des Willensaufwandes flott zu arbeiten. Muskelarbeit hat eine größere aktivierende Wirkung als geistige Tätigkeit. Überwachungstätigkeiten mit geringen Aufmerksamkeitsanforderungen können daher in der Nachtschicht als besonders anstrengend empfunden werden (...) Als Gegenmaßnahmen werden daher vielfach Nebenbeschäftigungen verordnet oder gestattet, wie z.B. das Aufschreiben verschiedener Werte von den Anzeigern in vorgegebenen Zeitintervallen (was während des Tages unnötig ist) ..." (S. 8)

Wie verkommen die Forschung an den imperialistischen Hochschulen ist, wird deutlich bei Professor Rutenfranz, renomierter Arbeitsmediziner an der Universität Dortmund. In „Risikofaktor Nacht- und Schichtarbeit" schreibt er: „Das Wirksamwerden dieses Risikofaktors hängt darüber hinaus aber zweifellos von prädisponierenden (vorherbestimmenden) Persönlichkeitsmerkmalen ab. Diese zu präzisieren, muß das Ziel weiterer Untersuchungen sein." (Medizinische Klinik 69 (1974), S. 12-16) Dieser Professor entwirft hier also ein Forschungsprojekt, bei dem die tatsächlichen Gesundheitsschäden durch die Nacht- und Schichtarbeit völlig unbeachtet bleiben, obwohl z.B. deren Auswirkungen auf das Herz- und Kreislaufsystem von der bürgerlichen Arbeitsmedizin noch kaum ausführlich untersucht sind. Stattdessen will er Ausleseverfahren entwickeln mit dem Ziel, z.B. bei Einstellungsuntersuchungen „besonders gefährdete" Arbeiter durch „Persönlichkeitstests" aussortieren zu können. Möglichst junge unvernutzte Arbeitskraft benötigt die Kapitalistenklasse für die Profitproduktion, darauf ist ihre Wissenschaft ausgerichtet. – (GUV, Ärzte-Projektgruppe/KHG, Zelle Medizin Westberlin)

Apel bereitet verschärfte Unterdrückung der Soldaten vor

Beratung über „allgemeine Führungsgrundsätze“

Rund acht Wochen nach seinem Wechsel vom Steuereintreiber- auf den Kriegstreibersessel hat sich Apel am 6. April vor 300 Kommandeuren der Bundeswehr öffentlich geäußert. 1. unterstellte er den MAD wieder dem Führungsstab der Streitkräfte, nachdem Leber gemeint hatte, ihn direkt „kontrollieren“ zu müssen. 2. liquidierte er den sogenannten „zentralen Unterstützungsbereich“. 3. beauftragte er den Inspekteur des Heeres, General Hildebrandt, bis Juni einen Änderungsvorschlag für das „Heeresmodell 4“ vorzulegen. 4. wollte er die Bundeswehrhochschulen „stärker an den Bedürfnissen der Streitkräfte ausrichten“. 5. der „Inneren Führung neue Impulse geben“. Und 6. zogen sich die Kommandeure mit Apel hinter verschlossene Türen zurück, um „allgemeine Führungsgrundsätze“ zu beraten.

Wir rufen in Erinnerung: das „Heeresmodell 4“, nach dem die Bundeswehr in diesem Jahr umstrukturiert werden sollte, sollte die „unverzügliche Herstellung der vollen Präsenz der Streitkräfte im Frieden ermöglichen“ (Leber am 29.11.73 im Bundestag). Die westdeutsche Bourgeoisie geht davon aus, daß die sozialimperialistische Sowjetunion quasi aus dem Stand „kühne Stöße“ mit Panzern vornehmen kann. Dies möchte sie verhindern und zweitens selber tun. Im einzelnen plante Leber vor allem eine Erhöhung der Zahl der Brigaden von 33 auf 36, die inzwischen erfolgt ist, und eine „Kaderung“ dieser Brigaden. Das heißt materialmäßige Kriegsstärke mit einem hohen Anteil von Berufs- bzw. Zeitsoldaten, so daß sie ständig voll einsatzbereit sind. Der „zentrale Unterstützungsbereich“ wäre neben Heer, Marine und Luftwaffe eine vierte Teilstreitkraft geworden, in der die Logistik, d. h. der Nachschub, die Instandhaltung und das Sanitätswesen von Heer, Marine, Luftwaffe zusammengefaßt werden sollten.

Das alles soll jetzt ganz anders oder zumindest etwas anders werden. Was ist geschehen, daß der neue Minister nicht das Konzept des geschleuderten Vorgängers fortsetzt? Der „Bayernkurier“des Franz Josef Strauß ist der Meinung, daß die ganze Richtung nicht gestimmt hat. Da wären 100000 Mann nur damit beschäftigt, Nachschub zu karren, „obendrein auf im Kriegsfall untaugliche Weise.“ Die ganze Bundeswehr könnte überhaupt nur noch 10000 Mann Infanterie aufbieten, die abgesessen kämpfen.

Es gibt offenbar Streit in den Reihen der Bourgeoisie, Streit, der immerhin zum Sturz Lebers geführt hat, und Apel hielt es für nötig, den militärischen Hauptverantwortlichen für die „Heeresreform 4“, den General Wust, öffentlich eins auszuwischen und ihn der „Reformspielerei“ zu bezichtigen. Mit dieser „Spielerei“ aber wollten die Bourgeoispolitiker und ihre Militärs ihre Armee auf Vordermann bringen und sie mit der „Brigade 80“ für die Expansionsaufgaben des westdeutschen Imperialismus rüsten.

Schwierigkeiten hat es bis in die Offiziersreihen gegeben, gegen den „zentralen Unterstützungsbereich“ gab es heftigen Widerstand. Was oberflächlich wie eine kapitalistische Rationalisierung aussieht und deshalb der Finanzbourgeoisie auch eingeleuchtet hat, hat tatsächlich zu einer Verringerung der Kompetenzen und Führungsaufgaben der Kommandeure vom Bataillon an abwärts geführt und ihren Widerspruch herausgefordert. Denn wer nicht mehr den Nachschub kontrolliert, wer von den zentralen Planungen unter dem Mantel der „Entlastung“ ausgeschaltet wird, der *verliert* an Kompetenzen, was einer Degradierung gleichkommt.

Das entscheidende Problem mit der „Heeresreform 4“, aber keineswegs durch sie hervorgerufen, wie überhaupt mit der Kriegsführung der westdeutschen Bourgeoisie stellt sich für die Bourgeoisie als „Führungsproblem“ dar. Zentrales Thema der Klausur von Kommandeuren und Apel war deshalb auch die Erarbeitung von „allgemeinen Führungsgrundsätzen“. Die Bourgeoisie beklagt, daß insbesondere die Unteroffiziere und Gruppenführer wenig in der Lage seien, die Soldaten zum Einsatz für die „freiheitlich-demokratische Grundordnung und die damit verbundenen Lebensweise“ zu motivieren. Tatsächlich befinden sich die Unteroffiziere auch nicht in dieser Lage, sondern in ihrer übergroßen Mehrzahl in der Lage der einfachen Soldaten, die die Lage der Arbeiterklasse und der Volksmassen ist. Aus ihrer Reihe kommen die „radikalen Elemente“, mit denen die „Innere Führung“ nicht fertig wird. Es ist das „Element“ Arbeiterklasse, das der Bourgeoisie zunehmend zu schaffen macht. Wenn 36 Soldaten aus der Oldenburger Hindenburgkaserne an Kanzler Schmidt schreiben, daß sie nicht bereit sind, in Zimbabwe und gegen das palästinensische Volk zu intervenieren, daß sie überhaupt der Auffassung sind, der westdeutsche Imperialismus sei aggressiv und unterdrücke die Völker, dann ist das sehr wohl ein „schwieriges Führungsproblem“ für die Militärs und doch nur der zugespitzte Ausdruck davon, daß die wesentliche Grundlage der Disziplin in der imperialistischen Armee, der Kadavergehorsam, mitnichten durchgesetzt werden kann. Die „allgemeinen Führungsgrundsätze“ werden deshalb auch ungefähr so aussehen: „Gegen die Unterwanderung durch Mitglieder kommunistischer Kader oder durch verfassungsfeindliche Ideologen mit akademischen Graden ist enge Zusammenarbeit mit MAD und Verfassungsschutz und die Nutzung aller rechtlichen Möglichkeiten geboten; auch das ist Teil der Inneren Führung.“ (Kampftruppen 2/78)

Mit einem entscheidenden Problem werden die Führungsstäbe sowieso nie fertig: Die Widersprüche in der Armee sind Ausdruck der Widersprüche in der ganzen kapitalistischen Gesellschaft, die Spaltung von Offizieren und Mannschaften nur das Spiegelbild der Spaltung in Arbeiterklasse und Bourgeoisie. Je schärfer die Widersprüche zwischen den beiden Hauptklassen dieser Gesellschaft, desto schärfer auch die Widersprüche in der Armee. Das sieht die Finanzbourgeoisie sehr wohl. Man muß sich deshalb auf eine Verschärfung der Unterdrückung in der Armee gefaßt machen, die in schwülstige Worte von Einigkeit und Recht und Freiheit gekleidet sein wird. – (Z-Red.)

Erfolgreich gegen Zwangsabstellung für Bataillionsfest

Wesendorf. Am 14.4. wollte OTL Heeren, Kommandeur des PzGren Btl 11, mir nichts dir nichts acht Soldaten eine Dreiviertelstunde vor dem Wochenendausgang für das Bataillionsfest am Abend als Losverkäufer bestimmen. Bereits gut 60 Soldaten des PzGren Btl 11 waren seit mehreren Tagen als Ordonnanz etc. für diesen Popanz befohlen worden. Alles ab Unteroffiziersanwärter aufwärts war geladen und zum Erscheinen verpflichtet. Die acht Soldaten der 11 verweigerten geschlossen die Durchführung des Befehls, zogen sich nicht um und suchten gemeinsam den Spieß auf, dem sie klarmachten, daß sie sich nicht am Freitagmittag über den Haufen werfen lassen würden. Die Offiziere mußten mit Soldaten des „Festchors“ eine „Notlösung“ annehmen.

Sitzung des Beirats für den Zivildienst

Hamburg. Der Beirat für den Zivildienst, in dem Iven, Vertreter der Kirchen, des öffentlichen Dienstes und der ZDL sitzen, hat letzte Woche getagt. Dabei kam heraus, daß bisher 300 Disziplinarverfahren wegen des Streiks abgeschlossen sind mit Geldstrafen von 50 DM für ZDL, die Notdienst gemacht hatten, und 150 DM für Rädelsführer. Einige Verfahren sind eingestellt bzw. mit Verwarnungen abgeschlossen worden.

Geheimes Manöver britischer Truppen

Oldenburg. Die britischen Besatzungstruppen übten in ihrem Manöver „Flying Falcon“, das bis zum 28. April lief, an dem ca. 4000 Soldaten beteiligt waren und das sich auf den gesamten norddeutschen Raum erstreckte, offensichtlich, wie sie sich mit großen militärischen Verbänden bewegen können, ohne entdeckt zu werden. Unkenntnis der Gegend behindert dies. In Wildenloh, dem Moor bei Oldenburg, blieben zwei Transportwagen der Fernmeldetruppe des 1. Hauptquartiers in Bielefeld im Moor stecken, ebenso ein Kranwagen, der sie bergen sollte. Erst durch Beteiligung von Bundeswehr-Pionier-Einheiten konnten die Fahrzeuge in einer 14stündigen Bergungsaktion eingeholt werden. Während der zuständige Revierförster sehr empört darüber war, daß ihm die Übung nicht angekündigt worden war, und mitteilte, der Schaden betrage mit Sicherheit 10000 DM, bezeichnete der Sprecher des Regierungspräsidiums, Sommer, die Angelegenheit als Lappalie. Das Regierungspräsidium war als einziges informiert von der Übung. Der Sprecher der 11. PzGrenDiv., Major Urban Ingenerf: „Mir ist von einer Übung nichts bekannt. Wenn die Panzer nicht steckengeblieben wären, hätte niemand von dieser Übung etwas bemerkt.“

Kranwagen, der sie bergen sollte. Erst durch Beteiligung von Bundeswehr-Pionier-Einheiten konnten die Fahrzeuge in einer 14stündigen Bergungsaktion eingeholt werden. Während der zuständige Revierförster sehr empört darüber war, daß ihm die Übung nicht angekündigt worden war, und mitteilte, der Schaden betrage mit Sicherheit 10000 DM, bezeichnete der Sprecher des Regierungspräsidiums, Sommer, die Angelegenheit als Lappalie. Das Regierungspräsidium war als einziges informiert von der Übung. Der Sprecher der 11. PzGrenDiv., Major Urban Ingenerf: „Mir ist von einer Übung nichts bekannt. Wenn die Panzer nicht steckengeblieben wären, hätte niemand von dieser Übung etwas bemerkt.“

Bauern setzen sich gegen Kompaniechef durch

Schwarzenborn. Beim Truppenübungsplatzaufenthalt in Schwarzenborn mußten Soldaten außerhalb des Militärgeländes Darstellungsmunition zünden. Ein Bauer, der auf dem Feld arbeitete, beschwerte sich, weil seine Pferde bei dem Lärm scheuten. Er hatte für die Schäden, die beim letzten Manöver angerichtet wurden, noch keinen Pfennig gesehen. Mehrere Bauern kamen hinzu. Eilig kam der Kompaniechef herbei und sagte: „Ich werde das schon regeln.“ Die Bauern erteilten ihm aber eine Abfuhr. Sie setzten durch, daß, solange auf dem Feld gearbeitet wird, nicht geschossen werden darf.

Imperialistisches Kräftemessen

„Die Sowjets haben keine Verwendung für eine Neutronenwaffe. Das Angebot Breschnews, auf die Produktion der Neutronenwaffe zu verzichten, ist somit für den europäischen Schauplatz ohne Bedeutung, und er ist sich dessen sehr wohl bewußt“, würdigte Carter das von Leonid Breschnew auf der 18. Tagung des Komsomol unterbreitete „Angebot“, die UdSSR würden solange auf den Bau der Neutronenwaffe verzichten wie es die USA daß die Produktionsaufnahme der Neutronenwaffe davon abhänge, inwieweit sich die Sowjetunion in ihren Rüstungsprogrammen bei den konventionellen und den gegen Europa gerichteten nuklearen Streitkräften sowie bei den Streitkräftedislozierungen Zurückhaltung auferlegt, die die Sicherheit der NATO berühren.

Diese „positive Reaktion“ hat die sozialimperialistische Supermacht selbstverständlich nicht gezeigt. Bre- Panzerstärke auszugleichen. Breschnew entgegnete hierauf in seiner Rede vor dem Komsomol: „Anders als die NATO-Staaten haben wir unsere Streitkräfte in Mitteleuropa nicht vergrößert und haben auch nicht die Absicht. Ich möchte das besonders emphatisch hervorheben. Wir planen nicht, sie auch nur um einen Soldaten oder einen Panzer zu verstärken. Und wir fordern die westlichen Staaten auf, diesem ersprießlichen Beispiel zu fol- nach Absprache mit den NATO-Verbündeten in Serienproduktion gehen soll. 30000 Stück sollen aufs erste produziert werden. Sie besteht aus einer nichtatomaren Rakete mit 30 km Reichweite und kann von Lastwagen oder gepanzerten Fahrzeugen abgeschossen werden.

Keine der Supermächte ist bereit, auch nur einen Fußbreit Konzessionen zu machen. Von den „zu 90 Prozent abgeschlossenen SALT-Verhandlun-

Imperialistisches Kräftemessen

„Die Sowjets haben keine Verwendung für eine Neutronenwaffe. Das Angebot Breschnews, auf die Produktion der Neutronenwaffe zu verzichten, ist somit für den europäischen Schauplatz ohne Bedeutung, und er ist sich dessen sehr wohl bewußt“, würdigte Carter das von Leonid Breschnew auf der 18. Tagung des Komsomol unterbreitete „Angebot“, die UdSSR würden solange auf den Bau der Neutronenwaffe verzichten wie es die USA auch tun. Der stellvertretende sowjetische Botschafter in Washington erwiderte postwendend, Carter hätte gut daran getan, das Angebot Breschnews nicht voreilig zurückzuweisen.

Kühl treffen die beiden Supermächte ihre Kriegsvorbereitungen für den „europäischen Schauplatz“. Um der sowjetischen Panzerüberlegenheit begegnen zu können, haben die US-Imperialisten die Neutronenwaffe entwickeln lassen. Sie sitzen in Westeuropa, sie kalkulieren mit ein, ganze Landstriche für Jahrzehnte dem Erdboden gleichzumachen, wenn sie so die vormarschierenden sowjetischen Panzerverbände vernichten können. Anders die sozialimperialistische Supermacht. Sie muß einen Angriffskrieg auf Westdeutschland und Westeuropa führen. Welches Interesse soll sie an der Produktion einer Waffe haben, die das Land dem Erdboden gleichmacht? Sie will das Land so wie es ist, um ihre Ausbeuterherrschaft auszudehnen. Entsprechend baut sie ihre konventionellen Truppen und nukleartaktischen Waffenarsenale aus. In den „Bruderländern“ hat sie 31 Divisionen, davon mehr als die Hälfte Panzerdivisionen, stationiert. Allein 20 Divisionen stehen in der DDR. Im Laufe des letzten Jahres hat die UdSSR allein 120 SS-20-Mittelstreckenraketen in Richtung auf Westeuropa stationiert, das Langstreckenangriffsflugzeug Backfire wurde ebenfalls in Richtung Westeuropa in Stellung gebracht. „Mit einer Reichweite von bis zu 3000 Kilometern kann diese Maschine westliche Schiffe im Atlantik, im Mittelmeer und an Europas Küsten oder Ziele auf dem Kontinent mit nuklearen Flugkörperwaffen angreifen.“ (Die Zeit, 21.4.78) Entsprechend bekräftigte Carter die Forderung an die Sowjetunion, sie solle eine Reduzierung ihrer Panzerstreitkräfte oder ihres Raketenpotentials vornehmen. Das hatte er bereits in seiner einseitigen Erklärung über den Produktionsaufschub der Neutronenwaffe zur Bedingung erhoben, das hatte er sich auch von seinen NATO-Verbündeten ausdrücklich schriftlich bestätigen lassen. Im Abschlußkommuniqué der Nuklearen Planungsgruppe der NATO, die am 18. und 19.4. in Dänemark tagte, unterstrichen die NATO-Verteidigungsminister, daß die Produktionsaufnahme der Neutronenwaffe davon abhänge, inwieweit sich die Sowjetunion in ihren Rüstungsprogrammen bei den konventionellen und den gegen Europa gerichteten nuklearen Streitkräften sowie bei den Streitkräftedislozierungen Zurückhaltung auferlegt, die die Sicherheit der NATO berühren.

Diese „positive Reaktion“ hat die sozialimperialistische Supermacht selbstverständlich nicht gezeigt. Breschnew betonte, daß sein Angebot über die Nichtproduktion der Neutronenwaffe die äußerste Konzession sei. Die US-Imperialisten und ihre Verbündeten sind der sozialimperialistischen Macht in der Stationierung konventioneller Truppen weit unterlegen. Wie sie auf der NATO-Tagung die Notwendigkeit der Steigerung der konventionellen Abwehrkraft gegen die Panzer und Flugzeuge der UdSSR herausstrichen, forderten sie auf der gleichzeitig in Wien stattfindenden Konferenz über beiderseitigen Truppenabbau in Mitteleuropa die UdSSR auf, Truppenreduzierungen vorzunehmen, um die Mannschafts- und Panzerstärke auszugleichen. Breschnew entgegnete hierauf in seiner Rede vor dem Komsomol: „Anders als die NATO-Staaten haben wir unsere Streitkräfte in Mitteleuropa nicht vergrößert und haben auch nicht die Absicht. Ich möchte das besonders emphatisch hervorheben. Wir planen nicht, sie auch nur um einen Soldaten oder einen Panzer zu verstärken. Und wir fordern die westlichen Staaten auf, diesem ersprießlichen Beispiel zu folgen.“

Die sozialimperialistische Macht geht zielstrebig daran, die quantitative Überlegenheit ihrer Truppen in Europa qualitativ abzurunden. Gegenwärtig werden die in den „Bruderländern“ stationierten Panzerdivisionen mit den neuartigen Panzern T 72 ausgerüstet.

Die US-Imperialisten beeilen sich, ihren Rückstand wettzumachen. Neben der Erhöhung ihrer Truppenkontingente in Europa, der Weiterentwicklung ihrer strategischen Waffen und der bevorstehenden Produktion der Neutronenwaffe testen sie derzeit eine neue Panzerabwehrwaffe, die nach Absprache mit den NATO-Verbündeten in Serienproduktion gehen soll. 30000 Stück sollen aufs erste produziert werden. Sie besteht aus einer nichtatomaren Rakete mit 30 km Reichweite und kann von Lastwagen oder gepanzerten Fahrzeugen abgeschossen werden.

Keine der Supermächte ist bereit, auch nur einen Fußbreit Konzessionen zu machen. Von den „zu 90 Prozent abgeschlossenen SALT-Verhandlungen“ kehrte der US-Außenminister Vance aus Moskau zurück, ohne einen „entscheidenden Durchbruch“ erzielt zu haben. Die US-Imperialisten hatten von der UdSSR den Verzicht auf die Stationierung des Backfire-Bombers im Anflugbereich der USA und dessen Begrenzung gefordert, die Sozialimperialisten forderten von den USA den Verzicht auf die Weitergabe von Waffentechnologien an die NATO-Verbündeten und die Begrenzung des Marschflugkörpers Cruise Missile. Beide Staaten trennten sich und betonten, daß ihre Standpunkte für die weiteren Diskussionen unveränderlich seien. – (Z-Red.)

Fischer wehren sich gegen Nato-Manöver

600 DM Entschädigung pro Tag und Schiff gefordert

„Wir werden nach dem Minensuchmanöver ‚Blue Harrier‘ kaum noch Fische in der Ostsee haben“, sagen die Kutterfischer an der Ostseeküste. Vom 25. April bis zum 10. Mai führt die NATO dieses Manöver mit 2000 Soldaten, Minensuchgeschwadern, Minenjagdbooten, mit Versorger- und Hilfsschiffen sowie Luftstreitkräften der Bundesmarine durch. Beteiligt sind Dänemark, Westdeutschland, Norwegen, England, Holland und Belgien sowie der „ständige Einsatzverband Ärmelkanal“ der NATO. Das Manöver findet in der fangintensivsten Zeit statt. Fehmarns Fischer haben angekündigt, daß sie trotzdem ausfahren, wenn sie keine Entschädigung für die Fangausfälle erhalten. Die Fischer fordern 600 DM Entschädigung pro Tag und Schiff für die Fangausfallzeit.

„Die Manöverschäden auf dem Land kann man ja sehen, wenn die wie die Wilden durch die frischbestellten Äcker fahren. Auf dem Wasser kriegt das eben nicht jeder mit“, berichtet uns ein Fischer, „dabei sieht es da nicht anders aus. Die ballern wie die Verrückten im Wasser rum, lassen Öl und allen Dreck in den Fanggebieten ab. Das zahlt uns dann keiner, wenn wir nach den Manövern nur halbe Fische aus dem Wasser ziehen.“

„Fischer werden entschädigt“, schreiben die „Kieler Nachrichten“ am letzten Donnerstag. Das ist auch nur ein weiteres Manöver und die „Entschädiger“ spielen sich die Bälle zu: Im Marinestützpunkt Olperitz soll es angeblich Bereitschaft geben, die Entschädigung pauschal zu zahlen, aber das Verteidigungsministerium habe „leider“ festgelegt, daß wenn überhaupt dann nur im Einzelfall nach ausführlicher Überprüfung gezahlt werden darf.

Die Manöver der NATO-Flotten treiben den Existenzkampf der Ostseefischer auf die Spitze – 1968 fuhren noch 1135 Kutter auf der Ostsee, 1974 sind es gerade noch 796. Die Löhne der Fischereibeschäftigten sind die niedrigsten in Schleswig-Holstein, der durchschnittlicher Bruttoverdienst ist 7,64 DM in der Stunde. In der Saison arbeiten die Fischer 15 Stunden und länger. Bei den männlichen Arbeitskräften wird ein Jahresüberstundendurchschnitt pro Woche von 9,2 Überstunden angegeben.

Die großen Monopole und die völlig verdreckte westliche Ostsee haben die Fischer immer weiter in die östliche Ostsee getrieben. Daß dabei Hoheitsgewässer anderer Staaten verletzt werden, ist für die Fischer eine bittere Erfahrung, für die europäischen Imperialisten ein gewünschtes Ergebnis. Zur Not kann solch ein Fall auch einen passenden Interventions- und Invasionsgrund abgeben. Es gibt keine bürgerliche Zeitung, die nicht in chauvinistischer Weise gegen die Inhaftierung eines Ostseefischers in Polen gehetzt hätte.

Jetzt visiert die EG die Ausdehnung der Hoheitsgewässer an. Die nationalen Polizeibefugnisse sollen von drei auf zwölf Seemeilen ausgedehnt werden. Das soll aber lediglich für das „EG-Meer“ gelten. Auf der Seerechtskonferenz der UNO 1976 haben sich die Imperialisten wie die Sozialimperialisten mit Händen und Füßen gegen die Forderung der Länder der Dritten Welt zur Wehr gesetzt, die die Dreimeilenzone für ihre Sicherheit auf zwölf Meilen ausgedehnt wissen wollen. Dabei würden jedoch 100 wichtige Meerengen aus der „Freiheit“ der Meere, die sich die Imperialisten nehmen, herausfallen. Die USA und die Sozialimperialisten bestehen auf freier Durchfahrt für ihre Kriegsschiffe. Der EG-Vorschlag hätte die Folge, daß Marineeinheiten der Sozialimperialisten nicht mehr durch den Sund fahren dürften. Die EG-Kommission meint, das würde zweifellos das „Ost-West-Verhältnis“ beeinflussen.

Das paßt alles in die Planung der westdeutschen Imperialisten „Handelsschiffahrt im Verteidigungsfall“. Täglich befinden sich zahlreiche Fischereifahrzeuge in See, oft arbeiten sie in weit abgelegenen Fanggründen. Hauptaufgabe ist es hier zunächst, sie möglichst noch vor Ausbruch des Krieges in Sicherheit zu bringen. Außerdem eignen sich die robusten Fahrzeuge für zahlreiche andere Verwendungszwecke, nicht zuletzt im militärischen Bereich. Der Inspekteur der Marine Luther zu diesem Thema: „Dabei verlangt das Prinzip der Vorneverteidigung, daß die Abwehr von Angriffen gegen die eigenen Küsten und die Ostseezugänge bereits in den vorgelagerten Seegebieten einsetzt.“ Amphibische Fahrzeuge hat die Marine im letzten Jahr und im Februar 1978 von Wilhelmshaven nach Kiel verlegen lassen. Die Vorneverteidigung soll wohl an einer Landpartie an fremder Küste enden.

Ob sich die Ostseefischer dafür gewinnen lassen? „Wir haben bisher keine verbindliche Zusage vom Bund. Solange bleibt klar, daß wir unserer Forderung auf Entschädigung Nachdruck verleihen. Der Bund hat angedeutet, daß er nur ganz bestimmten Kollegen Ausgleichszahlungen geben will. Da sind wir gegen: Entweder kriegen alle ihr Geld, oder die können ihre Manöver woanders machen“, formulierte ein Fischer in Heiligenhafen die Entschlossenheit der kleinen und mittleren Fischer der Ostsee, ihre Interessen zu verteidigen. – (N-Red.)

Österreich: Kampf der slowenischen Minderheit

Vergangene Woche mußte Bundespräsident Kirchschläger Gerichtsverfahren gegen mehrere Angehörige der slowenischen nationalen Minderheit einstellen. Diese hatten November '76 bei der „Minderheitenfeststellung" der Staatsmacht zwecks verstärkter Unterdrückung der nationalen Minderheit in einem Ort die Urnen abgeholt und die Stimmzettel verbrannt. Am 22.4. hatte er an einer Gedenkfeier für dreizehn 1943 standrechtlich erschossene slowenische Partisanenkämpfer teilnehmen müssen, zu der die beiden slowenischen Zentralorganisationen aufgerufen hatten. An ihr nahmen in Wien einige Hundert teil, die Sprecher der slowenischen Organisationen forderten Kirchschläger gegenüber die sofortige Einstellung aller Gerichtsverfahren. Kirchschlägers Maßnahmen sind Reaktion auf den weiter erstarkenden Kampf der nationalen Minderheit und dessen Unterstützung durch die Volksmassen. Er richtet sich gegen die reaktionäre Gesetzgebung der imperialistischen Bourgeoisie, die der nationalen Minderheit demokratische Rechte wie zweisprachigen Unterricht verweigert und auf ihre Auslöschung aus ist. Die Prozeßwelle mit Anklagen wegen Aktionen, bei denen die Ortstafeln in Kärnten zweisprachig beschriftet wurden, wegen Körperverletzung von Polizisten etc. trifft auf entschiedenen Widerstand. Beim kürzlichen Prozeß in Linz wurde das Gerichtsgebäude mit den Parolen „Freispruch für Stefan Petjak; Alle Rechte den Slowenen!" bemalt, in der Verhandlung entsprechende Transparente entrollt und Parolen gerufen. Am 16.4. führte der slowenische Kulturverband in Klagenfurt/Celovec ein Kulturfest mit über 1 500 Teilnehmern durch.

Imperialisten provozieren faschistische Umtriebe in der Türkei

Ministerpräsident Ecevit hat die Imperialisten, vor allem die USA, beschuldigt, durch Provokation von reaktionären Umtrieben die Politik der „Allende-Falle" auch in der Türkei zur Anwendung bringen zu wollen. In der osttürkischen Stadt Malatya kam es zu heftigen Kämpfen der Volksmassen gegen faschistische Banden, nachdem der Bürgermeister, Mitglied der Nationalen Aktionspartei des reaktionären Oberst Türkesch, durch einen Bombenanschlag getötet worden war. An den Universitäten kämpfen linke Studenten hartnäckig gegen Überfälle der faschistischen Jugendorganisation „Graue Wölfe". Die angespannte wirtschaftliche Lage der Türkei, ihre große strategische Bedeutung für die Beherrschung des Mittelmeerraumes, die Verhandlungen zwischen Griechenland und der Türkei über die Zypern-Frage wie auch die wachsende Gegnerschaft der türkischen Volksmassen gegen den US-Imperialismus und die NATO haben beide Supermächte auf den Plan gerufen und ihre Versuche, sich Einflußmöglichkeiten zu sichern, verstärkt. Die US-Imperialisten verlangen von der Türkei eine harte Haltung in den Verhandlungen mit Griechenland und Zypern, ehe sie ihr Waffenembargo aufheben wollen; die Sozialimperialisten bedern sich an und wollen die „militärische Zusammenarbeit" mit der Türkei verstärken.

Die Fischereiflotte der UdSSR – Ein gigantisches Projekt

Im April wurde zwischen der sozialimperialistischen Supermacht und Jamaica ein Vertrag abgeschlossen, nach dem „beide Länder in ihren gegenseitigen Gewässern fischen können, ihre Schiffen in ihren gegenseitigen Häfen Vorzugsbehandlung einräumen und bei Notfällen vor der jamaikanischen und sowjetischen Küste gleich behandelt werden." (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 20.4.) Die formelle Gleichheit ist zynischer Lug und Trug, denn während die Supermacht über eine große Hochseefischereiflotte kommandiert, verfügt Jamaica über eine Küstenfangflotte. Solche ungleichen Verträge setzt die Supermacht mit Kanonenbootpolitik und wirtschaftlicher Erpressung durch. In der Karibik treiben sich sowjetische Flottenverbände herum. Gegenüber Neuseeland, das am 1. April seine Fischereizone auf 200 Seemeilen ausgedehnt hatte, haben sich die Sozialimperialisten das Fischereirecht in dieser Zone erpresst. Neuseeland ist vom Export von landwirtschaftlichen Produkten abhängig und dieser ist rückläufig. Als „Gegenleistung" für das Recht, in der 200-Meilenzone auf Fischjagd zu gehen, haben sie Neuseeland die Abnahme von Hammelfleisch zu einem niedrigen Preis angeboten.

Mit solchen Methoden hat sich die UdSSR im Jahr 1977 erstmals an die Spitze der imperialistischen Fischräuber katapultiert und den schärfsten Konkurrenten, Japan, überrundet. Möglich ist das durch den rasanten Ausbau der Fischereiflotte geworden. Bereits im Zeitraum des neunten Fünfjahresplanes (1971 – 1975) wurde die Flotte um 800 große Fangschiffe erweitert. Im Zeitraum 1976 – 1980 werden 5,1 Mrd. Rubel in die Fischwirtschaft investiert, davon alleine 2,9 Mrd. Rubel in die Erneuerung und Erweiterung der Flotte. Auch dabei kommt die Supermacht auf ihre Kosten: ein großer Teil der Fischereischiffe muß von Polen und der DDR geliefert werden. Mit 18 000 Motorschiffen, wovon 3800 mittlere und große Schiffe mit über 100 BRT sind, und einer Gesamttonnage von über 3,2 Mio. BRT stellt die sowjetische Fischereiflotte ihre imperialistischen Konkurrenten weit in den Schatten.

Die Gesamttonnage Japans beträgt 1,0 Mio BRT, die der USA-Imperialisten 414 000 BRT, die der BRD 141 000 BRT. In der DDR-Zeitschrift „Seewirtschaft" läßt die Supermacht ihren imperialen Anspruch verkünden: „Die größte Fischereiflotte der Welt, die in zahlreichen Häfen stationiert ist, befischt Fangplätze auf allen Weltmeeren und den sowjetischen Binnengewässern."

Das Ministerium für Fischindustrie der UdSSR ist für den Kampf um Höchstprofit, Ausschaltung der imperialistischen Konkurrenz und Weltherrschaft entsprechend gegliedert. So umfaßt das Generaldirektorat Nord neben den sowjetischen Küstengewässern die Gebiete „Norwegische Küste, USA-Schelf und Westafrika"; das Generaldirektorat Ferner Osten „Ferner Osten und Pazifik." („Seewirtschaft 1o/77) Die Devise ist „*überall alles unter Einhaltung der internationalen Verträge zu fangen*". Damit ist der Auftrag der sowjetischen Hochseefischerei treffend charakterisiert: *weltweit* die Fischbestände der Meere *vollständig* auszurauben.

Dazu hat sich die UdSSR im Bereich der Mutter-, Versorgungs- und Fischereitransportschiffe mit über 100 BRT die Monopolstellung geschaffen: von 728 solcher Schiffstypen auf der Welt verfügt sie allein im Jahr 1976 über 547. Damit der Raubflotte auch wirklich kein Fisch entgeht, werden Fangtechniken- und methoden wie Tiefseefischfang, Flottillenfischfang, Radarortung der Fischschwärme, Elektrofangnetze in großem Maßstab angewandt. Achtzig Prozent des Fangs werden bereits an Bord zu Rohfisch, Gefrierfisch, Konserven und Fischmehl verarbeitet. 1977 wurde mit der „Kronid Korenow" eine „schwimmende Fischkonservenfabrik" in Dienst gestellt.

Mit der Einführung der 200-Meilenzone durch zahlreiche Länder der Dritten Welt werden aber der imperialistischen Ausplünderung Schranken gezogen. Aus den Fangebieten der mittel- und südamerikanischen Westküste, dem Golf von Bengalen sowie den westlichen Küsten Indonesiens und Australiens mußten sich die Sozialimperialisten ganz zurückziehen. Entsprechend verschärft sich der Konkurrenzkampf mit den anderen imperialistischen Mächten auf der Hochsee:

„Im Zentralpazifik sollen die letzten unerschlossenen Fischereigründe auf hoher See liegen, an deren Ausnutzung sowohl die sowjetische, als auch die japanische Fischerei interessiert ist. Allerdings ist die Fischerei in diesem Gebiet mit einer Reihe von Nachteilen verbunden, da die Lage im Pazifik eine relativ große Fangflotte erfordert, wenn der Fang erfolgversprechend sein soll." („Seewirtschaft", 7/77) – (Z-Red.)



Der Supertrawler „Aukshtaitiya" aus der Fischereiflotte der UdSSR. Sie ist eine Vielzweckwaffe der sozialimperialistischen Supermacht: mit diesem Trawler unternahmen sowjetische und DDR-Wissenschaftler vom 1. bis 14. April 76 eine „gemeinsame Forschungsreise", um neue „Fanggeschirre zu erproben." „Soweit es uns die Zeit erlaubte, wurde zwischen den Versuchshols Produktionsfischerei betrieben." Ort der Übung war die Irische See, also im Bereich der Nordatlantikverbindungslinien des US-Imperialismus mit seinen europäischen Verbündeten.

200-Meilen-Zone aus Sicht der UdSSR

Die sozialimperialistische Supermacht ist bekannt als erbitterter Feind des Kampfes der Länder der Dritten Welt für eine 200-Meilen-Zone zum Schutz vor der Ausplünderung ihrer Meeresressourcen. Für sich selbst hat sie frühzeitig Vorsorge getroffen:

„Im Dezember 1976 wurde der Erlaß des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR ‚Über zeitweilige Maßnahmen zur Erhaltung der Fischbestände und zur Regelung des Fischfangs in den küstennahen Meereszonen der UdSSR' veröffentlicht. Dieser Erlaß war die Antwort darauf, daß einige Staaten einseitig 200-Meilen-Wirtschafts- oder Fischfangzonen vor ihren Küsten festgelegt hatten ... Früher schon hatten Entwicklungsländer Lateinamerikas, Afrikas und Asiens ähnliche Schritte unternommen. Derartige Maßnahmen wirken sich negativ auf die sowjetischen Interessen aus. Sie beeinträchtigen den legitimen und traditionellen Fischfang der Sowjetunion und anderer Staaten in bestimmten Hochseezonen und machen als Reaktion eigene Schutzmaßnahmen erforderlich."

Daß die Länder der Dritten Welt den „traditionellen Fischfang" der neuen Zaren durchkreuzen, macht sie rasend:

„Einige Staaten vcrhehlen bei der Festsetzung von Zonen nicht einmal ihre Absicht, ausländische Fischer – selbst dann, wenn sie selbst nicht alle Ressourcen ausschöpfen – am Fang zu hindern. Die zur Durchsetzung ihrer Maßnahmen gegen ausländische Fischer angewendeten Mittel sind oft recht hart."

Nachdem die Sozialimperialisten die Erfahrung machen mußten, daß ihre Fischfangflotte aufgebracht wird, wollen sie mit Verträgen „auf der Basis der Gleichberechtigung und des gegenseitigen Vorteils" die Länder der Dritten Welt dazu bringen, sich freiwillig ihrer Fischbestände berauben zu lassen. Sie schlagen vor,

„...daß ein Küstenstaat durch Abkommen und andere Maßnahmen anderen Staaten den Zutritt zu nicht genutzten Ressourcen einräumt, wenn er selbst nicht alle Fangmöglichkeiten ausschöpfen kann."

Vor der Küste der UdSSR darf nach dem oben angeführten Erlaß von den vertragsschließenden Partnern auch gefischt werden:

„Alljährlich sollen verbindliche Fischfangquoten bestimmt und ein Teil für ausländische Fischer freigegeben werden, wenn die Gesamtfischfangquote einer Fischart die eigenen Verwendungsmöglichkeiten übersteigt."

Abgesehen davon, daß die Sozialimperialisten keine Sorge haben, nicht genügend Verwendungsmöglichkeiten zu haben, schließen sie derartige Verträge mit Ländern, die so kleine Fischerboote haben, daß sie noch nicht mal bis vor die Küste der UdSSR kommen. Mit derartig ungleichen Verträgen will die UdSSR die 200-Meilen-Zone der Länder der Dritten Welt unterlaufen und sie kündigt an, daß sie noch lange nicht Ruhe gibt:

„Die Sowjetunion wird auch in Zukunft, wie es in diesem Erlaß heißt, für die Regelung aller akuten Probleme im Bereich der Weltmeere auf internationaler Grundlage eintreten."

(alle Zitate aus: Sowjetunion heute 7/77, „Aus Moskauer Sicht: 200-Meilen Zone der UdSSR zum Schutz der Fischbestände")

Afrikanische Staaten festigen Aufbau des Informationswesens

Auf der am 25.4. in Stockholm eröffneten Vorbereitungskonferenz der UNESCO-Vollversammlung im November über die Neuordnung des Nachrichtenwesens griff der Vertreter der Panafrikanischen Nachrichtenagentur (PAFNA), der Generaldirektor der libyschen Nachrichtenagentur JANA, Said Mujiber, das Informationsmonopol der Imperialisten an als „die Freiheit, Nachrichten über jede Regierung der Dritten Welt zu verzerren, die Anordnungen der Großmächte nicht befolgt ... Eine Pressefreiheit zu den Bedingungen der großen Industrieländer können die Länder der Dritten Welt ebensowenig akzeptieren wie eine Demokratie auf solcher Basis ... Wir sind nicht bereit, mit den westlichen Agenturen zusammenzuarbeiten, wenn sie nur über Elend und Korruption bei uns berichten und die Aufbauerfolge verschweigen ... Worum es jetzt geht, das ist die Frage, ob die Presse der Dritten Welt ihre Aufgabe erfüllen wird, indem sie die durch die koloniale Vergangenheit ererbten Vorurteile überwinden kann." Die nigerianische Nachrichtenagentur, die am 1. Oktober die Arbeit aufnehmen will, richtete Mitte April in allen Bundeshauptstädten Regionalbüros ein. Der nigerianische Informationsminister Letou erklärte: „Ein uneingeschränkter Nachrichten- und Informationsfluß ist absolut erforderlich, um die Barrieren der Ignoranz, Voreingenommenheit und Kirchturmpolitik niederzureißen, die dieses Volk belastet haben", und betonte, daß Nigeria innerhalb der PAFNA und des Nachrichtenpools der Dritten Welt eine aktive Rolle einnehmen wird. Am 11.4. fand in Mozambique die erste nationale Informationskonferenz statt, auf der die unmittelbaren Aufgaben der nationalen Journalistenunion festgelegt wurden. Jorge Rebelo, Sekretär des Zentralkomitees für ideologische Parteiarbeit der FRELIMO, hob die Bedeutung dieser Konferenz im Zusammenhang mit der Stärkung der demokratischen Macht des Volkes hervor.

Die EG will Jugoslawien Daumenschrauben anlegen

„Die Lücke im Export Jugoslawiens wächst", frohlockt das „Handelsblatt" und wittert gute Bedingungen zur Erpressung des Landes. Als „günstig" bezeichnet dieses Blatt der Finanzbourgeoisie, daß das Handelsbilanzdefizit Jugoslawiens sich 1977 auf knapp 9,3 Mrd. DM erhöhte. 60 Prozent davon, das sind über 5 Mrd. DM, entfallen auf die EG, wobei der BRD-Imperialismus mit 3 Mrd. DM an der Spitze der Ausbeuter der jugoslawischen Arbeiterklasse steht.

Gegen den Versuch der Imperialisten, Jugoslawien zu ihrem vorgeschobenen Stützpunkt auf dem Balkan gegen die sozialimperialistische Supermacht zu machen, kämpfen die jugoslawischen Volksmassen. Die jugoslawische Regierung hat 1976 folgende Maßnahmen verstärkt betrieben: stärkere Nutzung der einheimischen Ressourcen, Drosselung des Imports um 2,5 Mrd. DM, weiterer Ausbau der Handelsbeziehungen mit den blockfreien Ländern, der Dritten Welt. Aufgrund dessen konnte sie im Dezember 1976 die EG-Imperialisten zur Unterzeichnung der „Belgrader Erklärung" zwingen, in der es in der Präambel heißt: „Erweiterung und Vertiefung der Zusammenarbeit bei voller Respektierung der Position Jugoslawiens als eines blockfreien, europäischen und Mittelmeerstaates sowie als eines Mitgliedes der 77-er Gruppe der Entwicklungsländer, verstärkte Zusammenarbeit auf langfristiger Grundlage, Anregung der jugoslawischen Exporte für den EG-Markt sowie für Drittländer." (Tanjug-Bulletin)

Die strategische Position Jugoslawiens an Adria und Mittelmeer, das Interesse an der verstärkten Ausbeutung der jugoslawischen Arbeiterklasse, der Lieferung von billigen Arbeitskräften zur Senkung des Lohnstandards in der EG ließ die EG-Imperialisten nicht ruhen. Bereits 1977 brachen sie die Belgrader Erklärung und den bestehenden Handelsvertrag, indem sie einseitig protektionistische Maßnahmen einleiteten. Bei Lizenzverträgen setzten sie in den meisten Fällen praktisch das Verbot für Jugoslawien durch, die produzierten Waren selber zu exportieren. Jeder Schritt zur Erlangung der Selbständigkeit wurde dadurch sabotiert, daß die jugoslawischen Unternehmen v.a. Aufträge für die Herstellung einfacher Elemente von untergeordneter Bedeutung bekamen und Jugoslawien zum Zuliefererland degradiert werden sollte. Die EG-Imperialisten erließen Einfuhrbeschränkungen, selbst Einfuhrverbote auf Rindfleisch und andere landwirtschaftliche Erzeugnisse. Dadurch ging die Ausfuhr Jugoslawiens an landwirtschaftlichen Erzeugnissen drastisch von 30% (1973) auf 19% (1977) zurück, bei Rindfleisch sogar von 45% auf 10%. Weiter drückten die EG-Imperialisten bei nichteisenhaltigem Metall, Nutzholz und anderen Holzprodukten zeitweilig die Rohmaterialpreise soweit, daß sie unter den Produktionskosten lagen.

Das bisherige Handelsabkommen läuft am 31. August ab. Bereits im März 1977 traf sich eine gemischte Kommission, um Vorschläge für ein neues Abkommen auszuarbeiten. Danach wurden die Verhandlungen von den EG-Imperialisten weiter hinausgezögert, im Februar dieses Jahres wieder aufgenommen, und werden jetzt erneut verschleppt, um ungünstige Bedingungen gegen Jugoslawien durchzusetzen.

Die jugoslawischen Forderungen für ein neues Abkommen sind u.a.: – gleichberechtigte Behandlung, Anerkennung als „sozialistisches selbstverwaltetes, blockfreies. mediterranes und Entwicklungsland"; – „Vergünstigungen für einzelne Ausfuhrsektoren und -erzeugnisse"; – „Mechanismen" zur Sicherstellung einer ausgeglicheneren Handelsbilanz, die dann in Kraft treten, wenn die Deckung der Einfuhr durch die Ausfuhr unter die gegenseitig vereinbarte Grenze fällt.

„Das neue Abkommen zwischen Jugoslawien und der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, das nicht einmal ein Minimum für den jugoslawischen Export im landwirtschaftlichen Bereich sichern würde, ist für Jugoslawien unannehmbar." (Tanjug) Die EG-Kommission versucht sich mit Betrügertricks zu behelfen und beschränkt das Verhandlungsmandat der EG-Delegation, um die Debatte bestimmter Punkte von vornherein zu unterdrücken. So die Forderung Jugoslawiens nach gemeinsamer Finanzierung von projektgebundenen Verträgen, z.B. zur Steigerung der Maisproduktion, wobei der Überschuß auch in Drittländer exportiert werden darf. Die EG-Imperialisten wollen nur solche Kredite gewähren, bei denen sie selbst entscheiden können, wo sie ihr Kapital investieren.

Zur Zeit sind nach jugoslawischen Angaben in den EG-Ländern 500 000 jugoslawische Arbeiter zusammen mit 260 000 Familienmitgliedern in den EG-Ländern beschäftigt, eingestuft in den untersten Lohngruppen und ohne jegliche politische Rechte. Die EG-Imperialisten weigern sich, über die soziale Lage und politischen Rechte der jugoslawischen Arbeiter, die von ihnen ausgebeutet und unterdrückt werden, zu verhandeln. Die jugoslawische Regierung fordert für das neue Abkommen „den Schutz der Rechte der jugoslawischen Arbeiter vor allem in Bezug auf Arbeitsbedingungen und Verdienst, gleiche Behandlung und gleiche Rechte, gemäß der gültigen Gesetzgebung der betreffenden Länder."

Der Zwang zum Nahrungsmittelimport war lange eine starke Fessel der Imperialisten gegenüber der Republik Jugoslawien und ihnen gleichzeitig Mittel, die Reproduktionsbedingungen der jugoslawischen Arbeiterklasse zu diktieren. Diese Fessel wird gesprengt. Jugoslawien entwickelte sich von einem Importeur von Lebensmitteln zum Exporteur. Aufgrund der Steigerung der einheimischen Produktion ging die Nahrungsmittelimporte von Januar 1977 auf Januar 1978 um 42 % zurück. Samen verschiedener Pflanzen werden nicht mehr importiert, sondern sogar exportiert. Die Entwicklung von Samen (Weizen, Sonnenblumen, neue Getreidesorten, Zuckerrübe, Weinrebe und Obstsaaten) führte zu Rekordernten in den letzten Jahren. Die feste Unterstützung des Befreiungskampfes der unterdrückten Völker gegen den Imperialismus durch die jugoslawischen Arbeiter und Bauern, die Mitgliedschaft Jugoslawiens in der Blockfreienbewegung zieht den Erpressungen der EG-Imperialisten ebenfalls Schranken. – – (Korrespondentenbericht Wien)

Santiago Carrillos „Revolutionärer Demokratischer Marxismus“

9. Kongreß der Kommunistischen Partei Spaniens (PCE)

Am 19. April begann in Madrid ein Kongreß der Kommunistischen Partei Spaniens (PCE), an dem 1489 Delegierte teilnahmen. Die PCE ist seit einem Jahr wieder in Spanien als Partei zugelassen. Im Zentrum dieses Kongresses stand die Auseinandersetzung um das Programm des berüchtigten Generalsekretärs Santiago Carrillo. Carrillo trat an mit dem erklärten Ziel, jegliche Opposition in der eigenen Partei gegen den Kurs des „Eurokommunismus“, im besonderen jede Kritik an dem von ihm zusammen mit anderen bürgerlichen Politikern mit Ministerpräsident Suarez geschlossenen Moncloa-Pakt „zur Überwindung der Wirtschaftskrise“ totzutreten.

Schlicht erklärte er den Delegierten, daß, wenn sie seiner politischen Linie nicht folgen wollten, er die Partei spalten würde. Diese Absicht kleidete er in die Worte, daß er bereit sei, in diesem Falle „an die Basis zurückzugehen“. Die bürgerliche Presse stellt in ihrer Berichterstattung über den Kongreß heraus, daß jetzt auch offiziell aus allen Parteidokumenten der Begriff „Marxismus-Leninismus“ gestrichen sei. Carrillo hatte erklärt, daß sie jetzt „eine wirklich eurokommunistische Partei werden, marxistisch revolutionär, weder sozialdemokratisch noch stalinistisch“. Selbstverständlich hatte Carrillo gleichzeitig nicht vergessen zu betonen, daß er selbstverständlich dem Leninismus treu bliebe, viel „treuer“ als die, wie er die heutige KPdSU bezeichnet, „Dogmatiker“.

Jetzt jongliert die Presse mit Begrifflichkeiten aus dem wissenschaftlichen Sozialismus und ergötzt sich an den „tausenden von Spielarten“ des Kommunismus.

Tatsächlich ist für Carrillos Politik bezeichnend, mehr als jemals die Streichung bestimmter Begriffe des wissenschaftlichen Sozialismus es ausdrücken könnte, die Tatsache, daß für Santiago Carrillo die großen Kämpfe der spanischen Arbeiter, insbesondere der Metallarbeiter in jüngster Zeit nicht eine Silbe wert waren, wie er auch die kürzlichen Demonstrationen spanischer Bauern gegen ihre Ruinierung nicht erwähnenswert fand. Wohl in bezug auf den Kampf des baskischen Volkes um Autonomie sprach Carrillo von „Formen von Terrorismus, die beunruhigend sind und keine politische Rechtfertigung haben“.

Die Kämpfe der spanischen Arbeiter müssen für Carrillo ein sehr großes Ärgernis sein, insbesondere derzeitig, wo er zunehmend Hoffnung auf Durchsetzung seiner Pläne gewinnt. Und so klagt er: „Und alles in einer Situation der wirtschaftlichen Krise, mit einer beklagenswerten Hinterlassenschaft des früheren Regimes auf dem Gebiet des Erziehungs- und Unterrichtswesens und anderer öffentlicher Einrichtungen, die für das Land lebenswichtig sind.“

In seinem vor einem Jahr erschienenen Buch „Eurokommunismus und Staat“ legt Carrillo seine Pläne mit diesen „öffentlichen Einrichtungen“ dar. Zunächst mal erklärt er: „. . . Für die Verwirklichung dieses Ideals (den Sozialismus) reicht es nicht aus, daß wir uns einiger Formeln unserer Theoretiker wie der Diktatur des Proletariats entledigen . . .“ Vielmehr fordert er die Ausarbeitung „einer soliden Konzeption über die Möglichkeit der Demokratisierung des kapitalistischen Staatsapparates“. Sein Vorschlag für diese Konzeption ist dieser: „Die Strategie der heutigen Revolutionen in den entwickelten kapitalistischen Ländern muß sich darauf richten, diese ideologischen Apparate umzukehren, sie umzuwandeln und – wenn nicht vollständig, so doch zum Teil – sie gegen die Macht des monopolkapitalistischen Staates zu benutzen.“ (Eurokommunismus und Staat)

Unter „ideologische Apparate“ versteht er das Bildungswesen, die Kirche, die Justiz, eben die „öffentlichen Einrichtungen“. Schrittweise, so stellt Carrillo sich das vor, sollen Positionen erobert und der kapitalistische Staatsapparat sich in einen Carrillo-durchsetzten Apparat verwandeln. Da das bei Vertretung der Interessen der Arbeiter schlechterdings unmöglich ist, empfindet er auch die Lohnkämpfe der Arbeiter als ein Unglück und belehrt in seinem Buch seine Partei mit den großen Worten: „Doch sie müssen lernen, wir müssen lernen, im Namen der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung, im Namen der Nation zu sprechen . . .“

Der nächste Schritt ist vorgezeichnet. Geht es erstmal darum, für die Nation zu sprechen, so ist die Form der Regierung relativ belanglos. So erklärte Carrillo auf dem Kongreß: „Für die Kommunisten ist die Form der Regierung nicht das Problem. Wenn die Monarchie in bezug auf den Wandel eine positive, politische Rolle spielt, wenn sie den Willen des Volkes respektiert, die Verfassung anwendet, verliert die Regierungsform ihren dramatischen und konfliktreichen Charakter . . .“

Es ist also durchaus davon auszugehen, daß Carrillo noch einiges mehr bereit ist, über Bord zu schmeißen als auf dem jüngsten Kongreß. Wenn sich die von ihm angestrebte Machtposition als Bourgeois nicht anders erreichen läßt, warum soll ein „kommunistischer“ Generalsekretär nicht auch König oder Kaiser sein dürfen. Carrillo ist zu allem bereit.

In seinem Buch bemüht er sich als überaus moderner, weltaufgeschlossener, den technischen Entwicklungen gewachsener Politiker zu erscheinen, sozusagen einer, der Spanien ins kommende Jahrtausend führen will. Natürlich geht das alles nicht so schnell, wegen der „Hinterlassenschaften des alten Systems“, und so ergibt sich für ihn die Notwendigkeit, erstmal dort fortzufahren, wo Franco aufhören mußte. Carrillo schreibt: „Spanien muß bemüht sein, seine historischen Absatz- und Einkaufsmärkte zu erhalten und versuchen, sie so stark wie möglich und seinen Interessen entsprechend auszuweiten und zu diversifizieren.“

Darüberhinaus hält er es für die Entwicklung des Landes für unabdingbar, einen Teil der spanischen Arbeiterklasse dem Ausland zur Vernutzung zu überlassen. „Das bedeutet, daß ausländische Kapitalinvestitionen und das Wirken der multinationalen Unternehmen in unserem Land nicht behindert werden.“ (Eurokommunismus und Staat)

Dies zu schreiben angesichts der elenden Lage der spanischen Arbeiter, die schärfster Ausbeutung insbesondere amerikanischer Kapitale ausgesetzt sind, dies zu schreiben angesichts der jahrzehntelangen faschistischen Unterdrückung der Arbeiter und Volksmassen durch das Franco-Regime, dies zu schreiben ist keinem anderen als einem heruntergekommenen Bourgeois zuzutrauen. Carrillo ist so einer.

Und er schreckt nicht vor Verhöhnung der Arbeiter zurück. Er schreibt: „Die Unternehmer sollen direkt mit den Arbeitern verhandeln! Sie sollen jene Überheblichkeit beiseite lassen, die ihnen das Wissen verleiht, daß sie mit der Unterstützung der öffentlichen Macht ihre Diktate aufzwingen können!“ Die Kapitalisten sollen „ihre Geschäfte“ fortführen bei etwas weniger Überheblichkeit – das ist Carrillos Vorschlag. Wer will da sagen, Carrillo würde marxistische Positionen über Bord schmeißen? Er hat solche nie vertreten. – (Z-Red.)



Santiago Carrillo läßt sich von den Delegierten des 9. Kongresses der PCE feiern. Trotz relativ vieler Gegenstimmen gegen das Programm Carrillos vermochten die Gegner seiner Politik sich nicht durchzusetzen. Die Gäste von der KPdSU ließen ihre Stellungnahme an alle Delegierten persönlich verteilen.

Anstrengungen der Imperialisten, Griechenland in die Schuldknechtschaft zu treiben

Griechenland mit der Türkei und den anderen Mittelmeerländern bildet strategisch die Südostflanke der NATO. Die USA und die BRD haben ein entscheidendes Interesse, diese Flanke für sich zu sichern. Vor allem beabsichtigen die USA, über die Beherrschung des Mittelmeerraumes, eingeschlossen Zypern als „Flugzeugträger“, ein Aufmarschgebiet gegen Afrika, Indien und den Nahen Osten zu schaffen und ihre Flanke gegenüber der UdSSR zu erweitern und zu sichern. Die UdSSR, die ihrerseits den europäischen Raum als strategisches Vorfeld gegenüber den USA braucht, will über die Mittelmeerländer die europäischen Mächte von der Rohstoffversorgung aus dem Nahen Osten und Afrika abschneiden.

Die Einflußnahme der Imperialisten in den Mittelmeerländern läuft über wirtschaftliche und militärische Verträge und Bündnisse. Um sich in Griechenland politischen Einfluß zu sichern, vergeben vor allem die USA und die EG Kredite und Anleihen, über die sie politische Konzessionen erzwingen können:

– 1962-1966 wurden Griechenland im Rahmen der Assoziation mit der EG 152 Millionen Dollar Finanzhilfe gewährt.

– Im Februar 1977 wurden im Rahmen der Assoziation erneut 350 Millionen Dollar finanzielle Unterstützung zugesichert, auszahlbar bis Oktober 1981

– Im Juli 1977 verzeichnete die Weltbank eine Verschuldung Griechenlands von 375,8 Millionen Dollar

– Im September 1977 wurde über ein Bankenkonsortium mit der IFC (Internationale Finanz Corporation, Abteilung der Weltbank), der Deutschen Bank und anderen ein Kredit in Höhe von 35 Millionen Dollar vergeben

– Im selben Monat, geradezu als Antwort auf die EG-Kreditpolitik, erhielt Griechenland eine amerikanische Wirtschaftshilfe (AID) von 400 Millionen Dollar

– Im Januar dieses Jahres operierte der US-Imperialismus erneut mit einer Finanzhilfe von 211,2 Millionen Dollar

Griechenland ist einerseits auf diese Finanzhilfen aus dem Ausland angewiesen, um die nationale Wirtschaft aufzubauen (es muß z.B. hochwertige industrielle Fertigwaren teuer einkaufen), hat aber andererseits enorme Schwierigkeiten, die Rückzahlungen zu leisten, was sich in dem Handelsdefizit von 1977 widerspiegelt, das sich auf 2184,1 Millionen Dollar belief, bei einem Gesamtimport von 3727,4 Millionen und einem Gesamtexport von 1543,3 Millionen Dollar. Die Weltbank verzeichnet in ihrem Jahresbericht 1977 eine Gesamtverschuldung des griechischen Staatshaushalts von 2973,1 Millionen Dollar, damit liegt Griechenland auf dem 19. Platz der höchstverschuldeten Entwicklungsländer.



Nachdem das griechische Volk die deutschen Besatzertruppen im 2. Weltkrieg vertrieben hatte, intervenierten die britischen Imperialisten, um die griechische Revolution zu zerschlagen. Unser Bild zeigt einen britischen Soldaten, der von der Akropolis (Athen) aus auf Angehörige der ELAS (Volksbefreiungsarmee) schießt.

Das griechische Volk hat im Kampf gegen die Imperialisten eine reiche Erfahrung und lange Kampftradition. Ende der 40er Jahre lösten die USA die britische Vormachtstellung ab, unterdrückten blutig die Revolution und alle Kämpfe der Volksmassen und errichteten 1967 die Diktatur unter Papadopoulos. Der Haß des griechischen Volkes gegen jegliche imperialistische Unterdrückung ist nach wie vor wach. Die jetzigen Kämpfe, die sich gegen den Eintritt in die NATO und EG richten, zeigen das erneut. Die griechischen Arbeiter und Bauern zwingen die Regierung Karamanlis, gegen die Imperialisten Schritte zu unternehmen. So haben sie erreicht,

– daß die Regierung ihre Pläne zum Beitritt in die NATO vorläufig aufgeben mußte! Zur Zeit beschränkt sie sich, über militärische Sonderrechte für die USA unter griechischer Kontrolle zu verhandeln,

– daß sich die Regierung um eine friedliche Lösung in der Zypern- und Ägäisfrage mit der Türkei ohne Einmischung der Imperialisten bemüht,

– daß eine Wirtschaftspolitik geführt wird, die sich nicht auf den Handel mit den USA und der EG begrenzt,

– daß die Förderung kleiner und mittlerer Industriebetriebe mit Subventionen, Steuerermäßigungen, Krediten und Bürgschaften fortgesetzt wird,

– daß eine Festlegung zur Erhöhung der Mindestlöhne um 15% für 1978 getroffen wurde (die Forderung der Arbeiter steht aber nach wie vor auf 30%).

Zu jedem Schritt gegen die Imperialisten mußte die bürgerliche Regierung Karamanlis durch den Kampf der griechischen Arbeiter und Bauern gezwungen werden. – (Z-Red.)

Dritter Jahrestag der Befreiung Kampucheas

Mit einer Massenversammlung von über 20000 Arbeitern und Bauern in Pnom Penh und Kundgebungen im ganzen Land hat das Volk von Kampuchea am 17. April den dritten Jahrestag seines Sieges über die US-Imperialisten und den Aufbau eines vom Imperialismus vollständig unabhängigen Demokratischen Kampuchea unter der Führung der Kommunistischen Partei Kampucheas gefeiert. Die Imperialisten haben im April mit neuen militärischen Aggressionen gegen das Land begonnen, um die Herrschaft der Volksmassen zu stürzen und Kampuchea wieder in ihre Kolonie zu verwandeln.

Als eine der ersten Maßnahmen hat die Volksherrschaft in Kampuchea nach der Befreiung die Millionenmassen der teils von den US-amerikanischen Bomben, teils von den Grundherren und dem imperialistischen Kapital in die Slums der Städte vertriebenen Bauern auf das Land zurückgeführt und zu einer gewaltigen Entwicklung der Produktion mobilisiert. Zugleich hat sie die Zentren der imperialistischen Subversion, der Korruption und des Kompradorenkapitalismus in den Städten zerschlagen. Heute verfügt jede Region Kampucheas über große Wasserreservoirs mit 100 bis 200 Mio. Kubikmeter Wasser, und ein Drittel des Ackerbaulandes ist bewässert. Die Reisproduktion pro Hektar konnte in vielen Gebieten verdoppelt werden. Nach imperialistischen Schätzungen konnte das Demokratische Kampuchea im letzten Jahr 200000 Tonnen Reis exportieren. Kampuchea hat mit dem Aufbau einer eigenen Industrie begonnen, und die Industrie für den Bedarf der Landwirtschaft ist bereits weit entwickelt. Die von den Kapitalisten und Imperialisten geräumten Städte werden von der Arbeiterklasse in Besitz genommen. Zur Zeit werden drei neue Fabriken in Pnom Penh aufgebaut.

Die sozialimperialistische Supermacht schürt die Grenzstreitigkeiten zwischen Vietnam und Kampuchea, mit dem Ziel, beide Länder in ihre Neokolonien zu verwandeln. Sie drängt auf die Besetzung der fruchtbarsten Teile des Landes im Osten und hetzt für einen Vorstoß auf Pnom Penh. Die US-Imperialisten haben mit Hilfe ihrer thailändischen Marionetten und eines Heeres von „Militärberatern“ einen „Einkreisungs- und Vernichtungs-Feldzug“ verbunden mit „bevölkerungspolitischen Maßnahmen“ beiderseits der thailändisch-kampucheanischen Grenze begonnen, der das Ziel verfolgt, die Bevölkerung in diesem Gebiet zu vernichten oder in „strategischen Dörfern“ zusammenzutreiben. Die nationale Befreiungsbewegung Thailands unter der Führung der Kommunistischen Partei Thailands soll vernichtet werden und Teile von Kampuchea sollen erobert werden als Ausgangsbasis für die Rückeroberung des Landes durch die US-Imperialisten.

Der gesamte gewaltige Propagandaapparat der Imperialisten tönt von den angeblichen Greueltaten der revolutionären Führung Kampucheas in Vietnam, Thailand und vor allem in Kampuchea selbst. Die UNO soll eine Kommission zur Untersuchung der „Menschenrechtsverletzungen“ nach Kampuchea schicken. Weil die UN-Vollversammlung diese Einmischung abgelehnt hat, organisieren die Imperialisten jetzt überall Beschlüsse ihrer Parlamente, Kongresse und „Menschenrechtsbewegungen“, die sich auf die Zeugenaussagen von Pfaffen, Zuhältern und Großgrundbesitzern stützen, die in die Arme ihrer imperialistischen Auftraggeber geflohen sind. In Oslo wurde mit Hilfe der norwegischen sozialdemokratischen Regierung ein Kongreß über „Menschenrechte“ in Kampuchea organisiert, auf dem vor allem Vertreter des französischen Imperialismus, der ehemaligen Kolonialmacht in Kampuchea, als Experten auftraten. So wollen die Imperialisten eine internationale und völkerrechtliche Legitimation für ihre bewaffnete Intervention in Kampuchea vortäuschen. US-Präsident Carter, der überall auf der Welt die Einmischungen und Aggressionen unter dem Banner der „Menschenrechte“ vorantreibt, hat die Vernichtung der kampucheanischen Revolution zur Aufgabe höchster Dringlichkeit für die US-Imperialisten erklärt: „Die USA dürfen es nicht unterlassen, den schlimmsten Verletzer der Menschenrechte zu verurteilen.“

Nachdem er die Erfolge Kampucheas im wirtschaftlichen Aufbau schildern mußte, schreibt der Wirtschaftsspitzeldienst für die britischen Imperialisten „Economic Intelligence Unit“ in seinem jüngsten Heft über Kampuchea: „Der Widerstand (gegen die Volksherrschaft – Red.) wird weiter auf niedrigem Niveau bleiben, und Gerüchte über einen möglichen Putsch haben wenig Aussicht auf Erfolg.“

In seiner Rede auf der Massenkundgebung in Pnom Penh aus Anlaß des dritten Jahrestages der Befreiung Kampucheas sagte der Präsident des Staatspräsidiums des Demokratischen Kampuchea: „Auf allen Gebieten des nationalen Aufbaus legen wir das Hauptgewicht auf die Kraft des Volkes und auf die strategische Linie, eigenes Material und Kapital zu verwenden . . . Wir haben einen heftigen Kampf in der Verteidigung des Demokratischen Kampuchea geführt und einen vollständigen Sieg errungen. Wir haben unser gesamtes Territorium in vollständiger Unabhängigkeit verteidigt. Dazu sind wir heute in der Lage, und erst recht in der Zukunft.“ – (Z-Red.)

Der „Silberberg" von Potosí

„Denn davon (von der Zwangsarbeit der Indianer) hängt die Gold- und Silberförderung ab, in der die Einheit und der Fortbestand Spaniens, besser gesagt, seiner ganzen ausgedehnten Monarchie, und die Erhöhung des Heiligen katholischen Glaubens . . . besteht." Solche ersprießlichen Worte fand der spanische Kolonialbeamte Solorzano y Pereyra 1626 über die Ausrottung eines ganzen Volkes durch Zwangsarbeit in den Silberminen von Potosí.

Kaum 80 Jahre zuvor hatte das Gotteswerk mit der „Entdeckung" des „Silberberges" auf der Hochebene des südöstlichen Bolivien begonnen: indem einem Indianer unter der Folter der Verrat der Silbervorkommen abgepreßt wurde. Sein von Wahnsinn verzerrtes Gesicht ziert noch heute die Münze von Potosí.

In den ersten Jahren, als das Silbererz noch bis an die Oberfläche des Berges über der 4000 m hoch gelegenen Stadt reichte, wurden in Potosí 68% der gesamten Weltsilberproduktion gefördert. Wieviel Indianer schon damals zu Tode gearbeitet wurden, berichtet kein Geschichtsbuch. 1574 wurde das Zwangsarbeitssystem der „Mita" eingeführt. In einem Umkreis von 1000 km, bis zur alten Hauptstadt des Inkareichs, zu dem auch der „Silberberg" gehört hatte, Cuzco, wurde jeweils ein Siebentel der männlichen Bevölkerung für ein Jahr zur Arbeit in den Minen von Potosí getrieben. 40000 Menschen, dazu ebenso viele Lamas, zogen jährlich über die Hochebene, wenige kehrten je zurück. Tag und Nacht wurde in den Minen gearbeitet, nach einer Woche im Berg mußten die Indianer zwei Wochen „leichtere" Arbeiten machen, damit sie nicht gleich in den ersten Wochen krepierten. Ein spanischer Kolonialschriftsteller schildert die Arbeitsbedingungen:

„Sie schaffen bis zu 23 kg Metall in einer Decke, die sie sich um die Brust binden, auf dem Rücken ans Tageslicht. Je drei steigen zusammen auf, und der vorderste hält in der Hand eine Kerze, damit sie sehen, woher sie auf- und absteigen, weil die Minen ja dunkel sind und unbeleuchtet. Die Kerze gibt wenig Licht, und meist wird sie vom Wind ausgeblasen. So halten sie sich mit beiden Händen fest, so gut es geht, und helfen einander, die 150 estados und noch viel mehr den Schacht hinaufzusteigen. Und in den 400 estados tiefen Minen – was selbst auf ebener Erde eine Entfernung wäre, die einen lastentragenden Mann ermüden würde, und wieviel mehr erst, wenn man mit soviel Mühe und Gefahr auf- und absteigt – kommt hinzu, daß die Hitze den Indios den Atem raubt und sie schwitzen. Die Erfrischung, die sie zum Trost für die Plackerei finden, ist, daß man sie Hunde schimpft und sie prügelt, wenn sie einmal wenig Metall bringen oder sich verspäten oder nur Erde hochschleppen oder etwas gestohlen haben. Weniger als vier Monate ist es her, daß ein Indio, den ein Bergwerksbesitzer mit dem Stock prügeln wollte, aus Furcht vor dem Stock, mit dem er ihn verletzen wollte, um sich zu retten, in die Mine zurückflüchtete, in der Aufregung stürzte und in hunderttausende Stücke zerrissen wurde." (Luis Capoche, Relacion General, S. 109)

Bis zu acht Millionen sind im Berg zu Tode gearbeitet worden wird geschätzt, ein großer Teil der Bevölkerung des ehemaligen Inkareiches. Von denen, die das Jahr der „Mita" überstanden, werden viele danach verhungert sein: in der Regel mußten die „Mitayos" all ihr mitgebrachtes Vieh schlachten, weil von den Hungerlöhnen niemand leben konnte.

Obwohl die Zwangsarbeit auf immer neue Gebiete ausgedehnt wurde, bis ins Amazonastal, wurden die der „Mita" unterworfenen Provinzen immer mehr entvölkert, bis der Silberbergbau am Ende des 18. Jahrhunderts eingestellt wurde.

Dem Massensterben der Zwangsarbeiter stand unglaublicher Luxus gegenüber. Der Reichtum Potosís war sprichwörtlich, die Stadt mit 160000 Einwohnern mit London und Venedig die größte in Europa und Amerika. Das Silber, im 17. und 18. Jahrundert ein Viertel der Weltproduktion, wurde nach Europa geschleppt, wie Capoche bemerkt, „könnten wir sagen, daß es mehr Blut ist als Metall." Der Raub an Menschenleben und am natürlichen Reichtum der Indianervölker diente so als eine wesentliche Quelle der ursprünglichen Akkumulation von Geldkapital, weniger in Spanien selbst, als in England und Holland, wo Kaufleute und Manufakturbesitzer sich den geraubten Reichtum aneigneten.

1780 erhoben sich die Indianer in Peru unter der Führung von Tupac Amaru gegen das Kolonialjoch. Im März 1781 zogen 30000 Indianer unter der Führung von Tupac Catari und seiner Frau gegen die heutige bolivianische Hauptstadt La Paz und belagerten sie sieben Monate lang. Erst aus Buenos Aires herbeigeschickte spanische Truppen konnten die Kolonialisten entsetzen.

Dieser Aufstand war das erste Leuchtfeuer der nationalrevolutionären Bewegung des bolivianischen Volkes. Die indianischen Bauern und Minenarbeiter Boliviens, die heute gegen die Ausplünderung der Zinnreichtümer des Landes durch die US-, die britischen und die westdeutschen Imperialisten kämpfen, setzen dieses Kampf fort. – (Z-Red.)

Durch Ankündigung großer Goldverkäufe setzt der US-Imperialismus seine Dollaraggression gegen die Dritte Welt fort

Der US-Imperialismus hat eine neue Währungsmanipulation angekündigt. Beginnend Ende Mai wollen die US-Imperialisten 1,8 Mio. Unzen (56 t) Gold aus ihrem Goldlager, das 277,5 Mio. Unzen im Wert von 100 Mrd. DM umfaßt, in sechs Auktionen, jeweils 300000 Unzen, verkaufen.

„. . . die Entscheidung verkörpert drei Ziele in einem: Die Entschlossenheit der USA zu symbolisieren, den Abstieg des Dollars zu bremsen, nachdem er ein Niveau erreicht hat, das der Administration realistisch erscheint; jedwedes Spekulationsfieber im Goldmarkt selbst zu dämpfen; und einen weiteren Schritt voranzukommen bei der langsamen Demonetarisierung des Goldes, (d.h. Ablösung des Goldes als Weltgeld – Red.), welches die offizielle US-Politik ist, seit das Goldfenster 1971 offiziell geschlossen wurde . . . Während die beabsichtigten Verkäufe nur das erwartete US-Defizit ungefähr eines Tages abdecken, werden sie eine sehr viel nützlichere Rolle spielen, wenn sie den Goldpreis selbst stabilisieren . . . Der Stabilisierungseffekt der IWF-Verkäufe war kräftig – das Ziel war, Geld aufzubringen für die Entwicklungsländer. Es scheint, daß mit den US-Verkäufen beabsichtigt ist, den Markt zu stabilisieren", schreibt die Financial Times vom 21.4.78.

Mit diesem neuerlichen Manöver auf den internationalen Devisenmärkten verstärken die US-Imperialisten ihren Angriff auf die Länder der Dritten Welt und beabsichtigen gleichzeitig, ihre imperialistischen Konkurrenten in die Schranken zu weisen. Zunächst haben die US-Imperialisten den Dollarkurs sacken lassen, um damit die Devisenbestände der Länder der Dritten Welt zu entwerten. Parallel zu diesem Milliardenschwindel betreiben die US-Imperialisten den Verkauf des Goldschatzes des Internationalen Währungsfonds (IWF), was in vier Jahren 50 Mio. Unzen ausmachen soll und ein Drittel des IWF-Goldbestandes ist. Das brachliegende Gold im IWF-Fonds ist den Imperialisten ein Dorn im Auge. Denn es ist nicht direkt zum Zweck der Ausbeutung als Kapital investiert und wirft keinen Profit ab. Mit der Auflösung der IWF-Goldreserven gelangt das Gold zur einen Hälfte direkt in die Hände des Finanzkapitals, zur anderen Hälfte wird es in den Notenbanken der Imperialisten aufgeschatzt und damit den Imperialisten jederzeit verfügbar.

Die „Financial Times" bemerkt zu den Goldverkäufen:

„Es ist wahrscheinlich kein Zufall, daß der Fonds nur die erste Hälfte seiner Verkaufsoperationen abgeschlossen hat. Seine zukünftigen Verkäufe und jene der USA werden wahrscheinlich koordiniert sein . . ."

Tatsächlich drücken diese Goldverkäufe auf den Preis des Goldes, zumindest verhindern sie, daß der Goldpreis weiter steigt, und halten damit die Erlöse der Länder, die Gold verkaufen müssen, gering. Die US-Imperialisten haben ihre Goldverkäufe zeitlich so plaziert, daß sie genau zwischen zwei Runden der IWF-Verkäufe kommen, und im Effekt leichten Druck auf den Goldpreis ausüben, damit er nicht in der Zwischenzeit ansteigen kann. Damit haben die US-Imperialisten den Währungsspekulationen ihrer imperialistischen Konkurrenten weitgehend den Boden entzogen, die darauf erpicht sind, das Tauschverhältnis des Goldes gegenüber ihren nationalen Währungen zu verbessern.

Die gegenwärtigen Goldverkäufe des IWF und die angekündigten des US-Imperialismus sind für diesen sowohl Mittel, die westlichen imperialistischen Konkurrenten an der kurzen Leine zu halten, als sie auch in ihrer Wirkung gegen die sozialimperialistische Supermacht gerichtet sind.

„Die US-Entscheidung, in den nächsten 6 Monaten fast zwei Mio. Unzen Gold zu verkaufen, könnte den Effekt haben, die Sowjetunion davon abzuhalten, größere Goldverkäufe auf kurze Sicht zu machen. . . . Weil die großen US-Verkäufe den Goldpreis herabdrücken, geht man davon aus, daß Moskau wahrscheinlich warten wird, bis der Preis höher ist, bevor es Gold verkauft . . ." (Financial Times, 21.4.78)

Für die Sozialimperialisten ist Gold internationales Zahlungsmittel, das sie zum Ausgleich ihrer Zahlungsbilanz verkaufen müssen. Der Anteil ihrer Goldverkäufe hat sich von Jahr zu Jahr vergrößert. Nach Schätzungen betrug der Umfang der Goldverkäufe

1972	200 t	1976	330 t
1975	300 t	1977	335-340 t

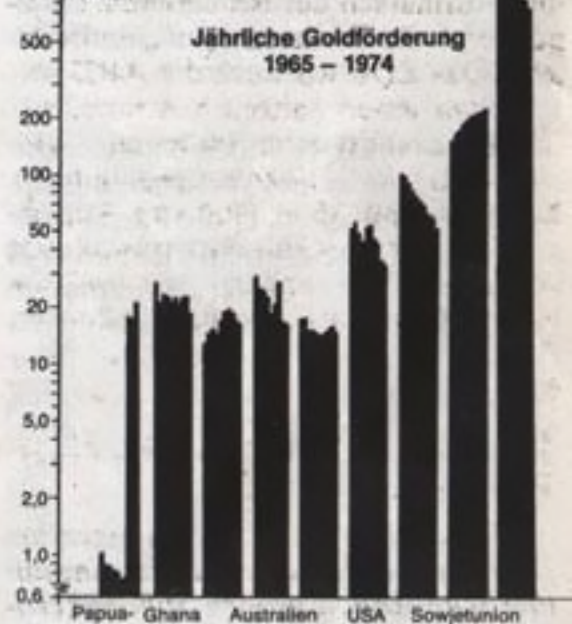
Mit diesen jährlichen Goldverkäufen decken die Sozialimperialisten mehr als die Hälfte ihrer Handelsschulden gegenüber den westlichen Imperialisten, die in ihrer Totalsumme 16-17 Mrd. Dollar betragen.

Außenhandel der Sozialimperialisten
(in Mio. Rubel)

	Westliche Imperialisten			Dritte Welt			RGW-Länder		
	Einfuhr	Ausfuhr	Saldo	Einfuhr	Ausfuhr	Saldo	Einfuhr	Ausfuhr	Saldo
1965	1469	1347	– 122	734	1010	276	4261	4213	48
1970	2540	2154	– 386	1146	1836	690	6023	6261	238
1971	2601	2482	– 119	1271	1827	556	6604	6681	77
1972	3441	2441	–1000	1350	2008	658	7970	7553	417
1973	4589	3750	– 839	1738	2937	1199	8611	8311	300
1974	6141	6257	116	2384	3389	1005	9435	9917	482
1975	9703	6140	–3563	2999	3306	307	12885	13363	478
1976	10828	7838	–2990	2805	3740	935	13891	14929	1038
1977	9930	8817	–1113	2996	5337	2341	15795	17451	1656

Quelle: Statistisches Bundesamt, Länderberichte, Sowjetunion 1977. Für 1976 und 1977: Neue Zürcher Zeitung, 8..4.1978

Sie haben daher großes Interesse, daß der Goldpreis möglichst hoch bleibt, damit sie viel Devisen beim Verkauf herausbekommen. Das ist auch der Grund, daß man über die Produktionsziffern der Sozialimperialisten, die die zweitgrößten Goldproduzenten der Welt sind, offiziell nichts erfährt. Sie fürchten, daß bei Bekanntgabe der Produktionsziffern und der beabsichtigten Goldverkäufe die westlichen imperialistischen Konkurrenten den Preis des Goldes nach unten drükken werden. Die Tatsache, daß die Sozialimperialisten sich mit Rubeln bei den westlichen Imperialisten nicht einkaufen können, da diese nur gegen Dollars oder eben Gold Waren liefern, führt zur Verschärfung der Ausbeutung der sowjetischen Arbeiterklasse und der verschärften Ausplünderung der Länder der Dritten Welt und der RGW-Länder seitens der neuen russischen Zaren. Fast 50% des Warenaustausches mit den Ländern der Dritten Welt lassen die Sozialimperialisten sich in westlichen Währungen verrechnen. Damit sichern sie sich einen Teil der benötigten Devisen, mit denen sie bei den westlichen Imperialisten Waren einkaufen können. Den anderen Teil lassen sie sich in Rohstoffen ausbezahlen, die sie mit überhöhten Preisen an die RGW-Länder weiterverkaufen. Der Warenexport der Sozialimperialisten in die Länder der Dritten Welt ist nichts anderes als ein Mittel, sich die Devisenreserven der Länder der Dritten Welt unter den Nagel zu reißen und diese Länder tief in ihre Schuldknechtschaft zu bringen, um sich darüber die vollständige Verfügung über ihre Rohstoffe zu sichern. Gegenüber 1976 haben die Sozialimperialisten ihre Exporte im Jahre 1977 in die Länder der Dritten Welt um 42,7% auf 5337 Millionen Rubel steigern können und deren Verschuldung von 935 Mio. Rubel im Jahr 1976 auf 2341 Mio. Rubel im Jahr 1977 ausdehnen können.



Quelle: Die Bergwirtschaft der Erde, Friedensburg/Drostewitz, 1976

Da das Gold für die Sozialimperialisten wesentliches Zahlungsmittel auf dem Weltmarkt ist, sind sie beständig gezwungen, die Goldproduktion auszuweiten und die Ausbeutung ihrer Goldreserven mittels Einführung moderner Maschinerie zu erhöhen. Die Unterlegenheit der Sozialimperialisten gegenüber ihrem Konkurrenten, der andern Supermacht USA, die einen Großteil der Minen in Südafrika, Kanada, Australien und Papua-Neu-Guinea besitzt, stachelt die Bereicherungssucht der beiden Supermächte gegenseitig an. Mit brutalen Ausbeutungsmethoden werden die Minenarbeiter in Südafrika wie in Sibirien bis aufs Blut ausgesaugt. Die Sozialimperialisten wollen den Abstand in der Goldproduktion gegenüber ihrem Konkurrenten verringern, der US-Imperialismus versucht, sein Monopol über die Goldproduktionsstätten zu nutzen, um die ökonomische Erpressung der Sozialimperialisten zu verstärken. Das Manöver der US-Imperialisten auf den internationalen Devisenmärkten führt zur Verschärfung der Konkurrenz der beiden Supermächte, die sie zu neuen Raubzügen gegen die unterdrückten Völker treibt. – (Z-Red.)

Südafrikanisches Siedlerregime gibt die Bestechung von Journalisten zu

Im Parlament des Kolonialistenregimes von Pretoria gab es in der letzten Woche Krach um die Ausgaben des Informationsministeriums, wie das Instrument zur Verbreitung imperialistischer Lügen vornehm umschrieben wird. Den Imperialisten und ihren Statthaltern in Azania kommt zu wenig dabei heraus, während die Unterstützung des Befreiungskampfes der Völker des südlichen Afrika in der Arbeiterklasse der imperialistischen Länder beständig wächst.

Im Verlauf dieser Auseinandersetzung hat der Staatssekretär im Informationsministerium Rhoodie zum ersten Mal die Bestechung von Journalisten imperialistischer Zeitungen offiziell bekanntgegeben. In einem Brief forderte das Informationsministerium 1976 zusätzliche 800000 Mark an für eine Kampagne zur „Unabhängigkeit" des „Heimatlandes" Transkei. In dem von Rhoodie im Parlament verlesenen Brief heißt es zur Verwendung des Geldes u.a., dafür würden Beilagen oder redaktioneller Platz in Zeitungen gekauft, für Artikel, die „von uns oder von Journalisten der betreffenden Publikation geliefert werden". Eine andere Methode sei, „einflußreiche Journalisten einzuladen mit dem besonderen Zweck, daß sie die Transkei besichtigen und Artikel darüber schreiben". Und zur Auswahl der Journalisten: „Obwohl diese Methode natürlich manchmal dazu führt, daß wir die Kontrolle über den Inhalt verlieren, sollte dies kein zusätzliches Risiko bedeuten, wenn wir die Autoren gut auswählen." Ein weiterer Weg schließlich sei „der ‚Kauf' der Dienste eines Journalisten, der dann scheinbar unabhängiges Material für seine Publikationen liefert, während wir ihn für seine zustimmende Auffassung zahlen".

Nötig sind diese Methoden *nicht*, weil die bürgerliche Presse sonst für den Befreiungskampf im südlichen Afrika schreiben würde. Nötig sind Bestechungen dieser Art durch die Propagandazentrale der Imperialisten in Sachen Kolonialherrschaft im südlichen Afrika, damit die Meute auf Linie schreibt, im Gleichschritt bleibt, Reibungen vermieden werden. Auf den unteren Rängen der bürgerlichen Presse wird das mit einfacher Unterdrückung durchgesetzt, auf den höheren Rängen durch Bestechung.

Es ist deshalb kein Wunder, daß auf der nebenstehenden Liste vor allem Chefredakteure und ähnliche Kaliber zu finden sind. Die Aufstellung ist ein kleiner Ausschnitt der offizillen Gäste der Siedlerregierung in den letzten Jahren. Die meisten Eintragungen stammen aus den Jahren 1971 bis 1975, danach werden die offiziellen Angaben merklich spärlicher. Für 1977 kann man erfahren, daß 139 Gäste des Informationsministeriums dagewesen seien (darunter sind – neben den Leitartikelschreibern – vor allem Parlamentsabgeordnete und Wissenschaftler). Für diese 139 seien bei in der Regel 14tägigen Besuchen 433000 Rand ausgegeben worden, was 3115 Rand oder ca. 9000 Mark pro Kopf ausmacht. Für diese Summe wird ein Walden von der „Welt" oder Heigert von der „Süddeutschen Zeitung" zwei Wochen von der südafrikanischen Regierung „unterhalten", wie der Fachausdruck lautet.

Dabei handelt es sich tatsächlich nur um einen kleinen Ausschnit aus der Ehrenliste. Viele Eingeladene, gerade aus den letzten zwei Jahren, werden nicht mehr namentlich erwähnt. Und außer dem Informationsministerium laden auch Einrichtungen wie das staatliche Reisebüro oder private Kapitalistenvereinigungen wie die „Freiheitsstiftung" Journalisten und andere „Meinungsträger", wie sie es nennen, ein.

Ein wesentlicher Teil der Lügenverbreitung spielt sich über die im Land ansässigen Korrespondenten der imperialistischen Presse ab. Die Zahl dieser Horch- und Lügenposten wurde von den Pressemonopolen nach den Kämpfen von Soweto Ende 1976 verfünffacht. Es sind jetzt über sechzig. Dies geschah in der sicheren Gewißheit, daß es an die Bourgeoisie viel zu melden und gegenüber der Arbeiterklasse in den imperialistischen Ländern viel zu lügen geben wird, weil der Befreiungskampf des Volkes von Azania einen Aufschwung nimmt, und die Massen den bewaffneten Kampf zum Hinauswurf der Imperialisten vorbereiten. Die Vertreter aller großen Bourgeoiszeitungen sind vorhanden, von „Welt" bis „Spiegel". Sie haben ausgezeichnete Beziehungen zum Informationsministerium, das ihnen die passenden Interviewpartner besorgt, Besichtigungen vereinbart usw.

Die zweite Seite der engen Kooperation der Pressemonopole mit dem Kolonialregime ist die Verbreitung von Anzeigen und Beilagen, die mit Artikeln redaktionell aufgemacht werden. Hierbei spielen die westdeutschen Monopole eine herausragende Rolle. In der „Welt", der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung", der „Süddeutschen Zeitung" und dem „Handelsblatt" hat die Informationsabteilung der südafrikanischen Botschaft in Bonn 50 Beilagen drucken lassen neben unzähligen Anzeigen. Springer hat 1976 heißes Interesse bekundet, gemeinsam mit Louis Luyt, einem der Nichtstuer, die den „Klub der Zehn" darstellen, groß in das südafrikanische Pressegeschäft einzusteigen. – (Z-Red.)

Offiziell vom Informationsministerium des Kolonialregimes in den letzten Jahren eingeladene westdeutsche Journalisten (unvollständig)

E.G. Lang Redakteur, „Gießener Allgemeine Zeitung"; *E. Jacobsen*, Chefredakteur, „Neue Württembergische Zeitung"; *E. Janik*, Chefredakteur, „Passauer Neue Presse"; *Dr. Kumpel*, Stellvertretender Chefredakteur, „Generalanzeiger" *G. Kutter*, Wirtschftsredakteur, „Münchener Merkur"; *F. Gain*, Chefredakteur, „Pinneberger Tageblatt"; *W. Ising*, Redakteur, Tagesschau (ARD); *G.W. Kuntze*, Chefredakteur, „Reutlinger Generalanzeiger"; *Lankau*, Chefredakteur, „Lübecker Nachrichten"; *K. Mauch*, Redakteur, dpa; *K. Milte*, Chefredakteur, „Wiesbadener Kurier"; *H.-J. Müller*, Auslandsredakteur, „Hamburger Abendblatt"; *H. Reinhold*, Chefredakteur, „Darmstädter Echo"; *C.H. Vogt*, Chefredakteur, „Pfälzer Tageblatt"; *K. Wessel*, Chefredakteur, „Münchener Merkur"; *R. Giese*, Chefredakteur, Tagesschau (ARD); *M. Walden*, Chefkommentator, „Welt", „Welt am Sonntag"; *K.L. Diekamp*, Chefredakteur, „Westfälischer Anzeiger"; *W. Horlacher*, Journalist, „Bayernkurier"; *W. Saile*, Chefredakteur, „Saarbrücker Zeitung"; *R. Kunkel*, Sportredakteur, WDR-Fernsehen; *H. Heigert*, Chefredakteur, „Süddeutsche Zeitung"; *E.G. Schwartz*, Redakteur, „Westfalenblatt"; *W. Schmidt*, Redakteur, „Siegener Zeitung"; *R. Koppen*, Redakteur, „Mainz Post"; *E. Raichle*, Journalist, „Main-Echo"; *K.H. Reintgen*, Chefredakteur, Saarländischer Rundfunk; *G. Löwenthal*, Chefredakteur, „ZDF-Magazin"; *K. Schaub*, Redaktionsleiter, „Neue-Hannoversche Presse"; *C. Troebst*, Chefredakteur, „Springer-Auslandsdienst"; *A.W. Diehl*, Mitherausgeber, „Hessische Allgemeine"; (Quellen: Parlamentsberichte „Hansard", versch. Ausgaben, versch. Jahrgänge von 1972 – 1976, Funktionen wie z. Zt. des Besuchs angegeben).

„Und nun in den Nahen Osten“ – Zur Frontberichterstattung des ZDF

Propaganda für die Vernichtung der PLO / Bedauern über das Fehlen westdeutscher Truppen

„Unser Korrespondent Karl-Heinz Schwab war in der vergangenen Nacht dabei, als der israelische Angriff begann.“ (ZDF-Nachrichten, 15.3.)

In dieser Nacht zum 15. März fielen rund 25 000 israelische Soldaten in den Südlibanon ein, in der Absicht, ihn zu besetzen und die palästinensische Befreiungsbewegung auszuradieren. Das ZDF war mit Korrespondent und Kamerateam zur Stelle. Wie selbstverständlich kommt es dem Nachrichtensprecher von den Lippen, daß „unser Korrespondent Karl-Heinz Schwab“ den Aufmarsch der israelischen Truppen und die Invasion live „beobachtet“. Das ZDF wie auch die ARD unterhalten einen ganzen Schwarm solcher Auslandskorrespondenten, vornehmlich in „Spannungsgebieten“. Leute, die mit dem Flair des Augenzeugen aus erster Hand zu informieren vorgeben. Mal sehen, aus *welcher* Hand Millionen Fernsehzuschauer da Abend für Abend „informiert“ werden.

Ideologische Unterstützung für die israelische Aggression

„Israel hat trotz der Warnungen befreundeter und anderer Länder eine militärische Aktion großen Stils eingeleitet. Ihr unmittelbares Ziel ist offensichtlich, die Bastionen der Palästinenserverbände im Gebiet nördlich von der Grenze auszuschalten. Die Frage ist, ob sich die israelischen Truppen nach ein paar Tagen wieder vollständig zurückziehen oder ob sie zumindest in bestimmten Gebieten Südlibanons stehenbleiben.“

Aus gewisser Distanz – „trotz der Warnungen befreundeter und anderer Länder ...“ – denkt sich besagter Schwab, erhält das Korrespondentenwort größeres Gewicht. Daß es ein höchst berechtigtes Anliegen des zionistischen Siedlerstaates ist, „die Mordkommandos bis zum Ende zu bekämpfen“ (Schwab am 13.3.), nein, das bleibt außer Frage. Daß Israel bei seiner Aggression gegen das palästinensische Volk die Souveränität des Libanon verletzt – für „unseren Karl-Heinz Schwab“ ist das der Rede nicht wert. Darauf hat sich schließlich die gesamte imperialistische Pressemeute geeinigt: „Da der libanesische Staat seit Jahren außerstande ist, im Fatah-Land Hoheitsgewalt auszuüben, bedeutet die israelische Operation in Wahrheit auch nicht unbedingt Verletzung der libanesischen Souveränität.“
Wahrheit auch nicht unbedingt Verletzung der libanesischen Souveränität.“
(Schwäbische Zeitung, 16.3.) Die einzige Frage, die Schwab zu dem Zeitpunkt interessiert, ist: ob die israelische Aggression schnelle Erfolge bringt oder ob man die westdeutschen und Westberliner Volksmassen nicht besser gleich auf eine längere Besetzung des Südlibanon durch Israel vorbereitet. Am nächsten Tag weiß Karl-Heinz Schwab dann schon mehr:

„Israels Versicherung, es habe nicht die Absicht, libanesisches Gebiet dauernd besetzt zu halten, ist wohl ernst zu nehmen. Ministerpräsident Begin will sich bemühen, mit Hilfe der Amerikaner und syrischer Beteiligung eine Regelung zu finden, die eines sicherstellen soll: daß sich die Guerillas von PLO und Al Fatah nicht wieder in nächster Nachbarschaft der israelischen Grenze festsetzen. Es ist schwer, sich vorzustellen, wie eine solche Regelung zustandezubringen ist. Wie notwendig sie wäre, konnten wir heute wieder erleben, als einige Raketen auf israelisches Gebiet niedergingen.“

Unmittelbar vor der israelischen Aggression war der israelische Kriegsminister Weizmann nach Washington geeilt. Während die israelischen Truppen die Grenze überschritten, saß er bei den höchsten Vertretern des US-Imperialismus. Um die „Warnung“ in Empfang zu nehmen? Noch bevor er eingetroffen war, hatten Schiffe mit Waffenladungen die USA in Richtung Israel verlassen. Der Plan für die Besetzung des Libanon habe natürlich schon seit geraumer Zeit bestanden, erklärte Weizmann in Washington und fügte bei anderer Gelegenheit hinzu, daß die USA Israel die Besetzung eines sechs Kilometer breiten Streifens des Südlibanon „gestattet“ hätten. Es stand im „International Herald Tribune“, aber Herr Schwab in Jerusalem weiß von allem nichts. Wäre auch etwas schwierig, dann noch ganz unverfänglich die „Hilfe der Amerikaner“ ins Spiel zu bringen, als sich die Erfolglosigkeit des israelischen Unternehmens so früh abzeichnete. Der Fernsehzuschauer hat dann einen Tag Zeit, darüber nachzudenken, „wie eine solche Regelung zustandezubringen ist“, die die „Hilfe der Amerikaner“ so nötig mache, bevor er dann, am 17.3., von dem Vorschlag der US-Imperialisten erfährt, daß die UNO Truppen in den Libanon entsenden möge. Karl-Heinz Schwab dazu:

„Ein Rückzug wäre bei der Beweglichkeit der israelischen Armee schnell ausgeführt, doch ich habe nicht den Eindruck, daß damit zu rechnen ist.“

Wie hatte er doch tags zuvor gesagt?

„Israels Versicherung, es habe nicht die Absicht, libanesisches Gebiet dauernd besetzt zu halten, ist wohl ernst zu nehmen.“

Kein Rückzug also, aber auch keine dauernde Besetzung? Aber weiter:

„Die Israelis wollen ganz sicher gehen, daß hier erst einmal alle Widerstandsnester aufgespürt und ausgeräumt“ – das „ausgeräuchert“ kann er sich gerade noch einmal verkneifen – „werden. Aber selbst wenn das geschehen ist, werden sie nicht gleich den Rückzug antreten. Man braucht kein bißchen Phantasie, um sich vorzustellen, was in diesem Fall passieren würde. Über Nacht wären die Palästinenser wieder hier, würden wieder die von der Falange-Miliz gehaltenen christlichen Dörfer angreifen und würden wieder Aktionen gegen Israel unternehmen ... Israel will aber auf keinen Fall hier ein Vakuum hinterlassen.“

Ein Vakuum ist ein luftleerer Raum. Nun wird keiner behaupten können, das Gebiet des Südlibanon, ungefähr so dicht besiedelt wie die BRD, sei vor
so dicht besiedelt wie die BRD, sei vor
dem israelischen Einfall „luftleer“ gewesen. Offensichtlich und unbestritten ist es gerade das Ziel der Aggression, das Land zu „leeren“ – durch die Vernichtung der palästinensischen und libanesischen Befreiungsbewegung. Ein sprachlicher Lapsus also und Kleinlichkeit von uns, daß wir jedes Wort auf die Goldwaage legen? Weder, noch. Mit einem wohlgesetzten Wort betont „unser“ Frontberichterstatter ganz nebenbei das selbstverständliche Recht der israelischen Besatzertruppen auf Besetzung des Libanon und Aggression gegen das palästinensische und libanesische Volk.

Propaganda für die direkte militärische Intervention der Imperialisten unter der UNO-Flagge

„Auf libanesischer Seite“ – nur der geographische Standort ist gemeint – ist inzwischen der zweite Nahost-ZDF-Korrespondent, Hans Scheicher, im Einsatz.

„In der Stadt Nabatiye geraten wir mitten in einen Luftangriff. Zwei Stunden lang sind israelische Düsenjäger hier über Nabatiye gekreist und haben mit Bomben und Raketen angegriffen. Hier rein palästinensische Ziele zu treffen, ist fast unmöglich. Die Fatah sind in allen Häusern verstreut, und wenn der Angriff vorbei ist, kommen sie wieder heraus. Sie fahren auch mit privaten Autos herum. Das ist das Ergebnis des Angriffs: Schwere Schäden an der Hauptstraße der Stadt. Der Stadtplatz ringsum mit Trümmern und Splittern übersät, kaum wiederzuerkennen. Ein militärisches Ziel? Sicher nicht. Nabatiye war ein Hauptquartier der Fatah. Palästinensische Kommandos sind auch hier, auf diesem Platz, herumgestanden, aber nicht heute, nicht zur Zeit dieses Angriffs. Der Schluß ist unausweichlich: Der Sinn der Bombardierung – Vergeltung.“ (ZDF-Nachrichten, 19.3.)

Andere Töne in der Nachrichtenpropaganda? Nur scheinbar. Was hier als „Kritik“ an israelischer „Vergeltung“ daher kommt, ist in Wirklichkeit der gleiche Hass, die gleiche Propaganda für die Vernichtung der palästinensischen Befreiungsbewegung. Am eigenen Leibe hat dieser imperialistische Spitzel, den PLO-Kämpfer wiederholt daran hindern mußten, daß er ihre Kampfstellungen auskundschaftete und ausfilmte, erfahren müssen, daß die israelische Aggression ein Schlag ins Leere war. Die Verluste der

Die Kämpfer der PLO leisten den israelischen Aggressoren Widerstand

palästinensischen und libanesischen Befreiungskämpfer sind, obwohl der Tod jedes einzelnen von ihnen schwer wiegt, verhältnismäßig gering, ihre Aktionen gegen die zionistischen Truppen und gegen israelische Wehrdörfer in besetzten Gebieten äußerst wirkungsvoll. Sie ziehen sich zurück, wo der Feind in der Übermacht ist und greifen ihn an, wenn und wo er nicht damit rechnet. Da muß ja die Seele des imperialistischen Frontberichterstatters kochen, der mitansehen muß, daß „rein palästinensische Ziele nicht zu treffen sind“, weil die Befreiungskämpfer – haben wir nicht hundertmal gehört, wie sehr angeblich das gesamte libanesische Volk unter ihrem Druck ächzt und stöhnt? – sich unter den palästinensischen und libanesischen Volksmassen bewegen wie Fische im Wasser, von ihnen geschützt und unterstützt werden. Unter diesen Bedingungen leistet der Aufruf des sich mit dem Flair der „Objektivität“ umgebenden Auslandskorrespondenten, „dem Blutvergießen Einhalt zu gebieten“ (Scheicher am 18.3.), den Imperialisten recht wirkungsvolle Dienste: „Zeit wirds“ soll der unter dem Eindruck des israelischen Bombardements stehende Fernsehzuschauer denken, wenn er am gleichen Tag den Beschluß des UN-Sicherheitsrates hört, 4000 UNO-Truppen in den Libanon zu entsenden.

Die Imperialisten, unter ihnen vor allem die US-Imperialisten, hatten zielstrebig auf diesen Beschluß hingearbeitet. Da ihnen der Wind ins Gesicht bläst, wagen sie die offene, unverhüllte Intervention nicht. Also versuchen sie, wie in alten Zeiten, die UNO für ihre Zwecke einzuspannen, ihren Soldaten blaue Helme aufzusetzen und ihre Militärfahrzeuge weiß anzustreichen. Sind es einfache „Pannen“, wenn die französischen Interventionstruppen, die an sonst alles gedacht haben, sogar daran, Wochen vorher schwere Geschütze einzuschiffen, ausgerechnet die weiße Farbe zum Überstreichen „vergessen“ hatten? Oder sich die blauen Helme ihrer Soldaten als „zu klein“ herausstellten, so daß man ins Gespräch brachte, doch gleich die roten Fallschirmjägerbaretts aufzubehalten? Solche Kleinigkeiten zeigen, was die Imperialisten mit der UNO-Resolution bezwecken. Aber seit den Zeiten, in denen die US-Imperialisten noch die UNO für ihren Aggressionskrieg gegen das koreanische Volk einsetzen konnten, hat sich die Lage für sie grundlegend geändert. Nur unter der Bedingung, daß die UNO-Truppen den Abzug der israelischen Truppen kontrollieren, konnten die Imperialisten die Entsendung von vorerst 4000 Soldaten „zur Wahrung des Friedens“ überhaupt durchsetzen. Die Lage ist für ihre Interventionsabsichten also keineswegs einfach gut, und die Haltung der PLO, die den UNO-Truppen ihre Zusammenarbeit bei der Überwachung des israelischen Abzuges angeboten, ihnen aber den Kampf für den Fall angesagt hat, daß sie die Rückkehr ihrer Kämpfer in den Süden des Libanon und deren Aktionen behindern, findet bei den Völkern der Welt große Unterstützung.

Die Lage ist aber auch für die palästinensischen und libanesischen Befreiungskämpfer kompliziert. Gerade die französischen, aber auch die schwedischen und norwegischen Truppen haben zuerst die strategisch wichtigen Punkte besetzt, die die Israelis nicht hatten erobern können, v. a. das Gebiet um die Hafenstadt Tyr und die Brücken über den Litani. Anstatt den Abzug der israelischen Aggressionstruppen einzuleiten, arbeiten sie mit diesen gegen die palästinensische und libanesische Befreiungsbewegung zusammen, um ihren Kampf zu unterdrücken *und* Vorwände für weitere Interventionen zu schaffen.

In täglicher Kleinarbeit, die wir aus Platzgründen nur in einem geringen Ausschnitt wiedergeben können, versucht das ZDF, den Boden dafür zu bereiten, daß die Imperialisten die UNO-Truppen ganz und gar in ihre Interventionstruppen verwandeln können:

„Im Libanon sind heute die ersten UNO-Soldaten eingetroffen. Die Friedenstruppen der Vereinten Nationen sollen im Grenzgebiet für Ruhe sorgen und palästinensische Terrorakte gegen Israel verhindern.“ (22.3.)

„Israel hat bereits vor Tagen damit begonnen, große Teile seiner Truppen aus dem Südlibanon abzuziehen ... In die geräumten Stellungen rücken nach und nach Einheiten der UNO-Friedenstruppen ein.“ (4.4.)

Es sollen also die UNO-Truppen die „palästinensischen Terrorakte“ verhindern, nicht mehr und nicht weniger, kein Wort von der Überwachung des israelischen Abzuges, am 22.3. nicht und bis heute nicht. Dafür weiß das ZDF Anfang April von einem „Rückzug“ der israelischen Truppen zu berichten. Tatsache ist: Am 21. März hatten die israelischen Truppen 450 Quadratmeilen, am 23.3. 700 Quadratmeilen des Südlibanon besetzt (vgl. International Herald Tribune, 21. und 23.3.), Anfang April 800. Am 12. April, acht Tage nach den ZDF-„Rückzugs“meldungen, berichtet der International Herald Tribune, daß die Israelis die erste von zwei geplanten „Rückzugs“stufen *einleiten*: erst „ein wenig mehr als eine Meile“ an der östlichen Frontlinie, dann ebensowenig im mittleren Abschnitt von Marjayon. Insgesamt bleiben israelische Truppen auf mehr als 4/5 des besetzten Gebietes. Die libanesische Regierung hat diesen „Rückzug“ als unbedeutend bezeichnet und den vollständigen und bedingungslosen Rückzug verlangt.

„Es fehlt der Kampfauftrag“

Die Imperialisten haben ihre Interventionstruppen unter UNO-Flagge entsandt, die israelischen Aggressionstruppen sind nicht abgezogen. Systematisch machen sich unsere Frontberichterstatter daran, die nächsten Schritte der Imperialisten vorzubereiten:

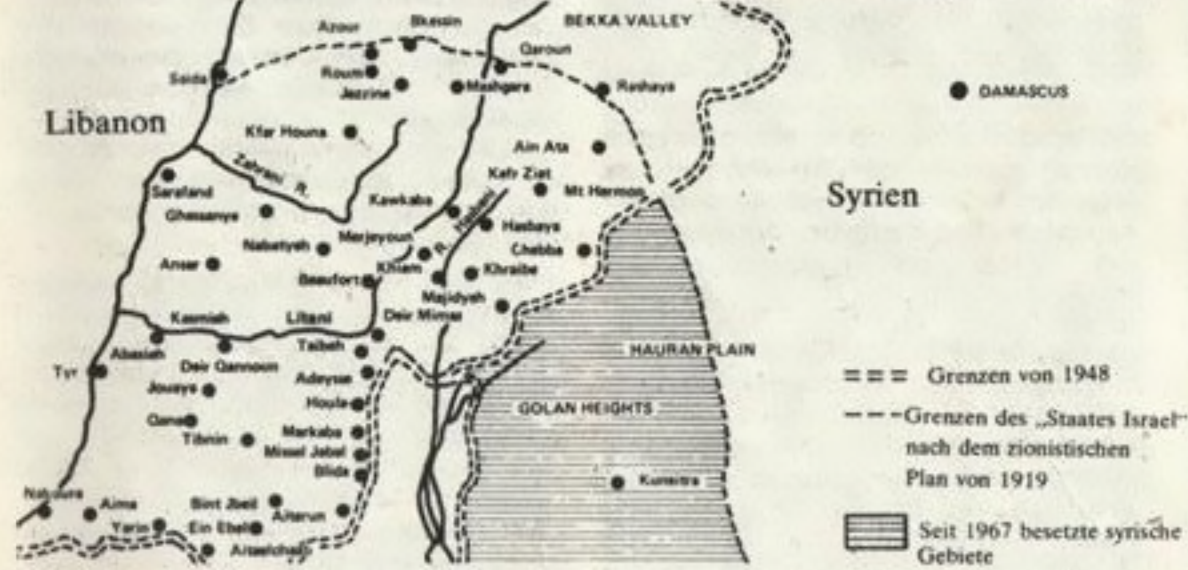
„Die Israelis bestehen darauf, daß zunächst einmal die UNO-Friedenstruppe auf volle Stärke gebracht wird, damit sie wenigstens theoretisch in die Lage gebracht wird, ihre Aufgabe zu erfüllen. Allerdings wird auch das noch nicht garantieren, daß das eigentliche Ziel des israelischen Unternehmens erreicht wird, nämlich die Rückkehr der Guerillaverbände der Palästinenser und libanesischer Linksgruppen in das Bergland an der Nordgrenze Israels zu verhindern.“ (Schwab am 11.4.)

Was nicht reicht, welche Fesseln die imperialistischen Interventionstruppen im UNO-Gewand noch daran hindern, ihrem „eigentlichen Ziel“ nachzukommen, ergänzt sein Kollege Scheicher:

„Die an der Brücke (am Litani) stationierten UNO-Soldaten aus Persien bereiten ein Fest vor, denn sie sollen in wenigen Tagen abgelöst werden. Sie hatten bisher einen angenehmen Aufenthalt ohne Zwischenfälle. Aber niemand weiß, was ihnen bevorsteht, wenn die Israelis aus dem Hinterland abgezogen sind und die Palästinenser ihre Operationen fortsetzen. Es liegt auf der Hand, daß die vorgesehene Zahl von 4000 UNO-Soldaten nicht ausreicht, um die Palästinenser von einer Rückkehr in den Südlibanon abzuhalten. Aber selbst wenn man sie auf 6000 erhöht, zweifeln Beobachter an ihrer Wirksamkeit, denn die UNO hat keinen Kampfauftrag ...“

Nun, was das angeht, hat dieser imperialistische Spitzel selbst den Weg angedeutet, wie die Imperialisten die satzungsmäßig festgelegten Aufgaben
satzungsmäßig festgelegten Aufgaben
von UNO-Truppen, „streitende Parteien zu trennen“, vollends in einen „Kampfauftrag“ gegen die palästinensische und libanesische Befreiungsbewegung drehen können: „... aber niemand weiß, was ihnen bevorsteht ...“. Hält der Sicherheitsrat der UNO dran fest, daß die Befreiungskämpfer daran gehindert werden sollen, von ihrem Gebiet im Südlibanon aus zu operieren, dann ist ein Zusammenstoß zwischen ihnen und den UNO-Truppen ganz unvermeidlich; und das ist die Lage, die die Imperialisten zielstrebig herbeiführen.

Inzwischen ist nicht nur eine Aufstockung auf 6000, sondern auf 8000 UNO-Soldaten im Gespräch (International Herald Tribune, 17.4.). Hier wittern die BRD-Imperialisten ihre Chance, sich mit eigenen Truppen zu beteiligen. Denn es wurmt sie, daß ihre französischen Freunde und Konkurrenten „mit 720 Soldaten (inzwischen sind es rund 1000, weitere 1000 sollen im Rahmen der Aufstockung folgen) ...nach Norwegen das bisher stärkste Kontingent (stellen)“ (ZDF, 8.4.) und sich vorerst fest in Tyr festgesetzt haben, während sie selbst ihre Fähigkeiten im Kampf gegen den „palästinensischen Terror“ bisher „nur indirekt“ unter Beweis stellen konnten. Welches Bedauern drückt sich allein in dem einzigen kleinen Wörtchen „nur“ aus! Das Zweite Deutsche Fernsehen versäumt es nicht, seinen Millionen Zuschauern die Leistungen der Bundeswehr, angefangen von den Transportflügen für militärisches Material, den Transporten norwegischer und später nepalesischer Soldaten in den Libanon bis hin zur „Betreuung“ der nepalesischen Soldaten durch 15 westdeutsche Fallschirmjäger, nahezubringen. Aber was ist das schon angesichts der Mühe, die sich die westdeutschen Frontberichterstatter damit machen, die Volksmassen in Westdeutschland und Westberlin für den imperialistischen Vernichtungsfeldzug gegen das palästinensische Volk, für die Aggression gegen die arabischen Völker zu erwärmen? – (Z-Red.)



Mit den Worten: „Wir wollen, daß die PLO ein für allemal versteht, daß sie weder vom Südlibanon *noch vom weiteren Norden* aus operieren kann“, gab der israelische Kriegsminister von Washington aus den Startschuß für die Aggression gegen den Libanon. Die zionistischen Träume von „Erez Israel“ machen am Litani nicht halt.

Transfer-Enquete-Kommission – weitere Bestandteile des Arbeitslohns zur Verfügung der Kapitalisten

10. Artikel aus der Serie: „Die Geschäfte des Bundesministers für Arbeit und Soziales“

Der imperialistischen Bourgeoisie mangelt es an zusätzlichem Kapital für die imperialistische Expansion und Kriegsvorbereitung. Die Versicherungskassen der Arbeiter hat sie sich unter den Nagel gerissen und das Vermögen der Versicherungen geraubt.

Die Arbeitslosen- und Rentenversicherung sind geplündert, die Vermögen der Krankenversicherung werden gerade flüssig gemacht für die Expansionsgelüste des Finanzkapitals. Das Ehrenberg-Ministerium hat die vornehme Aufgabe erhalten, die Bourgeoisie aus dieser Lage herauszuführen und die Versicherungskassen der Arbeiter und Lohnabhängigen wieder als Kapitalgeber sprudeln zu lassen für die bevorstehenden imperialistischen Feldzüge des Handelskrieges und Krieges mit Waffen. Die leeren Kassen müssen wieder aufgefüllt werden. Und sie dürfen nicht zahlen an die Versicherten. Deshalb die Rentnervernichtungsprogramme, Krankenvernichtungsgesetze und Arbeitszumutungsgesetze. Die ständigen Lohnsenkungen haben zugleich immer mehr Arbeiter und Lohnabhängige in die Abhängigkeit von staatlichen Almosen für die Kinderaufzucht, Wohnen und Ausbildung getrieben. Letztes Jahr hat die Bundesregierung die Transfer-Enquete-Kommission eingerichtet, deren Mitglieder bürgerliche Professoren aus den Bereichen Wirtschaftswissenschaften, Sozialpolitik, Sozialrecht, Steuerlehre und Finanzwissenschaften sind, die von neun Bundesministerien, Vertretern des Bundeskanzleramtes und der Deutschen Bundesbank „unterstützt“ wird. Unter dem Deckmantel des „sozialen Ausgleichs“ und der Beseitigung „sozialer Privilegien“ soll der „Sozialstaat“ auf Linie getrimmt werden. Der Staat, dessen Grundlage die Ausbeutung der Lohnarbeit durch das Kapital ist, und der aus der Ausplünderung der Lohnarbeiter überhaupt erst seine Existenz erfährt, soll seiner Funktion als „Umverteilungsstaat“ besser und gerechter nachkommen.

Ehrenberg selbst hat die Aufgabe der Kommission festgelegt: „Quantitative Ausweitungen (der Sozialleistungen, d. Verf.) sind nicht immer ausreichend nach Qualität und Effektivität kontrolliert worden. Die (...) Transfer-Kommission soll hier Aufklärung schaffen und Wege zur Abhilfe weisen.“ (Reden zur Sozialpolitik, S. 222)

weisen.“ (Reden zur Sozialpolitik, S. 222)

Steuerausplünderung soll uneingeschränkt wirken

Die Absichten der Kommission erläutert in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung (FAZ) vom 8.9.1977 ein Herr Zeppernick, Regierungsdirektor im Wirtschaftsministerium. Er beklagt die große Ablehnung in der Arbeiterklasse, zu staatlichen Almosenempfängern hinabgedrückt zu werden. „Entscheidend für das insgesamt verfügbare Einkommen des einzelnen Bürgers ist heute nicht nur, wie hoch sein Lohneinkommen ist, sondern auch, über welche staatlichen Einkommen er verfügen kann. Paradoxerweise werden diese ‚staatlichen Einkommen‘, die auch Transfereinkommen genannt werden, bisher gar nicht als Einkommen angesehen.“ Es heißt Hohn und Spott über die Arbeiterklasse ausgießen, wenn bei der Schafferei in der Fabrik vom Lohn noch nicht einmal die Existenz erhalten werden kann, also für Wohnung, Kinderaufzucht, Ausbildung und Spargroschen der Gang als einzelner zum Staat angetreten werden muß. Und das Almosen soll dann auch noch Wohltat und sozialer Ausgleich für die Lohnsenkungen der Kapitalistenklasse sein. Sind auch immer mehr zu diesem Gang getrieben worden, so findet sich die Arbeiterklasse keineswegs damit ab, sondern versucht in größen und harten Kämpfen, Schluß zu machen mit den dauernden Lohnsenkungen. Der Umfang der staatlichen Almosen ist der Bourgeoisie zu groß. „Ungereimtheiten zwischen Finanz-, Sozial- und Tarifpolitik“ müssen beseitigt werden, „zu einem beträchtlichen Teil dürfte nur noch eine Umverteilung von der rechten in die linke Tasche stattgefunden haben“. Die Steuerausplünderung durch die Lohnsteuerprogression wirkt nicht vollständig, das muß abgestellt werden. Unter dem Deckmantel der Unterstützung einer Nettolohnerhöhung wird der zu geringe Schnitt, den der Staat macht, kritisiert. So bei einem Arbeiter mit einem Kind, der 1975 2800 DM Bruttolohn erhält (Durchschnitt Industriearbeiter: 2024 DM) bleibt an Nettolohn 1794,63 DM. Da sein Sohn auswärts studiert, erhält er noch Bafög von 149 DM, Kindergeld, Sparprämie, was eine statistische Summe von 231 DM ausmacht (statistisch deshalb, weil die Sparprämie nicht monatlich zur Verfügung steht). Bei einer Lohnerhöhung von 100 DM, so bedauert Zeppernick scheinheilig, steigt zwar der Nettolohn, zugleich wird aber das Bafög gekürzt, so daß an reinem Geldbetrag fast gar nichts hinzukommt. „Dies ist Folge des gleichzeitigen Wirksamwerdens der Steuerprogression und der nicht aufeinander abgestimmten Einkommensgrenzen bei den staatlichen Einkommen.“ (FAZ) Auch bei einer Überschlagsrechnung für eine Familie mit vier Kindern mit jeweils 1500 DM, 2500 DM, 3500 DM und 4500 DM Bruttolohn wird der durch die Steuerprogression und Sozialabgaben verminderte Nettolohn noch um die staatlichen Almosen für Kindergeld und Bafög erhöht, und das unversteuert.

Für die Löhne von 2800 DM und 2900 DM ergibt das z.B. für den Staat nicht das Ziel der vollen Steuerprogression:

Bruttolohn	*2800,--*	*2900,--*
Steuer und Sozialversicherung	*967,53*	*1017,63*
abzgl. Kindergeld, Bafög, Sparprämie	*231,--*	*187,--*
Abgaben an den Staat	*736,53*	*830,63*

Daß selbst sehr hoher Lohn nicht ausreicht, davon eine kinderreiche Familie ohne staatliche Almosen zu ernähren, wirft ein Licht auf den Umfang, den die Lohnsenkungen angenommen haben. Für die ehrgeizigen Expansionspläne der Bourgeoisie gibt es damit jedoch keine Grenze. Sie nutzt gerade die staatliche Abhängigkeit und ihre Verfügung über die Versicherungskassen, um die Lohnsenkungen politisch zu unterstützen. Zeppernick zielt auf Vorschläge der Kommission in Richtung Kürzung des Arbeitslosengeldes bei Doppelverdienern und Rentnern aus dem Öffentli-
mission in Richtung Kürzung des Arbeitslosengeldes bei Doppelverdienern und Rentnern aus dem Öffentli-
chen Dienst: „Nicht minder problematisch erscheint es, daß das insgesamt verfügbare Einkommen bei Doppelverdienern dadurch steigen kann, daß ein Partner eine Zeitlang arbeitslos ist, oder daß ein Rentner im Öffentlichen Dienst über eine höhere Rente verfügt als sein zuletzt verdienstes Nettoeinkommen.“ Das „Nebeneinander“ von steuerfreien Renten und Arbeitslosengeld und besteuerten und sozialversicherungspflichtigen „Arbeitseinkommen“ will er beseitigen. Nach der Senkung des Nettolohnes durch Steuerprogression und Sozialversicherung soll so auch bei Renten und Arbeitslosengeld der „soziale Ausgleich“ durch Besteuerung herbeigeführt werden.

„Ungereimtheiten“ sollen beseitigt werden

Anhand von Beispielen aus den unteren Lohngruppen will Zeppernick zeigen, daß bei diesen die „staatlichen Einkommen dominieren, oft sind sie sogar höher als das Nettoeinkommen“.

Zeppernick geht zunächst von einem Fall aus, der um ca. 500 DM unter dem Durchschnittsverdienst eines Facharbeiters liegt: Ein Arbeitnehmer mit 4 Kindern verdient brutto 1600 DM. Sein Gesamteinkommen jedoch beträgt 2481 DM; es setzt sich aus dem Nettolohn von 1209 DM und dem staatlichen Einkommen von 1272 DM zusammen.

Nach unseren Berechnungen, die bis auf eine Differenz von 20 DM an die Zahlen aus dem Beispiel herankommen, kann sich dies staatliche Einkommen aus folgenden Posten ergeben:

Kindergeld	360 DM
BAFöG (Student, auswärts)	500 DM
(Fachschüler)	200 DM
Wohngeld (5-Pers.-Haush.)	200 DM
Sparförderung	32 DM
Staatliches Einkommen	*1292 DM*

Diese Auflistung zeigt: Das von Zeppernick im Beispiel angegebene Gesamteinkommen von 2481 DM steht der gesamten Familie nicht zur Verfügung. Denn: Wenn das staatliche Einkommen so hoch wie angegeben sein soll, muß entsprechend unserer Berechnung der Student auswärts wohnen und sich selbst ernähren.

Ausgehend von seinem konstruierten Beispiel, folgert Zeppernick: Die Dominanz der staatlichen Almosen führt nicht zu einem dem Hungerlohn entsprechenden Lebensstandard. Auf diese Weise wird die Wirkung der unteren Lohngruppen auf den Lebensstandard der Arbeiter nicht voll durchschlagen. Erst ein teilweiser Abbau des „Transfers“ würde die Wirkung der differenzierten Lohnstruktur wieder herstellen, nämlich den Zwang zu Überstunden, Nacht-, Schicht- und Akkordarbeit wieder voll durchschlagen lassen. Zeppernick nimmt ein Ergebnis der Transfer-Enquete-Kommission vorweg: „Vielleicht wird man auch vorschlagen, mehr Transfers zusammenzufassen, um eine effizientere Umverteilung mit gleichzeitigen Verwaltungseinsparungen zu erzielen.“

„Benachteiligung“ bei der staatlichen Abhängigkeit sieht das Ehrenbergministerium „für Nicht-Arbeitnehmer‘ wie nicht berufstätige Mütter mit mehreren Kindern, Frührentner, Behinderte, zum Teil auch Arbeitslose, die von einer Vielzahl staatlicher Einkommen ausgeschlossen sind.“ Die bürgerliche Klasse ist nicht mehr in der Lage, diesen Teilen der Arbeiterklasse die Existenz aus der Ausbeutung der Lohnarbeit zu sichern. Es zeigt die Fäulnis der Bourgeoisie, daß sie dem von ihrer Produktionsweise hervorgetriebenen Elend nur noch Herr wird durch den Ausbau des staatlichen Unterdrückungsapparates und die Zahlung von Almosen. Es entspricht dies der Tendenz, die Karl Marx im Kommunistischen Manifest 1847 zeigt:

„Der moderne Arbeiter dagegen, statt sich mit dem Fortschritt der Industrie zu heben, sinkt immer tiefer unter die Bedingungen seiner eigenen Klasse herab. Der Arbeiter wird zum Pauper und der Pauperismus entwickelt sich noch schneller als Bevölkerung und Reichtum. Es tritt hiermit offen hervor, daß die Bourgeoisie unfähig ist, noch länger die herrschende Klasse der Gesellschaft zu bleiben, und die Le-
vor, daß die Bourgeoisie unfähig ist, noch länger die herrschende Klasse der Gesellschaft zu bleiben, und die Le-
bensbedingungen ihrer Klasse der Gesellschaft als regelndes Gesetz aufzuzwingen. Sie ist unfähig zu herrschen, weil sie unfähig ist, ihrem Sklaven die Existenz selbst innerhalb seiner Sklaverei zu sichern, weil sie gezwungen ist, ihn in eine Lage herabsinken zu lassen, wo sie ihn ernähren muß, statt von ihm ernährt zu werden. Die Gesellschaft kann nicht mehr unter ihr leben, d.h. ihr Leben ist nicht mehr verträglich mit der Gesellschaft.“ – (Gesellschaft zur Unterstützung der Volkskämpfe, Bremen-Unterweser)



Die Aufgaben der Transfer-Enquete-Kommission

Die Aufgaben der Transfer-Enquete-Kommission, wie sie von der Bundesregierung beschlossen wurden sind Folgende:

- „alle Transferleistungen zwischen dem Sektor Staat (Gebietskörperschaften und Sozialversicherungen) und dem Sektor private Haushalte darzustellen,
- die Auswirkungen auf das Einkommen der privaten Haushalte zu ermitteln,
- methodische Probleme (z.B. Einkommensdefinitionen, Anrechnungsverfahren) zu untersuchen,
- Vorschläge zu machen zu einer besseren Abstimmung der staatlichen Transferleistungen einerseits und Steuern und Abgaben andererseits,
- Vorschläge zu machen zur Verbesserung der statistischen Erfassung
rerseits,
– Vorschläge zu machen zur Verbesserung der statistischen Erfassung
der Einkommensverteilung,
- bis 1978 einen Zwischenbericht über die Auswirkungen von Transferleistungen vorzulegen, die den Haushalten von Rentnern und Pensionären zufließen.“

Der Kommission wurden eine interministerielle Arbeitsgruppe beim Bundesarbeitsministerium zugeordnet, der das Bundeskanzleramt und neun Bundesministerien als ständige Mitglieder sowie das Statistische Bundesamt, die Deutsche Bundesbank und ein Vertreter der Arbeitsministerkonferenz als Gastmitglied angehören.

Die Transfer-Enquete-Kommission hat im Ehrenbergministerium einen eigenen Haushalt von 650.000 DM (übertragbar).

Man sieht, daß den Ergebnissen der Kommission große Bedeutung beigemessen wird. Bundesarbeitsminister Ehrenberg und Bundeswirtschaftsminister Hans Friderichs haben die sieben bürgerlichen Professoren, die über besondere Erfahrungen, wie aus der Tendenz zur absoluten Verelendung für die Bourgeoisie ein „soziales Geschäft“ zu machen ist, verfügen, in ihre Aufgaben eingeführt und die Urkunden überreicht.

Die Mitglieder sind: Vorsitzender: Prof. Dr. Hans-Jürgen Krupp, Uni-
Die Mitglieder sind: Vorsitzender: Prof. Dr. Hans-Jürgen Krupp, Uni-
versität Frankfurt; Stellvertretender Vorsitzender: Prof. Dr. Willi Albers, Universität Kiel; Fachgebietsvertreter: Sozialpolitik: Prof. Dr. Winfried Schmähl, Freie Universität Berlin; Sozialrecht: Prof. Dr. Alois Oberhauser, Universität Freiburg; Wirtschaftswissenschaften: Prof. Dr. Hans-Jürgen Krupp, Universität Frankfurt; Dipl. Volkswirt Klaus-Dieter Schmidt, Institut für Weltwirtschaft, Kiel; Dipl. Volkswirt Gerhard Gösecke, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin.

Bundeszentrale für Politische Bildung: „Und wenn er nicht gestorben ist ...“

Den Zusammenschluß der Arbeiterklasse gegen ihre Pläne fürchtet die Bourgeoisie. Durch Lügen und Verdrehungen versucht sie, zu spalten und ihre Absichten zu verhüllen.

Folgenden Artikel fanden wir in der Märznummer der „PZ“, einem Organ der Bundeszentrale für Politische Bildung in Bonn. Diese Hefte liegen in den Schulen kostenlos aus, die Artikel sind an die Arbeiterjugend gerichtet. Berichtet wird über den selben Arbeiter Müller, wie wir ihn vom Plakat zum Krankenversicherungskostendämpfungsgesetz kennen. Krankheit: Totalverschleiß nach 35 Arbeitsjahren. Todesursache: Krankenversicherungskostendämpfungsgesetz. Täter: Schreibtischmörder Ehrenberg. Klar, daß gerade das der Jugend verborgen bleiben soll. Sie soll den Herrn Müller mit anderen Augen sehen, mit den Augen der Bourgeoisie: als einen Taugenichts, dem nicht Solidarität, sondern Verachtung gebührt. Über seine Arbeit erfährt der Leser nichts, aber viel über sein „Schmarotzerdasein“. „Herr Müller hatte den sicheren Eindruck, daß jede einzelne soziale Wohltat vor allem für ihn ausgedacht war und er hat kein Auge zutun können bei dem Gedanken, etwas nicht ausgenutzt zu haben, worauf er glaubte, einen Anspruch zu haben.“ Hohn verbreiten sie über den, der allen Reichtum schafft und von der Kapitalistenklasse in die Abhängigkeit staatlicher Almosen gezwungen wird. Die Not machen sie zur „Marotte“, wenn „er nächtelang über seinen Papieren grübelt und die einschlägigen Paragraphen studiert“, um sich Steuererleichterungen, Wohngeld und ein Stipendium für seinen Sohn zu beschaffen. Die Tatsache, daß der Lohn nicht reicht, verdrehen sie in ihr Gegenteil: „...tags zuvor hatte er noch lange seiner Frau erklärt, daß sie jetzt endlich ein drittes Kind bekommen solle, wo es doch erst dafür viel Kindergeld gebe.“ Ganze 120 DM – ein Dreck ist das! Und kleinlichste Kontrolle und Bespitzelung auf Wohnungs- und Sozialämtern.

Weiter klagen sie ihn an, um ihre Raubzüge gegen die Versicherungskassen zu verbergen. „Eigentlich war er gar nicht besonders krank ... So war es ihm längst zur lieben Gewohnheit geworden, einmal wöchentlich zum Arzt zu gehen und sich dort so ungefähr jedes Medikament verschreiben zu lassen.“ Geschunden von der kapitalistischen Produktionsweise, durch das Krankenversicherungskostendämpfungsgesetz getrennt von ausreichender medizinischer Versorgung, wird Müller dargestellt als Verschwender von Versicherungsgeldern. Die Jugend, die einst fragen wird, wo die Gelder der Versicherungskassen geblieben sind, soll hier ihre Antwort finden. Endgültig auf die Spitze getrieben wird der Zynismus, als Herr Müller – ermüdet vom Run nach billiger Sozialbutter – vor ein Auto läuft und ins Krankenhaus kommt. Nicht die Butter auf dem Brot gönnt ihm die Bourgeoisie. Vor seinem Tode freut er sich noch, „weil jetzt endlich seine teure Begräbnisversicherung mit ein paar Scheinen über den Tisch kommen müsse.“

Auch aus dem Tod schlägt er also noch seinen Gewinn. Dem jugendlichen Leser soll sich der Gedanke aufdrängen: „Um den ist es nicht schade.“ Sterbehilfe zu geben, den Tod als etwas Großartiges zu erleben, diese verkommene Propaganda der bürgerlichen Klasse soll hier als Wunsch der Massen selbst ausgegeben werden – wenn es nur noch ein paar Scheinchen dafür gibt.

Das brennende Interesse an dieser Propaganda muß die Bourgeoisie entwickeln, um ihre ehrgeizigen Pläne in Sachen Plünderung der Versicherungskassen durchsetzen zu können. Mit dem Rentenanpassungsgesetz hat sie in ihren Prognosen ausrechnen lassen, welches Vermögen sie bis 1992, also in den nächsten 15 Jahren, sich anzueignen gedenkt: an die 50 Mrd. DM sollen es sein.

An dieses Geld kommt sie nur heran, wenn die Rentner es nicht bekommen und sie der Arbeiterklasse schwere Niederlagen bereitet. Kürzung der Leistungen, früher „Wegfall der Versicherungsfälle“, wie sie das Umbringen der Rentner nennt, sind Bestandteil ihrer strategischen Planung. Die Transfer-Enquete-Kommission wird ihr dabei mit flankierenden Maßnahmen zu Hilfe kommen. Sie wird dazu „einen Zwischenbericht über die Auswirkungen über Transferleistungen ... die den Haushalten von Rentnern und Pensionären zufließen“ vorlegen.